

alsBuch_online
Working Papers

Forschungen

Ulf Hahne (Hrsg.)

F1/2015

Ulf Hahne
Simone Markert

**Bürgerschaftliches und politisches Engagement als
Faktoren demografischer Zukunftsfähigkeit**

**Eine vergleichende Studie zu qualitativen Faktoren
der demografischen Anpassungs- und Innovationsfähigkeit
von städtischen und ländlichen Räumen**

Auftraggeber:

- Kassel, documenta Stadt
- Landkreis Kassel
- Evangelische Akademie Hofgeismar

Förderung:

Robert Bosch **Stiftung**

Bearbeitung:

Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne
Dipl. Geogr. Simone Markert
unter Mitarbeit von Dominik Abend

Impressum:

alsBuch_online

Ulf Hahne / Simone Markert: Bürgerschaftliches und politisches Engagement als Faktoren demografischer Zukunftsfähigkeit. Eine vergleichende Studie zu qualitativen Faktoren der demografischen Anpassungs- und Innovationsfähigkeit von städtischen und ländlichen Räumen.

Working Papers Forschungen (Hrsg.: Ulf Hahne), F1/2015

urn:nbn:de:hebis:34-2015061048437

Universität Kassel
Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung
Henschelstraße 2
D-34109 Kassel
<http://www.uni-kassel.de/fb06/>

Inhalt

Abbildungsverzeichnis.....	4
1. Demografische Zukunftsfähigkeit und bürgerschaftliches Engagement – Einleitung.....	5
1.1 Ausgangspunkt und Grundthese.....	5
1.2 Zur Methodik.....	7
1.3 Aufbau des Berichts.....	9
2. Forschungsleitende Begriffe und Hintergründe.....	11
2.1 Zukunftsfähigkeit.....	11
2.2 Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft.....	12
2.3 Bürgerschaftliches Engagement.....	14
3. Demografische Zukunftsfähigkeit als Problem unterschiedlicher Raumtypen.....	19
3.1 Räumliche Differenzen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland.....	19
3.1.1 Schrumpfung.....	21
3.1.2 Alterung.....	25
3.1.3 Internationalisierung.....	27
3.2 Messbarkeit der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen.....	29
3.2.1 Das Analyseverfahren der Stiftung Schloss Ettersburg.....	29
3.2.2 Nutzwertanalyse zur Zukunftsfähigkeit des Trendelburger Ortsteils Stammen.....	31
3.2.3 Kritische Betrachtung des Verfahrens.....	37
4. Regionale Analysen in Nordhessen.....	39
4.1 Strukturdaten der Untersuchungsorte.....	39
4.2 Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement in den Untersuchungsorten.....	45
4.2.1 Bad Karlshafen.....	45
4.2.2 Trendelburg-Stammen.....	52
4.2.3 Hofgeismar (Kernstadt).....	55
4.2.4 Kassel - Philippinenhof/Warteberg.....	61
4.2.5 Kassel - Nord (Holland).....	66
4.3 Vergleichende Auswertung.....	72
5. Handlungsansätze.....	75
5.1 Empfehlungen für die Untersuchungsorte.....	75
5.1.1 Bad Karlshafen.....	75
5.1.2 Trendelburg-Stammen.....	77
5.1.3 Hofgeismar (Kernstadt).....	78
5.1.4 Philippinenhof/Warteberg.....	80
5.1.5 Nord (Holland).....	81
5.2 Generelle Empfehlungen.....	84
6. Resümee.....	87
Literaturverzeichnis.....	90
Anhang: Gesprächsleitfaden ExpertInnengespräche.....	95

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Verortung der Untersuchungsorte.....	7
Abb. 2: Begriffsaufkommen nach Büchersuchdurchlauf durch Ngram Viewer	15
Abb. 3: Engagementbereiche im Freiwilligenurvey	17
Abb. 4: Freiwillige und öffentlich Aktive nach Siedlungsmilieus (1999/2009).....	18
Abb. 5: Wachsende und schrumpfende Gemeinden	20
Abb. 6: Erreichbarkeit von Ober- und Mittelzentren nach ROB 2011	24
Abb. 7: Die Gewichtung der Zukunftsmerkmale der Stiftung Schloss Ettersburg.....	30
Abb. 8: Benotung der Merkmale für die landschaftliche Attraktivität	32
Abb. 9: Berechnung zur Zukunftsfähigkeit Stammens	35
Abb. 10: Ungewichtete Ausprägung der Zukunftsmerkmale für Stammes	36
Abb. 11: Potentiale und Zielerreichung für Stammes	36
Abb. 12: Einwohnerentwicklung zwischen 2002 und 2012	39
Abb. 13: Zukunftskataster Bad Karlshafen	40
Abb. 14: Zukunftskataster Trendelburg-Stammes.....	41
Abb. 15: Impression Innenstadt Hofgeismar	42
Abb. 16: Gebäudetypologie Philippenhof/Warteberg	43
Abb. 17: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Kassel 2013	45
Abb. 18: Einschätzung der Lebensqualität unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.....	47
Abb. 19: Auflistung der Vereine und Verbände in Bad Karlshafen.....	49
Abb. 20: Leerstand in der Hofgeismarer Innenstadt	56
Abb. 21: Bewertung der Zufriedenheit mit dem Wohnort in Schulnoten	58
Abb. 22: Einschätzung der Lebensqualität in Philippenhof/Warteberg für verschiedene Bevölkerungsgruppen in Schulnoten.....	63
Abb. 23: Vereine je 1.000 Einwohner/innen	74

1. Demografische Zukunftsfähigkeit und bürgerschaftliches Engagement – Einleitung

Demokratien, verstanden als eine „öffentliche Angelegenheit“ – res publica, leben von der aktiven Beteiligung ihrer Bevölkerung. Das Engagement der Bürger prägt dabei das politische und kulturelle Leben vor Ort. Die Engagementbereitschaft ist eine entscheidende Ressource öffentlichen Lebens; ohne das finanzielle und zeitliche Engagement einer großen Zahl von Menschen wären weder das kulturelle Leben noch die kulturelle Vielfalt in Deutschland denkbar. Dieses Potential ist über die Jahrzehnte als stabil beschrieben worden (Köcher 2009), doch erscheint es angesichts des demografischen Wandels in Deutschland besonders herausgefordert.

1.1 Ausgangspunkt und Grundthese

Die mit dem Begriff des demografischen Wandels beschriebenen Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung, Wanderungsbewegungen und Veränderungen der gesellschaftlichen Kulturen stellen viele Kommunen vor große Herausforderungen. Neben der Alterung der Bevölkerung müssen auch die Wanderungsbewegungen zwischen Kommunen sowie innerhalb von Städten von der Regional- und Stadtentwicklung bewältigt werden. Der demografische Wandel stellt eine zentrale Herausforderung für Funktionsfähigkeit und Entwicklung städtischer wie ländlich geprägter Siedlungen in Deutschland dar. Wachsende und schrumpfende Regionen liegen dicht beieinander, besonders junge mobile Menschen zieht es aus strukturschwachen Regionen in prosperierende Agglomerationsräume.

Das führt dazu, dass in dünn besiedelten Gebieten die Tragfähigkeit der Daseinsvorsorge gefährdet ist und Infrastrukturen und Immobilien massiv an Wert verlieren. In verdichteten Orten lässt sich eine verstärkte Segregation, eine räumliche Trennung von sozialen und kulturellen Gruppen beobachten. Während in den Zuzugsgebieten die Integrationsproblematik vorherrscht, leiden Abwanderungsregionen unter erheblichen Entzugs- und Überalterungsproblemen. Kommunen stehen vor der Herausforderung Strategien für die Stärkung der demografischen Anpassungs- und Innovationsfähigkeit zu entwickeln. Sie müssen sich an die Veränderungen durch die demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen und Maßnahmen finden, die es erlauben Infrastrukturen, wirtschaftliche Aktivitäten und ein soziales Miteinander aufrechtzuerhalten. Um die Herausforderungen trotz knapper kommunaler Kassen meistern zu können wird vielfach auf das bürgerschaftliche Engagement als Potential verwiesen.

Auch die Politik hat dieses Potential längst erkannt, der Bundestag richtete in der 14. Wahlperiode die Enquete Kommission *Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements ein*. In dem Bericht aus dem Jahr 2002 heißt es: „Für die Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft ist bürgerschaftliches

Engagement eine wesentliche Voraussetzung“ (Deutscher Bundestag 2002: 24). Mit dem Bericht lässt sich eine Wende in der Wahrnehmung des bürgerschaftlichen Engagements erkennen. Zuvor wurden die Diskussionen um freiwilliges Engagement eher normativ geführt, mit Engagement der Bürgerinnen und Bürger wurde die Hoffnung auf eine bessere demokratische Gesellschaft verbunden. Besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels änderte sich die Sichtweise und vielfach wird inzwischen im bürgerschaftlichen Engagement eine Möglichkeit gesehen, den gefährdeten Sozialstaat aufrecht erhalten zu können. (vgl. Dienel 2010: 2)

Dabei stehen der demografische Wandel und das bürgerschaftliche Engagement in einem wechselseitigen Zusammenhang. Zum einen wird in dem Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger eine Möglichkeit gesehen den Herausforderungen, die sich den Kommunen im demografischen Wandel stellen, zu begegnen. Zum anderen beeinflusst der demografische Wandel die Möglichkeiten und die Bereitschaft der Menschen, sich im Gemeinwesen einzubringen.

Bürgerschaftliches Engagement stellt eine wesentliche Basis des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland dar. Das Engagement ist jedoch weder selbstverständlich noch einfach und dauerhaft abrufbar, zudem ist es lokalspezifisch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Um die Bedingungen für Entstehen und Wirken sowie Fördermöglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements im räumlichen Kontext unterschiedlicher Siedlungsstrukturen zu betrachten, hat die Universität Kassel im Auftrag von Stadt Kassel, Landkreis Kassel und Evangelischer Akademie Hofgeismar diese (kleine) Studie zum freiwilligem Engagement in fünf Untersuchungsorten in Nordhessen erstellt. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wurde der Zusammenhang zwischen Anpassungs- und Zukunftsfähigkeit unterschiedlicher Siedlungstypen und dem lokalen Engagement der Bürgerinnen und Bürger untersucht. Institutionelle Rahmenbedingung und Unterstützungsleistungen wurden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Bereitschaft der Einwohnerinnen und Einwohner in oder für ihren Ort aktiv zu werden betrachtet. Die Studie wurde dankenswerterweise von der Robert Bosch Stiftung unterstützt.

Unsere These lautet: Die Anpassungsfähigkeit lokaler Gemeinschaften an die Herausforderungen des demografischen Wandels hängt entscheidend, aber nicht allein vom lokalen Engagement ab. Die lokale Lebensqualität und die Bereitschaft sich zu engagieren ist neben den ökonomischen Rahmenbedingungen auch vom staatlichen und sonstigen institutionellen Unterstützungsrahmen abhängig. Die Zukunftsfähigkeit von Orten und Ortsteilen ist nicht an statistischen Aggregaten abzulesen, sondern wird im großen Maße vom Engagement der Menschen vor Ort und der sie unterstützenden Institutionen bestimmt. Das lokale Engagement ist dabei eine knappe Ressource im Zeit- und Aktivitätsbudget der Einwohner, die behutsam zu behandeln und immer wieder neu zu motivieren ist.

1.2 Zur Methodik

Unlängst hat die Stiftung Schloss Ettersburg einen methodischen Leitfaden zur „Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen“ vorgelegt (2014). Dieses Papier streut die Illusion der Rechenbarkeit von Zukunftsfähigkeit und entwickelt eine Formel, welche insgesamt 14 Indikatoren zu Einflussfaktoren der Zukunftsfähigkeit erhebt. Dem bürgerschaftlichen Engagement (gemessen an der Zahl der Vereine und aktiven Initiativen je Einwohner) wird dabei weniger Gewicht für die lokale Zukunftsfähigkeit beigemessen als etwa dem Vorhandensein eines Kindergartens. Das Engagement geht mit einem Gewicht von nur 6,6 % ein. Dieser Wert erscheint uns als eine Minderschätzung des bürgerschaftlichen Engagements.

Um die Vielfalt demografischer Entwicklungen aufzuzeigen und das lokal jeweils unterschiedliche Engagementpotential und seine Herausforderungen zu beschreiben, wurden in der Studie fünf Teilorte untersucht, die sich hinsichtlich ihrer Größe und ihrer Betroffenheit durch den demografischen Wandel unterscheiden. Die Fallbeispiele liegen in einem Nord-Süd-Korridor vom nördlichen Landkreis Kassel bis zu den nördlichen Stadtteilen der Stadt Kassel, die bis an das Zentrum Kassels heranreichen. Das ausgewählte Transsekt sollte sowohl großstädtische Areale als auch peripher gelegene Orte im ländlichen Raum umfassen, es sollte kleine Ortsteile und Kleinstädte enthalten, die unterschiedliche Größen und Entfernungen zum Zentrum der Regiopole Kassel aufwiesen. Die Auswahl der Teilorte erfolgte in Abstimmung mit den Auftraggebern. Sie ist weder

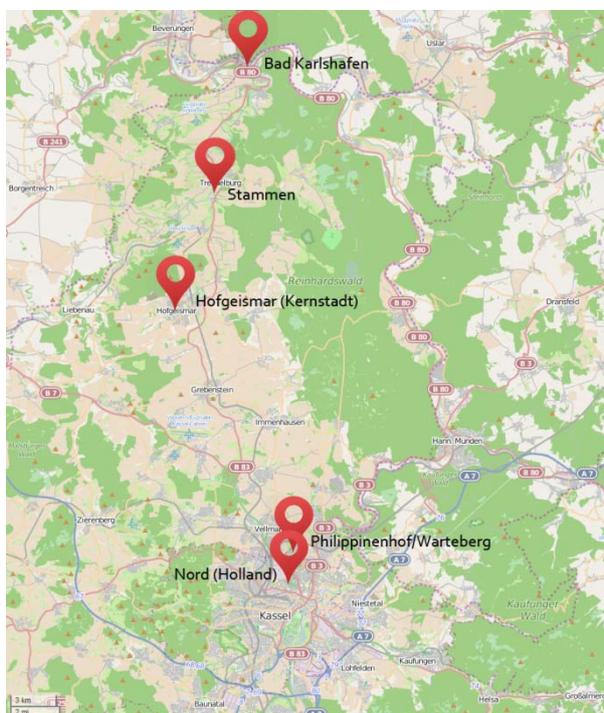


Abb. 1: Verortung der Untersuchungsorte
(Kartengrundlage: OpenStreetMap)

zufällig noch systematisch, sondern ergab sich aus Hinweisen zu Problemsituationen, Handlungsbedarfen und Engagementbereitschaft. Da die Studie zeitlich limitiert war und finanziell nur über ein vergleichsweise bescheidenes Budget verfügte, war es nicht möglich, das Transsekt systematisch abzudecken. Diese Erweiterung – und mögliche Vertiefungen – bleibt weiteren Studien überlassen.

Bad Karlshafen als nördlichstes Beispiel, 50 km vom Zentrum Kassels entfernt, ist eine stark schrumpfende Kleinstadt, die unter dem Kommunalen Schuttschirm des Landes Hessen steht. Ca. 14 Kilometer südlich liegt Stammen, ein Ortsteil der Stadt Trendelburg.

Mit knapp 400 Einwohnern ist Stammen der kleinste Untersuchungsort, gekennzeichnet durch einen hohen Altersdurchschnitt und starke Einwohnerverluste.

Die Kernstadt Hofgeismar ist ein weiteres Beispiel für eine Kleinstadt im ländlichen Raum. Hofgeismar, ehemalige Kreisstadt fungiert heute als Mittelzentrum im nördlichen Landkreis Kassel und musste in den letzten Jahren leichte Einwohnerverluste hinnehmen.

In eher suburbaner Stadtrandlage befindet sich der Kasseler Stadtteil Philippinenhof/Warteberg. Der Stadtteil kann in den nächsten Jahren von leichten Bevölkerungszuwächsen profitieren. Die Auswirkungen der veränderten Bevölkerungsstrukturen zeigen sich im städtischen Bereich besonders in dem hohen Migrantenanteil. Dies gilt insbesondere für den fünften Untersuchungsort, den Stadtteil Nord (Holland). Das Stadtquartier ist in den letzten Jahren durch Zuwanderung stark gewachsen. Mehr als jeder zweite Bürger im Stadtteil kann mittlerweile auf einen Migrationshintergrund verweisen.

Die Studie wurde in zwei Phasen unterteilt, eine Untersuchungs- und eine Dialogphase. In der Untersuchungsphase wurden zunächst sozio-demografische, ökonomische und infrastrukturelle Daten gesammelt und für die Untersuchungsfragen aufbereitet. Zur vertiefenden Untersuchung wurden nach der quantitativen Datenauswertung die qualitativen Faktoren betrachtet. Dafür wurden zum einen leitfadengestützte Interviews mit insgesamt 26 Expertinnen und Experten aus den Untersuchungsorten geführt (annähernd gleichverteilt auf alle fünf Untersuchungsorte). Als Expertinnen und Experten wurden in diesem Zusammenhang Bürgermeister, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher, Verwaltungsmitarbeiter und Verwaltungsmitarbeiterinnen, Vereinsvorstände und andere engagierte Personen aus den Fallbeispielen verstanden. Der Gesprächsleitfaden findet sich im Anhang.

Zum anderen wurden Bürgerbefragungen mit Hilfe von Studierenden durchgeführt. Insgesamt konnten 484 Bürgerinnen und Bürger erreicht werden (Bad Karlshafen: 85, Trendelburg-Stammen: 34, Hofgeismar 170, Kassel Philippinenhof/Warteberg: 93, Kassel Nord (Holland): 102). Aufgrund der geringen Repräsentativität wurden aus diesen Befragungen nur wenige Ergebnisse zur qualitativen Bewertung der jeweiligen lokalen Angebote verwendet.

In der anschließenden Dialogphase wurden die Ergebnisse der Untersuchungen in den einzelnen Untersuchungsorten vorgestellt und diskutiert. Dabei wurden erste konkretere Maßnahmen für den Ort bzw. Stadtteil gemeinsam mit den Verantwortlichen und Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Die Veranstaltungen fanden statt am:

- 07.10.2014 Bürgerversammlung Bad Karlshafen
- 23.10.2014 Bürgertreffen Trendelburg-Stammen

- 04.11.2014 Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Vereine und Verbände Kassel
Philippinenhof/Warteberg
- 13.11.2014 Ortsbeiratsitzung Kassel Nord (Holland)
- 27.01.2015 Bürgerinformationsveranstaltung Hofgeismar

Um die Ergebnisse in den Fachdiskurs auf Bundesebene einzubringen, wurde in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Hofgeismar als Veranstalter die Tagung *Bürgerschaftliches Engagement als Motor demografischer Zukunftsfähigkeit?* am 21./22. November 2014 im Kasseler Kulturbahnhof durchgeführt.

Einzuräumen ist an dieser Stelle, dass die Untersuchung deutliche Grenzen aufweist: Fünf Ortsteile detailliert zu untersuchen, Bürgerbefragungen zu initiieren und durchzuführen, relevante Akteure und Experten zu interviewen, in einer Dialogphase die Ergebnisse mit relevanten Akteuren und Bürgern zu reflektieren, erfordert üblicherweise einen längeren Untersuchungszeitraum als ein knappes Jahr und einen deutlich höheren Personaleinsatz. Dennoch haben wir uns entschlossen, auch mit kleinem Budget und knapper Zeitressource dieses Wagnis anzugehen und gerade aus dem Vergleich der unterschiedlichen Situationen, Probleme und Ansatzpunkte Hinweise für Verbesserungen im allgemeinen Umgang mit dem Weg „Engagementförderung“ als Lösungsansatz für Fragestellungen des demografischen Wandels zu gewinnen.

Wir wissen, dass wir den einzelnen Ortssituationen mit einem solchen Vorgehen nicht gerecht werden konnten. Unsere Studie ersetzt keine lokalen Entwicklungskonzepte, keine lokale Agenda oder einen breiten Bürgerbeteiligungsprozess. Umso mehr haben uns aber die konkreten Ergebnisse und Handlungsansätze in der Dialogphase für die einzelnen Ortsteile erstaunt. Dies ist eigentlich das ermutigendste Ergebnis der Studie: In allen Orten sind Aktivitätspotentiale vorhanden, es ist Wissen um die Gefährdung der wertvollen Ressource „Engagement“ vorhanden und der demografische Wandel wird nicht mehr als unausweichliches Schicksal angesehen, sondern als eine neue Herausforderung, dessen Fragestellungen mit Mut und Engagement angegangen werden können.

1.3 Aufbau des Berichts

Der vorliegende Bericht grenzt zunächst das Themenfeld ab. In Kapitel 2 werden die Begrifflichkeiten *Zukunftsfähigkeit*, *Zivilgesellschaft* und *bürgerschaftliches Engagement* definiert und aktuelle Bezüge hergestellt. Anschließend wird in Kapitel 3 das titelgebende Thema der „demografischen Zukunftsfähigkeit“ erläutert. Zum einen werden die Herausforderungen der verschiedenen Raumtypen im demografischen Wandel herausgestellt und zum anderen wird die Rechenbarkeit von der Zukunftsfähigkeit von Kommunen diskutiert.

Kapitel 4 gibt die Analyseergebnisse zur Untersuchung des bürgerschaftlichen Engagements in den ausgewählten Städten, Stadtteilen und Orten wieder. Dazu werden die jeweilige Betroffenheit von demografischen Veränderungen sowie die ortsspezifischen Probleme und Potentiale im freiwilligen Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ermittelt. Auf Basis der empirischen Untersuchung werden erste Empfehlungen für die Förderung und Weiterentwicklung des Bürgerengagements gegeben. Abschließend erfolgt im fünften Abschnitt eine zusammenfassende Darstellung der Erkenntnisse und eine Ableitung von Forderungen.

2. Forschungsleitende Begriffe und Hintergründe

2.1 Zukunftsfähigkeit

Der Begriff der Zukunftsfähigkeit wird in vielfältigen Zusammenhängen gebraucht. Produkte, Unternehmen, Staaten und auch Kommunen schreiben sich das Ziel der Zukunftsfähigkeit gern auf die Fahne. Doch was genau soll damit beschrieben werden?

Im Duden wird dem Adjektiv zukunftsfähig die Bedeutung „Bestand, Erfolg auch in der Zukunft versprechend, erwarten lassend; mit Zukunft“ (Duden 2014) zugeschrieben. Es geht also erst einmal um den reinen Fortbestand ohne qualitative Wertung. Auf ähnliche Weisen nähern sich Kröhnert et al. (2005) in ihrer Studie zur demografischen Zukunft der Nation dem Begriff der *demografischen Zukunftsfähigkeit*. Demografisch zukunftsfähig sind demnach jene Regionen „[...] in denen auch in 20 Jahren noch ausreichend Menschen leben, um wenigstens die bestehende Infrastruktur zu nutzen“ (Klingholz Vorwort in: Kröhnert et al. 2005: 5). Ähnlich interpretieren Mager&Zinecker (2014) in ihrem Leitfaden zur Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen den Begriff. Von Zukunftsfähigkeit sei zu sprechen „[...] wenn das weitere Bestehen einer Siedlungseinheit bzw. eines Dorfes langfristig gesichert ist. Ist dies nicht der Fall, besteht keine bzw. eine gefährdete Zukunftsfähigkeit“ (Mager/Zinecker 2014: 8). Sie erweitern das enge Verständnis von Zukunftsfähigkeit als Aufrechterhaltung der Infrastrukturen jedoch, indem sie von einem vorerst nicht näher definierten *System Dorf* sprechen. „Zukunftsfähigkeit in diesem Sinne wird gleichgesetzt mit der langfristigen Aufrechterhaltung des Systems ‚Dorf‘ und seiner wesentlichen Elemente“ (ebd.: 8). Was die Autoren darunter verstehen, lässt sich anhand der von ihnen aufgestellten Kriterien zur Messung der Zukunftsfähigkeit ablesen. (vgl. Kapitel 3.2)

In systemischer Betrachtung kann der Zukunftsbegriff daher auch mit dem aktuell viel diskutierten Begriff der „Resilienz“ zusammengebracht werden (Hahne 2014; Kegler 2014). Die Resilienz eines Systems meint die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit an eine sich verändernde Umwelt. Veränderungen können rasch und krisenhaft geschehen (Naturkatastrophen, Weltwirtschaftskrise), sie können auch schleichend und langsam voranschreiten (Klimawandel, demografischer Wandel). Orientor (Bossel 1999) eines resilienten Teilsystems ist die langfristige Existenzerhaltung oder eben: Zukunftsfähigkeit.

Oft wird Zukunftsfähigkeit auch mit dem Begriff der Nachhaltigkeit gleichgesetzt, entsprechend der Übersetzung des englischen Wortes *sustainability*, welches sowohl im Deutschen mit Nachhaltigkeit als auch mit Zukunftsfähigkeit übersetzt werden kann. Nach dem Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (1987) steht eine zukunftsfähige bzw. nachhaltige Entwicklung im Einklang mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten. Bei dieser

Interpretation der Begrifflichkeit wird der reinen Erhaltung Zustandes eine qualitative Erweiterung hinzugefügt.

Auch Dürr (2000) möchte Zukunftsfähigkeit als mehr verstanden wissen als ein bloßes Fortbestehen wichtiger Infrastrukturen. „Zukunftsfähigkeit erfordert nicht nur die langfristige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, sondern auch die Gewährleistung gerechter Gesellschaftsordnungen, die erst friedliches Zusammenleben aller Menschen ermöglichen, und den einzelnen Menschen die Chance für ein lebenswertes Leben verschaffen.“ (Dürr 2000: 9)

2.2 Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft

Spätestens seit Ende der 1990er Jahre haben Themen rund um das bürgerschaftliche Engagement Hochkonjunktur. Seit 1999 wird im Auftrag der Bundesregierung der Freiwilligen survey, eine umfassende quantitative Erhebung zum bürgerschaftlichen Engagement, erstellt. Stiftungen legen Förderschwerpunkte in den Bereich der Freiwilligenarbeit. 2001 wurde zum *Internationalen Jahr der Freiwilligen* ausgerufen, zudem wurde eigens eine Enquete Kommission des Bundestages *Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements* geschaffen. Zahlreiche lokale Freiwilligenbüros sind in den letzten Jahren entstanden.

Nach Sachße (2002) liegt die Begründung dieser neuen Aufmerksamkeit für das Themenfeld zum einen in den Herausforderungen unseres herkömmlichen Sicherungssystems im Wohlfahrtsstaat. Und zum anderen erkennt er gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse, derer die Bevölkerung in Deutschland ausgesetzt ist. „In dieser Situation versprechen die Konzepte einer ‚Bürgergesellschaft‘ oder ‚Zivilgesellschaft‘ neue Perspektiven gesellschaftlicher Gestaltung, die den aktuellen Krisen und Verwerfungen Rechnung tragen sollen“ (Sachße 2002: 3).

Der Ursprung des Begriffs *Zivilgesellschaft* reicht mehr als zwei Jahrtausende bis in die griechische Antike zurück. Aristoteles beschrieb mit *koinonía politikè* (im lateinischen später *societas civilis*) eine herrschaftsfreie Vereinigung von Gleichgesinnten, bei deren Zusammenkünften eine Interessenabstimmung zwischen den ausschließlich männlichen Besitzbürgern stattfinden sollte (vgl. Arenhövel 2000: 58). Nach langer Vergessenheit wurde der Begriff im Zuge der sozialen Bewegungen in Osteuropa in den 1970er Jahren wiederentdeckt. Für das aktuelle Verständnis von Zivilgesellschaft gibt es keine allgemeingültige Definition. Arenhövel sieht in ihr immer noch eine Art Interessenvertretung losgelöst von Staat und Privatleben. „Die Zivilgesellschaft befindet sich in einer vorstaatlichen oder nicht-staatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler (auch konkurrierender), auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen (im Einzelfall auch einzelne ‚Bürger‘), die ihre spezifischen, materiellen und normativen Interessen artikulieren und

autonom organisieren. Sie ist im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat angesiedelt“ (ebd. 2000: 60).

Zimmer (2012) nähert sich dem Begriff aus drei verschiedenen Blickwinkeln:

- Zivilgesellschaft als normatives Leitbild,
- als Form sozialen Handelns und
- als Teil der gesellschaftlichen Selbstorganisation.

Aus normativer Perspektive wird Zivilgesellschaft mit einem demokratischen Gemeinwesen und einer gerechten Gesellschaft gleichgesetzt. Sie steht für ein gutes und gerechtes Zusammenleben in einer Demokratie und steht in dem Konzept dem Staat bzw. den herrschenden Instanzen aus Politik, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung kritisch gegenüber. In Diktaturen und autoritären Regimen gilt Zivilgesellschaft als Gegenentwurf zum Regime.

Aus habitueller Perspektive bezieht sich der Begriff auf den Umgang der Gesellschaftsmitglieder untereinander. Zivilgesellschaft beschreibt eine auf Gewalt verzichtende, auf Kompromissen ausgerichtete und den Respekt der Mitglieder wahrende Gesellschaftsform. Sie ist demnach Ausdruck einer politischen Kultur der Gewaltfreiheit, Toleranz und Kompromissbereitschaft.

Die dritte Komponente beschreibt Zivilgesellschaft als einen eigenen gesellschaftlichen Bereich und steht in Abgrenzung zu Staat, Markt und Privatsphäre. Sie besteht aus freiwilligen Vereinigungen, Stiftungen, Initiativen, Nichtregierungsorganisationen oder Non-Profit-Organisationen.

Durch die Erbringung gemeinwohlorientierter Güter und Leistungen und die Einflussnahme auf die öffentliche Meinung bildet die Zivilgesellschaft den Rahmen für bürgerschaftliches Engagement (vgl. Wolf/Zimmer 2012: 16f.).

Das Konzept der Zivilgesellschaft wird in dieser Auslegung auch kritisiert. Für Kritiker geht das Konzept, vor allem in der normativen Sichtweise, nicht weit genug. Bemängelt wird „[...]dass es kein utopisches Moment in sich berge und schlichtweg nicht über die Beschreibung moderner multikultureller Gesellschaften hinausgehe“ (Arenhövel 2000: 56).

Die Kritik spielt in die Diskussionen um die Abgrenzung von *Zivilgesellschaft* und *Bürgergesellschaft* hinein. Oft werden die Begriffe synonym verwendet. Gensicke (2006) sieht Zivilgesellschaft als Kern einer modernen Bürgergesellschaft (vgl. Gensicke 2006: 9). Für andere liegt der Unterschied in Wirklichkeit und Vision. Zivilgesellschaft beschreibt demnach den Ist-Zustand demokratischer Gesellschaften. Unter Bürgergesellschaften soll nicht die Beschreibung des Lebensumstandes verstanden werden, sondern „[...]die Vision einer Gesellschaftsverfassung als Gegenmodell zum gegenwärtigen Versorgungs- und Verwaltungsstaat. Leitidee einer bürgerschaftlichen Vision ist aus liberaler Sicht die gesellschaftliche Selbstorganisation“ (Deutscher Bundestag 2002: 25).

Im Bericht zur *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* verwendet die Enquete-Kommission die Begriffe weitestgehend synonym und verknüpft die unterschiedlichen Konzepte. Die Kommission möchte Bürgergesellschaft sowohl als Zustandsbeschreibung als auch als Zukunftsprogramm verstanden wissen. Sie beschreibt und prägt das Engagement des Gemeinwesens. Gleichzeitig werden die Bürgerinnen und Bürger in die Verantwortung genommen die politische Gemeinschaft selbstständig zu gestalten. In dem visionären Charakter von Bürgergesellschaft steckt der Abschied von der Allzuständigkeit des Staates. Die politische Gemeinschaft soll gestärkt werden um in Zukunft vermehrt eigenverantwortlich tätig zu werden. Die Übernahme von Verantwortung für die Gestaltung des Gemeinwesens setzt gute Strukturen und selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger voraus. Die Möglichkeiten zur Selbstorganisation müssen dafür gestärkt werden. Grundpfeiler der Bürgergesellschaft sind Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Eigenverantwortung, Vertrauen und solidarische Unterstützung (vgl. ebd. 24ff).

2.3 Bürgerschaftliches Engagement

Im Themenfeld des Engagements gibt es ebenfalls eine erhebliche Begriffsvielfalt. Einige Formen des bürgerschaftlichen Engagements können auf eine lange Historie zurückverfolgt werden wie z.B. Ehrenamt (etwa seit 1750 vermehrt in Schriften auftauchend) oder Mäzenatentum (seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts). Soziales Engagement lässt sich als Begriff vermehrt seit den 1960er Jahren nachweisen, dagegen tauchen freiwilliges Engagement und bürgerschaftliches Engagement erst im Laufe der 1990er Jahre auf.

Die gängigsten Begriffe lauten Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Ferner sind auch zivilgesellschaftliches, am Gemeinwohl orientiertes Engagement und Begriffe wie Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit gebräuchlich. Bürgerschaftliches Engagement beinhaltet all diese genannten Begriffe, stellt aber mehr als ein Oberbegriff dar: Durch die Verknüpfung von Engagement mit der Bürgerschaft wird dem Begriff eine normative Dimension gegeben. Gesellschaftswissenschaftliche Diskurse verleihen dem Ausdruck Gehalt und bringen ihn mit Begrifflichkeiten wie Bürger, Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Verantwortung, Gerechtigkeit, Demokratie und Selbstverantwortung in einen größeren Zusammenhang. (vgl. Deutscher Bundestag 2002: 24)



Abb. 2: Begriffsaufkommen nach Büchersuchdurchlauf durch Ngram Viewer (abgerufen am 16.12.2014)

Die Begriffswahl erklärt sich auch durch ein in den vergangenen 20 Jahren zu beobachtendes, neues bzw. wiederentdecktes Demokratieverständnis der Bürgerinnen und Bürger. Dieses Verständnis spiegelt sich in einem (Mit-) Gestaltungswillen der Bürgerinnen und Bürger wider. Lange Zeit fand die Demokratie nur ihren Ausdruck mit dem Gang zur Wahlurne. Inzwischen wollen sich viele Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalter der Gesellschaft und ihres Umfeldes begreifen. Nicht immer sind sie sich dabei bewusst, dass sie bürgerschaftlich engagiert sind. (vgl. ebd.)

Die Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagement“ liefert in ihrem Bericht (Deutscher Bundestag 2002) eine Klärung der Begrifflichkeiten zum Thema Bürgerschaftliches Engagement, auf die in dieser Studie zurückgegriffen wird.

Die Enquetekommission fasst den Begriff sehr weit und macht damit ein breites Tätigkeitsfeld auf. Laut ihrer Definition beschreibt der Begriff alle Aktivitäten von Bürgerinnen, Bürgern, Organisationen und Initiativen, die einen Beitrag zum Erhalt und zu einer Verbesserung der Gesellschaft leisten. Schärfen lässt sich der Begriff in Abgrenzungen zu anderen gängigen Bezeichnungen. So ist einer der meistverbreiteten Begriffe das Ehrenamt. Begründet liegt dies in der langen Geschichte, die dieser Begriff aufweisen kann. Vielfach wird der Begriff synonym für bürgerschaftliches Engagement verwendet. Nach der Enquetekommission beschreibt er aber nur einen Teilbereich von Engagement. Ehrenamtliches Engagement beschreibt eine stärkere Formalisierung des Engagements, es ist an Regeln gebunden und meist langfristiger ausgelegt. (vgl. ebd.: 32)

Fast deckungsgleich ist der Begriff des freiwilligen Engagements. Er betont die Wahlmöglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger haben. In Abgrenzung zum freiwilligen Engagement, beschreibt bürgerschaftliches Engagement aber auch nicht freiwillig geleistetes Engagement, wenn es im Rahmen

des politischen Gemeinwesens vorgeschrieben wird. Wie es z.B. bei Schöffinnen und Wahlhelfern der Fall ist (vgl. ebd.).

Die Enquetekommission will unter bürgerschaftlichem Engagement sowohl traditionelle Formen des Bürgerschaftlichen Engagements verstanden wissen wie politisches, soziales Engagement, Engagement in Vereinen, Verbänden und Kirchen als auch neuere Formen, Engagement in öffentlichen Funktionen (bspw. Elternbeirat, Schöffen) als auch neuere wie Formen der Gegenseitigkeit (bspw. Nachbarschaftshilfen, Tauschringe), Selbsthilfe sowie Engagement in und von Unternehmen (vgl. ebd. : 27f.).

Allen Formen des bürgerschaftlichen Engagement zeichnet aus, dass sie

- freiwillig,
- nicht auf materiellen Gewinn gerichtet,
- gemeinwohlorientiert,
- öffentlich bzw.
- in der Regel gemeinschaftlich

ausgeführt werden. (vgl. ebd.: 38)

Seit 1999 werden im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Fünf-Jahres-Zyklus Daten zum Freiwilligen Engagement in Deutschland durch den sogenannten Freiwilligensurvey erhoben. Die jüngsten Ergebnisse der Telefonbefragungen von TNS Infratest wurden im *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009: Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004 - 2009* veröffentlicht. Nachfolgend eine kurze Zusammenstellung wichtiger Ergebnisse der Untersuchung.

Aktiv öffentlich beteiligt im „Dritten Sektor“ – also in Vereinen, Organisationen, Gruppen oder öffentlichen Einrichtungen () – haben sich 2009 71 % der Befragten. Der Umfang dieser öffentlichen Teilnahme wird im Freiwilligensurvey als Reichweite der Zivilgesellschaft bezeichnet. Ungefähr die Hälfte der öffentlich Aktiven hatte bestimmte Aufgaben, Arbeiten oder Funktionen in der Zivilgesellschaft inne. Die Engagementquote, also der Anteil der freiwillig Engagierten lag 2009 bei 36 % und ist damit in Vergleich zu 1999 um 2 Prozentpunkte gestiegen. Die Engagementquote ist generell bei Männern höher ausgeprägt. Ebenso bei Erwerbstätigen im Vergleich zu nicht Erwerbstätigen. Auch junge Leute in der Phase der Ausbildung, höher Gebildete und Menschen mit gehobenem Berufsprofil sind häufiger freiwillig engagiert. Gestiegen ist der Anteil in den letzten Jahren bei Familien und älteren Menschen. Arbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund sind seltener freiwillig engagiert als der Durchschnitt der Bevölkerung.

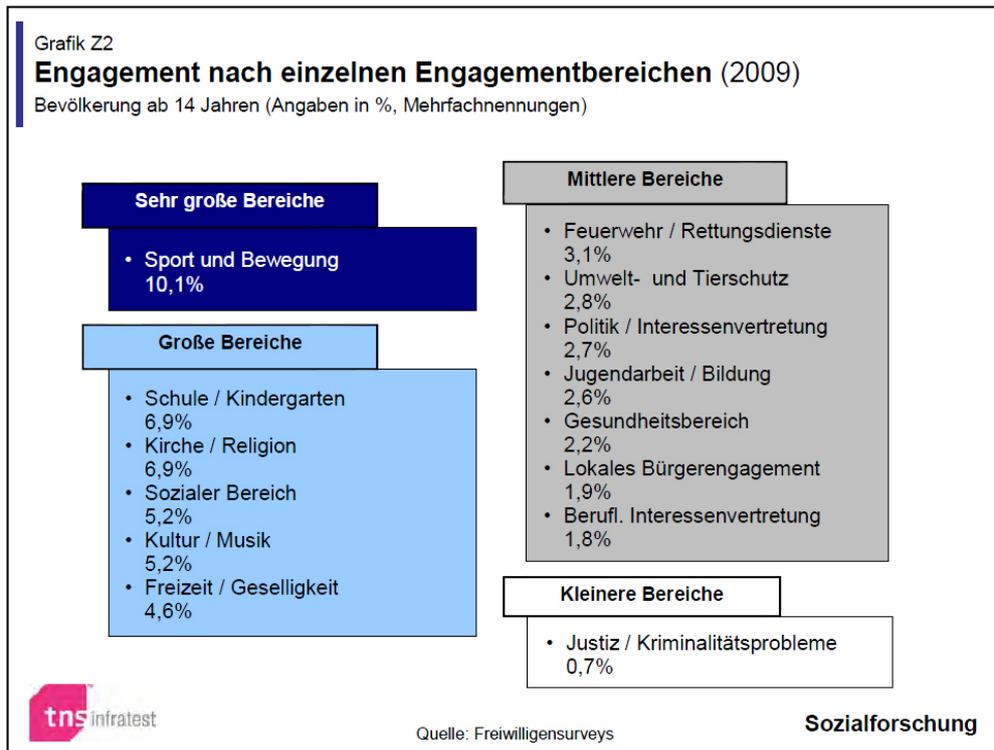


Abb. 3: Engagementbereiche im Freiwilligensurvey (Gensicke/Geis 2010: 7)

Im Bereich Sport sind die meisten Menschen freiwillig tätig (2009: 10 %). Danach folgen Schulen/ Kindergärten und Kirche / Religion (jeweils 6,9 %), Sozialer Bereich und Kultur / Musik (jeweils 5,2 %) und Freizeit / Geselligkeit (4,6 %). (s. Abb. 3) (vgl. Gensicke/Geis 2010: 5ff.)

Die Erhebung erlaubt es zwischen Stadt und Land zu differenzieren. Es ist zu beobachten, dass sich in ländlichen Regionen mehr Menschen freiwillig engagieren als in großstädtischen Kernbereichen. Im Vergleich zu 1999 hat sich dieser Unterschied weiter vergrößert. Gensicke&Geis sehen darin den Versuch der ländlichen Bevölkerung, den Mangel an institutionellen und kommerziellen Angeboten zu kompensieren und soziale Lebensqualität zu schaffen. Der verdichtete, suburbane Raum und Städte im ländlichen Raum können als Übergang zwischen den beiden Siedlungstypen gesehen werden. Häufig sei es die Mittelschicht, die aus den Städten heraus ins verdichtete Umland oder in Kleinstädte zieht. Diese sei daran interessiert, sich in den neuen Lebensraum zu integrieren, und würde häufiger freiwillige Arbeit leisten. (s. Abb. 4) (vgl. ebd. 26)

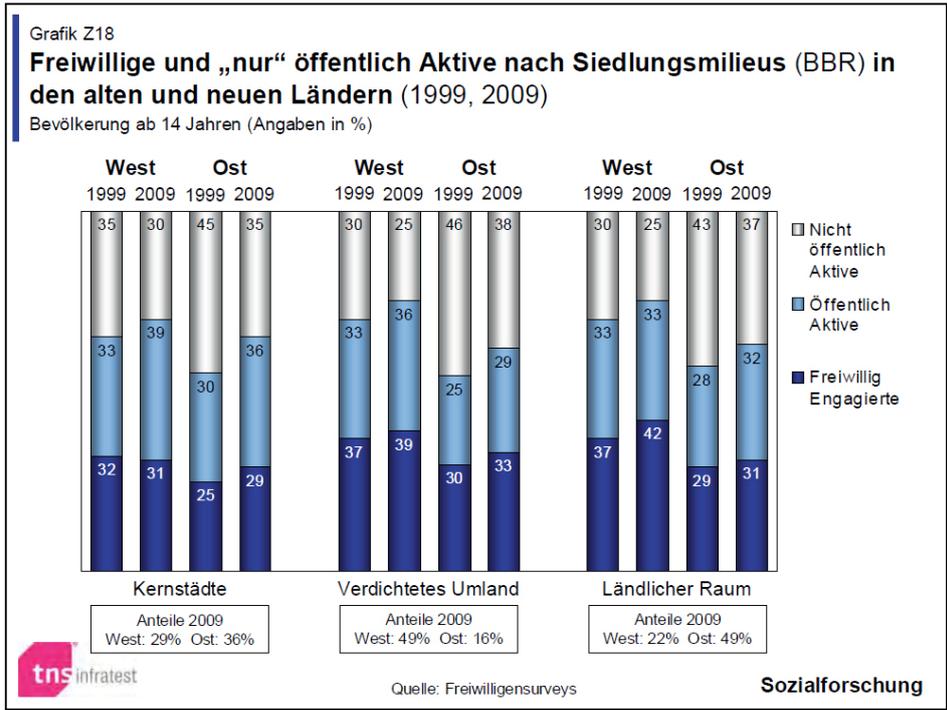


Abb. 4: Freiwillige und öffentlich Aktive nach Siedlungsmilieus (1999/2009) (Gensicke/Geis 2010: 26)

3. Demografische Zukunftsfähigkeit als Problem unterschiedlicher Raumtypen

3.1 Räumliche Differenzen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Die Zukunftsfähigkeit von Kommunen ist im starken Maße abhängig von der demografischen Entwicklung. In ihr spiegeln sich wirtschaftliche Strukturen, politische Entscheidungen und natürliche Gegebenheiten der Regionen wider. Der sich vollziehende Wandel betrifft Größe, Verteilung und Struktur der Bevölkerung. Haupttrends der mittel- und langfristigen demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sind Schrumpfung, Alterung und Internationalisierung, vielfach beschrieben mit den Worten *weniger – älter – bunter*.

Dieser allgemeine Trend gilt jedoch nicht überall, sondern weist erhebliche räumliche Differenzen auf: Zahlreiche Großstädte und Städte mit besonderen Bildungs- oder Wirtschaftsstrukturen üben eine hohe Anziehungskraft auf Zuwanderer aus und wachsen teils sogar stark. Städte sind „in“. Die Bevölkerungsverluste dagegen haben vornehmlich weniger verdichtete und weniger attraktive Regionen zu tragen. Es sind vornehmlich Dörfer, kleine und Mittelstädte in ländlichen Regionen, in denen eine Abwärtsspirale ausgehend von der schrumpfenden Zahl der Einwohner eingesetzt hat. Hier gilt für die Bevölkerung in der Konsequenz das Motto *„weniger – weiter – teurer“* (Aring/Trommer 2012: 1). Die Konsequenzen aus dieser Bevölkerungsentwicklung stellen die Kommunen vor große Herausforderungen. Die Nachfrage nach öffentlichen Infrastrukturen verändert sich und macht eine Anpassung des Daseinsvorsorgeangebots dringend erforderlich. Auch für private Investoren verändern sich die Ertragsaussichten. In Schrumpfungsbereichen entwertet sich öffentliches wie privates Kapital.

Es lassen sich verschiedene räumliche Muster in der demografischen Entwicklung erkennen. Zum einen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen der Bundesrepublik und zum zweiten gibt es ein siedlungsstrukturelles Gefälle zwischen Agglomerationsräumen und ländlich geprägten Siedlungstypen. Der Übergang von Zuzugsgebieten zu Entleerungsorten vollzieht sich dabei sehr kleinräumig. Häufig ist er unterbrochen von Sonderentwicklungen, so dass Wachstum und Schrumpfung benachbart auftauchen.

„Grundlegendes Charakteristikum des demographischen Wandels bleibt dessen räumliche Vielfalt mit dem Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Regionen, mit langsamer oder schneller alternden Teilräumen, mit stärker oder schwächer steigendem Anteil von Personen mit Migrationshintergrund“ (BBSR 2012b: 31). Dies nährt die Illusion vieler Kommunalpolitiker und Bürger in schrumpfenden Orten, dass die Entwicklung auch bei ihnen aufgehalten und gewendet werden könnte. Generelle Aussagen sind aufgrund der Verschiedenartigkeit der Entwicklungen nicht möglich, einige Trends lassen sich dennoch für die unterschiedlichen Raumtypen – Großstadt, suburbaner Raum und ländlicher Raum mit geringer Dichte – feststellen.

Wachsende und schrumpfende Gemeinden

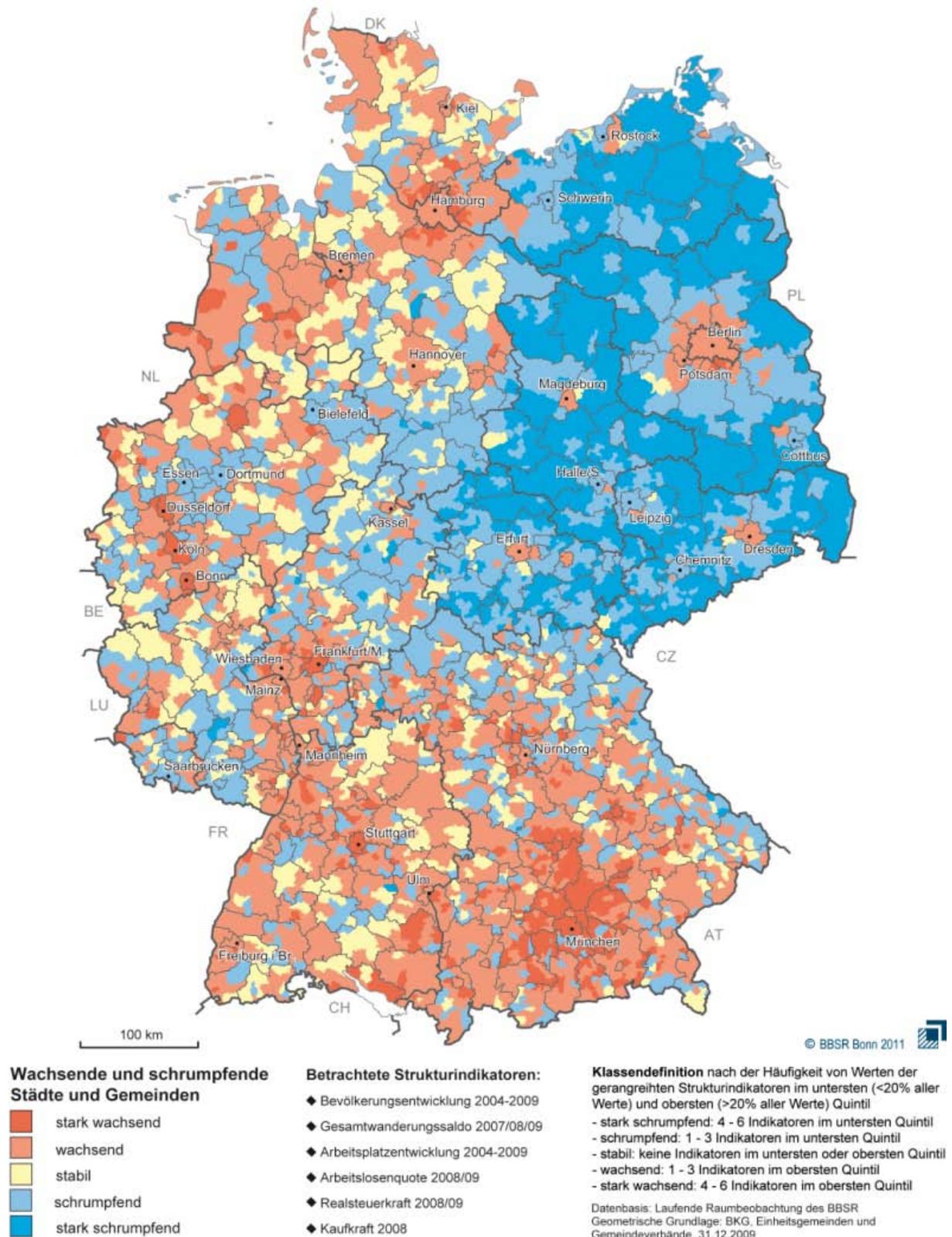


Abb. 5: Wachsende und schrumpfende Gemeinden (BBSR: 2012a)

3.1.1 Schrumpfung

Erwartete Entwicklungen

Seit 2003 schrumpft die Bevölkerungszahl in Deutschland. Hauptursache dafür ist der Rückgang der Geburtenzahl je Frau. Mitte der 1960er Jahre ging die Fertilitätsrate so weit zurück, dass ab 1970 das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern je Frau nicht mehr erreicht wurde. Dass die Schrumpfung der Bevölkerung trotz Sterbeüberschüssen erst mehr als 30 Jahre später einsetzte, lag an den internationalen Wanderungsgewinnen der Bundesrepublik. Seit 2003 aber kann die Anzahl der Immigranten den natürlichen Saldo nicht mehr ausgleichen. (vgl. Schlömer 2012: 52)

Dieser Trend wird sich laut aktuellen Bevölkerungsvorausrechnungen weiter fortsetzen (vgl. Statistisches Bundesamt 2009; Schlömer 2012; Bertelsmann Stiftung : 2013). Die Bevölkerung wird in immer mehr Kommunen zurückgehen, andere wiederum werden an Einwohnern und Einwohnerinnen gewinnen. Die Entwicklung wird demnach auch in Zukunft regional sehr unterschiedlich ablaufen. Wachstum und Schrumpfung werden nebeneinander stattfinden. Laut den Vorausschätzungen können wirtschaftstarke Räume, wie Hamburg, München oder Stuttgart, durch Wanderungsgewinne noch weiterhin mit einer positiven Bevölkerungsbilanz rechnen. Auch eher ländlich geprägten wirtschaftsstarken Gebieten wie z.B. das Emsland oder dem Bodenseekreis werden Bevölkerungszunahmen prognostiziert. Seit zwei Jahrzehnten schon hat besonders der Osten Deutschlands mit einer massiven Bevölkerungsabnahme zu kämpfen, in Zukunft wird damit gerechnet, dass der Prozess sich dort fortsetzt und weiter Kommunen im Westen und Süden Deutschland von starken Rückgängen betroffen sind. Mit einem Rückgang von bis zu 20 % müssen besonders Kommunen in Nähe der ehemaligen Grenze zu DDR rechnen. (vgl. Schlömer 2012:7; Bertelsmann Stiftung [Hrsg.]: 2013:12; BMI 2011: 169f; Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011: 8ff)

Die Entwicklung der Bevölkerung ist kein einfacher Gegensatz von Stadt und Land, dennoch lassen sich einige siedlungsstrukturelle Unterschiede feststellen.

In der Raumordnungsprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.] (2012) wird ersichtlich, dass Städte öfter von den Zuwanderungen junger Erwachsener profitieren und so ihren natürlichen Saldo eher ausgleichen können. Wachstum oder Schrumpfung finden in Städten in der Tendenz auf einem niedrigeren Niveau statt. „Die Frage nach Wachstum und Schrumpfung wird gerade für die Großstädte zu einer ‚Gratwanderung‘ ohne extreme Ausprägung“ (vgl. Schlömer 2012: 61). Darüber hinaus profitieren Großstädte von einem hohen Anteil an Menschen im Alter der Familiengründungphase. So können sie relativ stabile Geburtenzahlen erwarten (ebd.: 58ff)

Das Umland der Städte könnte, zeitlich verzögert, von der Entwicklung profitieren, falls sich die jungen Familien entscheiden in den suburbanen Raum zu ziehen. Das BBSR weist in seiner Raumordnungsprognose auf die Schwierigkeit solcher Vorhersagen hin, Trends wie die Suburbanisierung lassen sich schwer abschätzen. Ebenso gut könnte es den Städten gelingen, Wanderungsverluste einzudämmen und junge Familien an sich zu binden. (vgl. Schlömer 2012: 58ff)

Da Migration ländliche Räume vor allem negativ betrifft, müssen viele ländliche Regionen weiterhin mit einer Bevölkerungsabnahme rechnen. Obwohl der Rückgang der Kinderzahl je Frau in den ländlichen Regionen zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt hat und meist schwächer als in den Agglomerationsräumen ausgeprägt ist, kann keine Region ohne Wanderungsgewinne wachsen. Die niedrige Fertilitätsrate verhindert ein eigenständiges Bevölkerungswachstum. (ebd.)

Entsprechend der niedrigen Geburtenziffer gehen auch die SchülerInnenzahlen zurück, bis 2030 wird im Schnitt mit einem Rückgang um 11 % im Vergleich zu 2010 gerechnet. Die geringste Abnahme erwartet das BBSR in den Kernstädten. Durch den Zuzug von jungen Menschen und der stabilen Geburtenzahl wird in einigen Städten sogar mit einer Zunahme der Schulpflichtigen gerechnet. Auch der suburbane Raum prosperierender Agglomerationen dürfte durch die Zuwanderung junger Familien mit einer Steigerung der Anzahl an schulpflichtigen Kindern kalkulieren. Ländlich geprägten Regionen steht demnach der stärkste Rückgang bevor. Das gilt umso mehr für periphere, dünnbesiedelte Gebiete. Der beschriebene Gegensatz zwischen städtischem und ländlichem Raum bezieht sich auf die relative Entwicklung der Schülerzahlen bezogen auf das jeweilige Ausgangsniveau. In der Tendenz gleichen sich die Zahlen vor allem in den alten Ländern aneinander an. In den ländlichen Kommunen war ein hoher Anteil der entsprechenden Altersgruppe zu finden, in den Großstädten ein eher geringer. (vgl. Schlömer 2012: 64f; BBSR 2012b: 44)

Die Verschiebung der Altersstruktur hat auch Auswirkungen auf das Erwerbspersonenpotential. Bis 2030 soll die Zahl von 53,9 Mio. auf 47,2 Mio. zurückgehen. Regional verläuft diese Entwicklung aber äußerst unterschiedlich. Während in den neuen Ländern die Zahl rapide sinkt, verläuft der Prozess in den alten Ländern wesentlich moderater. In den nächsten Jahren wird sogar erst einmal mit einem Anstieg gerechnet. Die Erwerbspersonen konzentrieren sich weiterhin auf die Agglomerationen, 54 % der Erwerbspersonen im Westen leben in Großstädten, nur 11 Prozent im ländlichen Raum. (vgl. Schlömer 2012: 82f)

Bis 2030 soll die Zahl der privaten Haushalte leicht zunehmen. Es wird davon ausgegangen, dass sich der wahrnehmbare Trend zu kleineren Haushalten weiter fortsetzt. Durch die Vereinzelung sinke die Größe weiter von 2,03 auf 1,9 Personen pro Haushalt. Vor allem bei den jüngeren Altersgruppen ist ein Trend zu mehr Singlewohnungen festzustellen. (ebd.: 10)

Auswirkungen

Der Rückgang der Bevölkerung führt zu einem Tragfähigkeitsproblem sowohl bei der materiellen Infrastruktur, wie z.B. Verkehrswegen, Ver- und Entsorgungssystemen oder Kommunikationsnetzen, als auch bei der sozialen Infrastruktur, wie Krankenhäusern, Schulen oder Kultureinrichtungen. Regional unterscheiden sich die Tragfähigkeitsprobleme der Kommunen in ihren Schwerpunkten und im Ausmaß. Regionen mit hohem Bevölkerungsverlust und einem dichten zentralörtlichen Netz werden besonders stark von dieser Problematik betroffen sein. Darunter fallen Regionen wie Nordhessen, Südniedersachsen oder auch die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Diese Gebiete stehen vor der schwierigen Herausforderung, trotz sinkender Steuereinnahmen und geringerer Auslastung der Infrastrukturen, ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Angebot auf die Beine zu stellen. (vgl. BBSR 2012b: 31ff; Schlömer 2012: 64)

Auch die Erreichbarkeit von regionalen Infrastruktureinrichtungen spielt eine wesentliche Rolle. Hier zeigt sich ein großer Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Auf dem Land wird teilweise über eine Stunde Fahrtzeit zur Erreichung des nächsten Mittel- oder Oberzentrums benötigt. Dabei wurde als zumutbarer Fahrzeitaufwand zwischen Wohnort und nächstem Mittelzentrum eine Zeit von 30 Minuten definiert. Dies gilt sowohl für den motorisierten Individualverkehr als auch für den öffentlichen Personennahverkehr. Beinahe flächendeckend ist diese Grenze für den MIV gewährleistet, im ÖPNV werden teilweise deutlich längere Fahrtzeiten zum nächsten Mittelzentrum benötigt. Der ländliche Raum ist von diesem Missverhältnis besonders stark betroffen. Hier benötigen 46 % der Bevölkerung mehr als eine halbe Stunde mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Erreichung des nächsten Mittel- oder Oberzentrums. Die Mobilitätssicherung wird in ländlichen Regionen zukünftig eine zentrale Rolle spielen. Besonders in Anbetracht der Gruppen, die nicht auf ein privates PKW zurückgreifen können und auf einen den ÖPNV angewiesen sind (vgl. BBSR 2012b: 33ff). Den ÖPNV im ländlichen Raum in angemessener Bedienungsqualität aufrecht zu erhalten, ist schon lange zur Herausforderung geworden. Der demografische Wandel gibt dem Thema eine neue Brisanz. Die Anteile der Seniorinnen und Senioren, die im Besitz eines Führerscheins sind, sind in der heutigen Generation stark gestiegen. Auch im hohen Alter können sie noch auf einen Pkw zurückgreifen und sind weniger auf den ÖPNV angewiesen. Auch der Rückgang der Schülerzahlen führt zu einer geschwächten Auslastung des ÖPNV-Angebots. „Und so dreht sich die Abwärtsspirale im ländlichen ÖPNV weiter: weniger Nachfrage → nicht mehr bezahlbare Angebote → Reduzierung / Einstellung von Verkehren → Restverkehre mit Alibifunktion ohne Attraktivität → weiter sinkende Nachfrage.“ (Hawel 2013: 75)

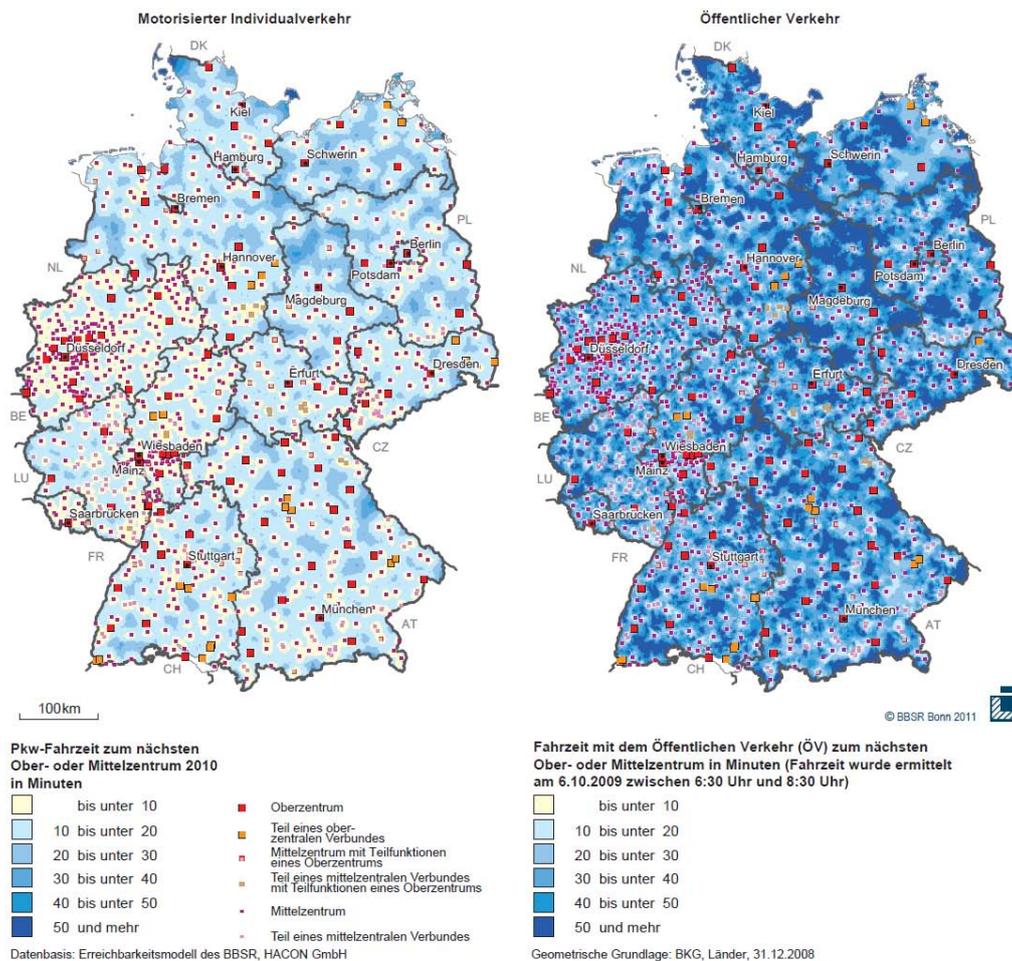


Abb. 6: Erreichbarkeit von Ober- und Mittelzentren nach ROB 2011 (BBSR 2012b: 35)

Der Rückgang der Schulpflichtigen stellt gerade den ländlichen Raum vor weitere Herausforderungen. Schulen müssen neben einer hohen Qualität und einem breiten Angebot an Abschlüssen auch für die Schülerinnen und Schüler von ihrem Wohnort aus gut erreichbar sein. Durch die Abnahme der Schülerzahl werden einige Schulstandorte an die Grenzen ihrer Tragfähigkeit kommen. Nach Vorausberechnung des BBSR (2012) werden vermehrte Unterschreitung der Mindestschulgrößen erwartet. In dünnbesiedelten Räumen ist diese Gefahr besonders hoch. Schülerinnen und Schüler müssen dort zukünftig mit weiteren Schulwegen rechnen. Diese Altersgruppe ist dabei im starken Maß abhängig vom ÖPNV. (BBSR 2012b: 42ff)

Auch viele Städte sind von dieser Entwicklung betroffen, da die Abnahme aber geringer ist, sind auch die Auswirkungen abgeschwächt. Städte mit einem Zuwachs an schulpflichtigen Kindern müssen mit geeigneten Maßnahmen, wie der Einstellung von mehr Lehrpersonal, die Qualität des Bildungsangebotes gewährleisten. (vgl. ebd.: 42) Selbiges gilt für das Umland von wachsenden Städten.

Weiter steigende Mieten und Bodenpreise sind eine erwartete Folge der gestiegenen Anzahl an Haushalten in Zuzugsgebieten. (vgl. Schlömer 2012: 10) Im Gegensatz dazu muss in schrumpfenden Räumen mit vermehrten Leerständen gerechnet werden. Die Immobilienwirtschaft wird in diesen Gebieten geschwächt und die Investitionskraft sinkt. Die Gefahr, dass benötigte Investitionen in den Gebäudebestand, die aufgrund der veränderten Nachfrage durch Vereinzelung, Alterung und Heterogenisierung, nötig geworden sind, nicht vorgenommen werden, steigt. (Deutscher Städtetag 2006: 14)

Wenn wieder eine erstarkte Suburbanisierung einsetzt, hat das auch Auswirkungen auf die finanzielle Situation. Mörl (2010) geht davon aus, dass besonders einkommensstarke Familien in das städtische Umland wandern. Somit würde nicht nur das Einkommenssteueraufkommen aus den Städten abgezogen, auch die Kaufkraft würde dort weiter abnehmen. Der suburbane Raum könnte so durch die einwohnerbezogenen Schlüsselzuweisungen seine finanzielle Situation verbessern. (vgl. Mörl 2010: 29)

3.1.2 Alterung

Erwartete Entwicklungen

Alterung bedeutet eine Zunahme des Durchschnittsalters. Schlömer (2012) unterscheidet dabei zwischen einer *Alterung von unten* und einer *Alterung von oben*. Die Alterung von unten beschreibt demnach die Verringerung des Anteils jüngerer Altersklassen. Alterung einer Bevölkerung von oben meint einen Anstieg der höheren Altersklassen. (Schlömer 2012: 62) Für die künftige Entwicklung in Deutschland trifft beides zu. Ersterer Vorgang wurde bereits in Kapitel XY behandelt. Nachfolgend wird insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Alterung von oben betrachtet.

Das Durchschnittsalter in Deutschland wird von 43,7 Jahren (2012) auf ungefähr 47, 1 Jahren (2030) ansteigen. Die Zahl der Hochbetagten, also der über 80-Jährigen nimmt, dank gesteigener Lebenserwartung, stark zu. Im Prognosezeitraum (bis 2030) steigt der Anteil im Schnitt um 60 Prozent an. Sowohl der allgemeine Anstieg des Durchschnittsalters als auch die Zunahme bei den Hochbetagten sind regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. (Schlömer 2012: 8ff)

Für Großstädte ist die Alterung der Bevölkerung ein vergleichsweise geringes Problem. Durch die Zuwanderung vor allem von jüngeren Altersklassen, können sie ihre Altersstruktur relativ stabil halten. Gleiches gilt für die Alterung der Erwerbspersonen. In Städten ist die Alterung auch hier geringer ausgeprägt. (ebd.: 65ff)

Das Umland der Städte hingegen altert besonders stark. Ursache dafür sind die Suburbanisierungsvorgänge in den 1950er bis 1970er Jahren. Die Zuwanderer von damals sind inzwischen in einem hohen Alter, ihre Kinder haben häufig einen anderen Wohnstandort gewählt. (ebd.: 65)

Die Zahl der kleinen Haushalte wird in den nächsten Jahren zunehmen. Dieser Trend der Lebensgewohnheiten wird durch den demografischen Wandel verstärkt. Es ist nicht ausschließlich die jüngere Generation, die vermehrt in Singlehaushalten lebt, durch die Alterung steigt auch die Anzahl der Rentner- und Witwenhaushalte. (BBR 2006: 8)

Auswirkungen

Die Folgen der Alterung für Bund und Kommunen sind häufig eng mit der Schrumpfung der Bevölkerung verbunden und lassen sich nicht trennscharf unterscheiden. Nachfolgend sind die Auswirkungen zusammengefasst, deren Hauptursache im Älterwerden der Bevölkerung liegt.

Die Zunahme des Altersdurchschnitts führt auf der einen Seite (Kapitel XY) zu einem Rückgang der Nachfrage nach Infrastrukturen der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Auf der anderen Seite erhöht es die Nachfrage nach materiellen und sozialen Infrastrukturen für die höheren Altersklassen.

Ein besonders hoher Stellenwert kommt dabei gesundheitlichen Versorgungseinrichtungen zu. Medizinische Leistungen werden mit fortschreitender Alterung immer häufiger in Anspruch genommen. Siedlungsstrukturell lassen sich hier einige Nachteile für den ländlichen Raum anführen. Im Vergleich mit der städtischen Bevölkerung müssen Bewohnerinnen und Bewohner in ländlichen Gebieten längere Fahrtzeiten zu den Arztpraxen in Kauf nehmen. Zu den generell längeren Wegen kommt noch die schlechte Anbindung an den ÖPNV hinzu. Es besteht die Gefahr, dass die Vorgaben der kassenärztlichen Bedarfsplanung für die Relationen von Einwohnern und Ärzten unterschritten werden. Besonders dünn besiedelte Gebiete sind von dieser negativen Entwicklung betroffen. Auch eine Nachfolgeproblematik der Landärzte in diesen Gebieten verschlechtert die Situation weiter. (BBSR 2012b: 46f)

Die starke Zunahme der Hochbetagten führt darüber hinaus auch zu einer erhöhten Nachfrage nach Pflegeleistungen. Unter diese Pflegeleistungen fallen sowohl ambulante Angebote, aber auch die Pflege durch Angehörige.

Größtenteils übernehmen Familienangehörige die Pflege von Menschen, die der unteren Pflegestufe zugeordnet werden. Die Aufgabe wird meist von weiblichen Familienmitgliedern übernommen. Insgesamt zwei Drittel der Pflegebedürftigen wird in Deutschland von Angehörigen oder von ambulanten professionellen Pflegekräften betreut. Allerdings weisen einige Trends auf eine Veränderung innerhalb der Familienstrukturen hin. Singlehaushalte werden häufiger, durch

Abwanderung leben die Generationen häufig räumlich getrennt voneinander, Frauen gehen häufiger Erwerbsarbeit nach und die Kinderanzahl je Paar geht weiter zurück. Es muss damit gerechnet werden, dass künftig mehr vermehrt Personen Bedarf in Pflegeheimen anmelden.

Zurzeit sind in stationären Pflegeeinrichtungen ein Drittel der anerkannt Pflegebedürftigen untergebracht. In Großstädten im Westen Deutschland ist die Ausstattung mit Pflegeheimplätzen pro Einwohner geringer als in ländlichen Gebieten. In Ostdeutschland kehrt sich das Verhältnis um. Sowohl in Großstädten, im Umland als auch in den ländlichen Regionen ist die Zahl der Plätze im Zuge der Alterung der letzten Jahre angestiegen. Wobei in den Landkommunen am meisten Plätze zusätzlich angeboten werden können. (ebd.: 50f)

Auch die fiskalischen Auswirkungen seien hier erwähnt. Die Zahl der Rentner steigt an bei gleichzeitig sinkender Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter. Die sozialen Sicherungssysteme stehen zukünftig vor noch größeren Herausforderungen als bisher. Siedlungsstrukturell lassen sich hier keine Unterschiede festmachen. (ebd.:29)

Eine weitere Folge der Alterung sind vermehrte Gebäudeleerstände. Auch hiervon ist insbesondere der ländliche Raum betroffen (vgl. Jaentsch 2010: 76; Spellerberg/Spehl 2011: 1ff). Besonders Ein- und Zweifamilienhäuser auf den Dörfern, aber auch in ländlichen Klein- und Mittelstädten stehen vermehrt leer (vgl. Kröhnert et al. 2011: 24). Die Gründe dafür sind vielfältig. Die vererbende Generation ist heute größer als die Kindergeneration und die nachfolgende Generation hat häufiger als früher den Wohnort gewechselt. Zudem werden Neubauten gegenüber Bestandsimmobilien bevorzugt. Jeder Leerstand hat auch Folgen für die angrenzenden Grundstücke, Wertverlust ist die Konsequenz. Verfallende Gebäude können zu einer Abwärtsspirale innerhalb der Kommune beitragen. Solch perforierte Orte haben nicht nur ökonomische Probleme, auch auf das soziale Zusammenleben wirkt sich die lückenhafte Besiedlung aus. Eine aktive Dorfgemeinschaft kommt kaum noch zustande und soziale Beziehungen schwinden. (vgl. Spellerberg/Spehl 2011:1f)

Auch der suburbane Raum hat mit der beschriebenen Leerstandproblematik zu kämpfen, sofern er nicht von Zuzügen aus der Kernstadt profitieren kann. Insbesondere Wohngebiete, die in der Suburbanisierungswelle der 1950 bis 1970 Jahre entstanden sind, weisen ähnliche Probleme auf. Die jungen Familien von damals sind unlängst gealtert. Die Nachfolgeproblematik ist in eher unattraktiven Umlandlagen ein großes Problem. (ebd.)

3.1.3 Internationalisierung

Erwartete Entwicklungen

Die langjährige Zuwanderung aus dem Ausland hat dazu geführt, dass Deutschland bis 2003 ein Anstieg der Bevölkerung verzeichnen konnte. Sie war die wichtigste Quelle für Bevölkerungswachstum. So wird durch Migration die Auswirkung des Geburtenrückgangs abgeschwächt. Aber auch der Anstieg des Altersdurchschnitts der Bevölkerung wird durch die Zuwanderung abgemildert. Häufig sind es gerade die jüngeren Generationen die immigrieren (durchschnittliches Alter 34,8), außerdem ist die Fertilitätsrate der Frauen mit Migrationshintergrund höher. (vgl. BMI 2011: 48; Schlömer 2012: 67f)

Inzwischen haben 19,3 Prozent der Einwohner und Einwohnerinnen in Deutschland einen Migrationshintergrund. In den Generationen unter 35 Jahren hat jeder Vierte ausländische Wurzeln, bei den unter 5-Jährigen sogar jeder Dritte (vgl. Schlömer: 8). Es wird davon ausgegangen, dass die Bundesrepublik weiterhin Ziel für Migrationsbewegungen aus dem Ausland sein wird und die Heterogenität der Bevölkerung weiter zunimmt. (vgl. Gatzweiler et al. 2006: 17)

Die räumliche Verteilung der Migrationsbewegungen weist starke Konzentrationen auf Agglomerationsräume auf. Gerade Großstädte haben einen großen Anteil an Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Die Vorhersage der weiteren Internationalisierung ist aufgrund der komplexen Zusammenhänge schwierig. Dennoch lassen sich aus der Vergangenheit einige Erwartungen für die zukünftige Entwicklung ableiten. Zuwanderungen hängen nicht allein von der wirtschaftlichen Perspektive in den Städten ab, sondern knüpfen vielfach auch an bestehende soziale Netzwerke an. Familienangehörige und Bekannte im Aufnahmeland ziehen weitere Migranten an. Kommunen, die heute schon einen hohen MigrantInnenanteil aufweisen, werden auch künftig bevorzugtes Ziel für Zuwanderung sein. (vgl. Schlömer 2012: 69f)

Auswirkungen

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Internationalisierung der Bevölkerung wird die Bedeutung der Integration der Migranten und Migrantinnen deutlich. Das trifft auf alle Siedlungstypen zu.

Dennoch stehen in dem Zusammenhang allein quantitativ die städtischen Räume vor den größten Herausforderungen (vgl. Gatzweiler et al. 2006: 8). Innerhalb der Städte kommt es schon jetzt zu einer sozialräumlichen Polarisierung und zur Segregation der Migranten. Dies gilt insbesondere für Großstädte, in denen sich aufgrund der Bevölkerungsdichte gesellschaftliche Probleme aufsummieren. Die Problematik wird sich in einigen Stadtteilen zuspitzen. Die Integration der Zuwanderer in die Gesellschaft ist eine zentrale Herausforderung, vor der insbesondere die Städte

stehen. Eine sozialorientierte Stadtteilentwicklung wird in Zukunft unverzichtbar und Programme wie die Soziale Stadt sollten zu einer Daueraufgabe werden. Auch der Deutsche Städtetag hat die Brisanz des Themas erkannt und schreibt bereits 2006 in einem Arbeitspapier: „Der intelligente Umgang mit ethnischer und kultureller Differenz (Management of Diversity) wird somit zu einer Voraussetzung der Zukunftsbewältigung in den Städten. Investitionen in Wissen und soziale Kompetenz der Menschen dürften langfristig wichtiger werden als in eine grundsätzlich eher unflexible gebaute Infrastruktur“ (Deutscher Städtetag 2006: 14). Um einen sozialen Aufstieg der Zuwanderer zu ermöglichen, muss vor allem in die Bildung investiert werden.

3.2 Messbarkeit der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen

3.2.1 Das Analyseverfahren der Stiftung Schloss Ettersburg

Die Stiftung Schloss Ettersburg (2014) hat unlängst einen methodischen Leitfaden zur „Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen“ vorgelegt. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird der Notwendigkeit einer Messung der Zukunftsfähigkeit ein hoher Stellenwert zu geschrieben. Besonders für Vorhaben der Raumplanung, zur Sicherung der Daseinsvorsorge aber auch für private und privatwirtschaftliche Entscheidungen sei die Kenntnis über einen messbaren Zukunftswert eines Dorfes entscheidend. Zukunftsfähige Strukturen ließen sich so leichter erkennen und stärken, konkrete Anpassungsmaßnahmen ableiten und Fehlinvestitionen und Fehlplanungen vermeiden. Darüber hinaus wurde das Verfahren entwickelt, um als demografischer Bewertungsfaktor bei der Immobilienwertermittlung einzufließen. In der Immobilienwertermittlungsverordnung vom 19. Mai 2010 heißt es in Paragraph 3 (2) „Die allgemeinen Wertverhältnisse auf dem Grundstücksmarkt bestimmen sich nach der Gesamtheit der am Wertermittlungstichtag für die Preisbildung von Grundstücken im gewöhnlichen Geschäftsverkehr (marktüblich) maßgebenden Umstände wie nach der allgemeinen Wirtschaftslage, den Verhältnissen am Kapitalmarkt sowie den wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen des Gebiets“ (ImmoWertV §3.2). Mit ihrem Gesamtindikator zur Zukunftsfähigkeit bietet die Stiftung Schloss Ettersburg einen Bewertungsfaktor zur Beurteilung der demografischen Entwicklung in der Immobilienwertermittlung an. (vgl. Mager/Zinecker 2014)

Das Analyseverfahren stützt sich auf 14 Merkmale, die als relevant für die dörfliche Entwicklung angesehen werden. „Als zukunftsrelevant sollen dabei jene Merkmale gelten, die durch ihr Vorhandensein, Nichtvorhandensein oder den spezifischen Grad ihrer Ausprägung entscheidenden Einfluss auf die Attraktivität eines Ortes als Wohnsitz und Lebensmittelpunkt nehmen, die das Lebensgefühl der Einwohner prägen sowie in relativer Konstanz und Langfristigkeit wirken“ (Mager/Zinecker 2014: 9). Als bedeutsam eingestuft werden die bisherige Bevölkerungsentwicklung,

die Altersstruktur und Merkmale aus Infrastruktur, Bildung und Soziales, die Versorgungsstruktur, die Lage des Ortes, Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen und Zentren, die landschaftliche Attraktivität sowie der bauliche Zustand des Ortes. (vgl. ebd.)

Zur Erfassung der Indikatoren werden unterschiedliche Methoden angewandt. Einige Daten lassen sich mit Hilfe amtlicher Erhebungen und öffentlich zugänglicher Quellen ermitteln, andere werden während einer Dorfbegehung oder im Zuge einer Befragung der Bürgermeister erhoben.

Da neben quantitativen Daten und auch qualitative Aussagen in die Erhebung einfließen, wurde als Grundlage des Verfahrens eine sogenannte Nutzwertanalyse zur strukturierten Bewertung herangezogen.

Die ausgewählten Merkmale fließen nicht zu gleichen Teilen in den Gesamtzukunftsfaktor ein. Es wurden im Vorfeld in einer repräsentativen Erhebung Gewichtungsfaktoren für die einzelnen Kriterien ermittelt. Im Ergebnis steht eine einheitliche Punkteskala von 0 bis 1, wobei der Wert 1 dem Ort eine hohe Zukunftsfähigkeit bescheinigt und der Wert 0 dem Ort die Zukunftsfähigkeit abspricht. (vgl. Mager/Zinecker 2014: 9ff)

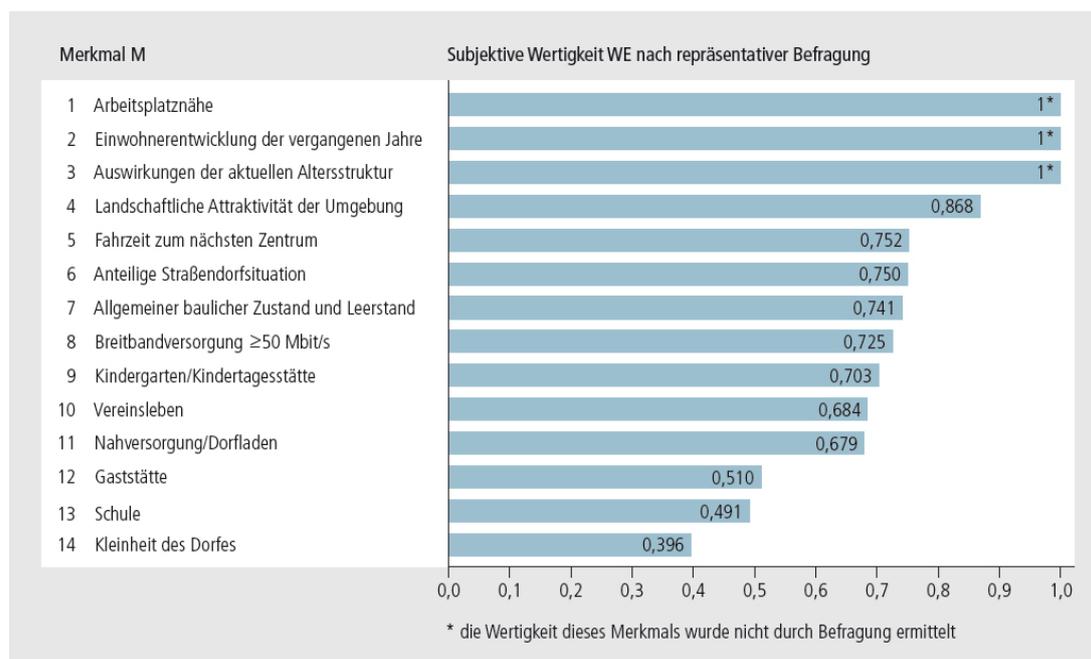


Abb. 7: Die Gewichtung der Zukunftsmerkmale der Stiftung Schloss Ettersburg (Mager/Zinecker 2014: 11)

3.2.2 Nutzwertanalyse zur Zukunftsfähigkeit des Trendelburger Ortsteils Stammen

Für die Nutzwertanalyse werden zunächst die Merkmale (X_1, \dots, X_{14}) erfasst. Diese werden anschließend in einheitliche *Zielerreichungsgrade* (ZEG_1, \dots, ZEG_{14}) umgerechnet. Zielerreichungsgrade nehmen Werte zwischen 1 und 0 an und erlauben so, jedes einzelne Merkmal hinsichtlich seiner Zukunftsfähigkeit zu bewerten.

Nachfolgend werden die Berechnungen der 14 Zukunftsmerkmale kurz erläutert:

ZEG₁ Arbeitsplatznähe

Für den ZEG₁ wurden alle Gemeinden in einem Umkreis von 20 km ermittelt. In den jeweiligen Gemeinden (Bad Karlshafen, Beverungen, Borgenteich, Brakel, Derental, Grebenstein, Hofgeismar, Immenhausen, Liebenau, Oberweser, Reinhardshagen, Trendelburg, Wahlsburg, Warburg) wurde eine Zahl von 33.956 Sozialversicherungspflichtigen am Arbeitsort festgestellt. Diese Zahl gibt Auskunft über die Anzahl der Arbeitsplätze im Umkreis. Um die Zahl auf einen km² umzurechnen, wird die Summe der Sozialversicherungspflichtigen durch die Kreisfläche, welche ein Kreis $r = 20$ km aufzieht, geteilt. Für jeden Beschäftigten/km² werden 0,02 Punkte vergeben.

$$x_1 = \frac{33956 \text{ Beschäftigte}}{1256,6 \text{ km}^2} = 27,022 \text{ Beschäftigte pro km}^2 \quad ZEG_1 = 27,0220 * 0,02 = 0,54$$

ZEG₂ Einwohnerentwicklung

Um den ZEG₂ zu berechnen wurden die Einwohnerentwicklung von Stammen und die der Raumordnungsregion Nordhessen verglichen. Stammen weist einen Rückgang von 3,3 % (2006-2012) auf, der vom Vergleichswert Nordhessens (-2,4 %) gering abweicht. Der Abweichungsspielraum für die Erstellung des ZEGs beträgt jeweils +/-20 Prozentpunkte. Ist die Abweichung geringer, wird von einem Mittelwert 0,5 ausgegangen. Mit Hilfe linearer Interpolation wird der ZEG berechnet. Für jeden Prozentpunkt Abweichung vom Vergleichsraum ergibt sich ein Wert von 0,025 der mit dem Mittelwert summiert wird. Im unserem Fall beträgt die Abweichung -0,93 Prozentpunkte. Es ergibt sich also:

$$ZEG_2 = (-0,93) * 0,025 + 0,5 = 0,477$$

ZEG₃ Auswirkungen der aktuellen Altersstruktur

Die für dieses Merkmal nötigen Berechnungen konnten nicht durchgeführt werden, da das dafür nötige Rechenprogramm nicht zur Verfügung stand. Der Indikator wird bei der weiteren Berechnung außen vor gelassen.

ZEG₄: Landschaftliche Attraktivität

Merkmale	Note
Naturnähe	2
Beeinträchtigung durch intensive landwirtschaftliche Nutzung:	3
Vielfalt der Vegetation:	2
Topografische Beschaffenheit	2
Störende bauliche und industrielle Strukturen	2
Besondere Tourismus-, Freizeit- und Erholungswerte	2
Einbettung des Ortes in seine Umgebung insgesamt	2

Im Gegensatz zu den vorherigen ZEG handelt es sich hier um eine völlig subjektive Einschätzung. Die Bewertung erfolgt nach den Schulnoten 1 bis 5. Folgende Benotungen wurden nach der Ortsbegehung vergeben:

Die ermittelte Durchschnittsnote von 2,14 wurde auf 2 gerundet, was einem ZEG₄ von 0,75 entspricht.

$$ZEG_4 = 0,75$$

Abb. 8: Benotung der Merkmale für die landschaftliche Attraktivität (eigene Darstellung)

ZEG₅: Fahrtzeit zum nächsten Zentrum

Für die Berechnung des ZEG₅ wird zunächst die Fahrtzeit von Stammen zum nächsten Zentrum mit Hilfe eines üblichen Navigationsprogramms berechnet. Als Zentrum definiert werden hier alle Zentren der Raumordnung vom Grundzentrum aufsteigend. Das für Stammen nächste Grundzentrum stellt die Stadt Trendelburg dar. (vgl. Raumordnungsplan Land Hessen) Laut Google Maps beziffert sich die Fahrtzeit von Stammen nach Trendelburg auf 4 Minuten. Dieser Wert wird nun durch einem maximalen Zeitaufwand (30 min als Vergleichsmaximum) geteilt. Um auf einen für den ZEG wahren Wert zu kommen, wird der Quotient von 1 abgezogen.

$$ZEG_5 = 1 - \frac{4 \text{ min}}{30 \text{ min}} = 0,867$$

ZEG₆ Anteilige Straßendorfsituation

Der ZEG₆ gibt Auskunft darüber, inwieweit ein Ort von einer stark frequentierten Durchgangsstraße negativ beeinflusst wird. Als Breite der Straßenfläche werden 50 Meter angenommen. (10 m Straße, 20 m Grundstückstiefe beidseitig). Die Berechnung der Fläche erfolgte durch das „Geoportal“ des Bundesamts für Kartographie und Geodäsie.

Die von der Straße in Anspruch genommene Fläche beziffert sich auf 40.078,85 m², während die Siedlungsfläche 267.128,71 m² beträgt.

Der ZEG₆ berechnet sich aus der Differenz von 1 und dem Quotienten aus Straßenfläche und Siedlungsfläche.

$$ZEG_6 = 1 - \frac{40078,85m^2}{267128,71m^2} = 0,85$$

ZEG₇ Baulicher Zustand und Leerstand

Für den ZEG₇ werden drei einzelne Merkmale überprüft. Zum einen der prozentuale Anteil des Leerstands an der Gesamtgebäudezahl, zum anderen die subjektive Bewertung des durchschnittlichen Gebäudezustands als Schulnote und zuletzt die Anzahl an Neubauten bzw. Gebäuden, die umfangreiche Umbauten erfahren haben.

Der durchschnittliche Gebäudezustand wurde mit der Note 2 bewertet. Wie zuvor wird daraus ein Indikatorwert von 0,75.

Die Gesamtgebäudezahl beträgt 88, wovon nur 3 Häuser leer stehen. Dies entspricht einem Leerstand von 3,41 %, was einen Indikatorwert von 0,7 ergibt.

Anhand einer Schätzung befinden sich in Stammen mehr als 10 Neu- bzw. Umbauten. Ab einem Anteil von mehr als 10 % wird der Indikatorwert 1 vergeben.

Aus dem Durchschnitt ergibt sich der Wert für den ZEG₇.

$$ZEG_7 = \frac{0,75 + 0,7 + 1}{3} = 0,816$$

Die ZEG_{8, 9, 11, 12, 13} ergeben sich aus vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Gegebenheiten.

ZEG₈ Breitbandversorgung

$$ZEG_8 = \text{nicht vorhanden} = 0$$

ZEG₉ Kindergarten/Kindertagesstätte

$$ZEG_9 = \text{nicht vorhanden} = 0$$

ZEG₁₀ Vereinsleben

Der ZEG₁₀ des Vereinslebens wird aus dem Verhältnis von Vereinen pro 50 Einwohner berechnet. Stammen hatte eine Vereinszahl von 6, während die Einwohnerzahl 387 beträgt.

$$ZEG_{10} = \frac{6 \text{ Vereine}}{387 \text{ Einwohner}} * 50 = 0,775 \text{ Vereine pro 50 Einwohner}$$

ZEG₁₁ Nahversorgung (Dorfladen)

$$ZEG_{11} = \text{vorhanden} = 1$$

ZEG₁₂ Gaststätte

$$ZEG_{12} = \text{vorhanden} = 1$$

ZEG₁₃ Schule

$$ZEG_{13} = \text{nicht vorhanden} = 0$$

ZEG₁₄ Kleinheit des Dorfes

Für den letzten ZEG wird die Bewertung anhand der Einwohnerzahl vergeben. Hat ein Ort mehr als 300 Einwohner wird für den ZEG₁₃ 1 vergeben.

$$x_{14} \geq 300 \quad ZEG_{14} = 1$$

Berechnung der Zukunftskennzahl

Im Ergebnis liegt nun eine Liste von Indikatoren vor, die für die einzelnen Merkmale eine Aussagekraft hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit besitzt. Hohe Werte signalisieren bei dem betreffenden Indikator jeweils einen positiven Beitrag zur Zukunftsfähigkeit. Umgekehrt stehen niedrige Werte für mögliche Zukunftsrisiken.

Merkmal	ZEGn	ZEGn Wert	Gewichtung	Zukunftsfähigkeit
Arbeitsplatznähe	ZEG1	0,54	0,11	0,06
Einwohnerentwicklung	ZEG2	0,48	0,11	0,05
Landschaftliche Attraktivität	ZEG4	0,75	0,09	0,07
Fahrzeit zum nächsten Zentrum	ZEG5	0,87	0,08	0,07
Anteilige Straßendorfsituation	ZEG6	0,85	0,08	0,07
Baulicher Zustand und Leerstand	ZEG7	0,82	0,08	0,07
Breitbandversorgung	ZEG8	0,00	0,08	0,00
Kindergarten/Tagesstätte	ZEG9	0,00	0,08	0,00
Vereinsleben	ZEG10	0,78	0,07	0,05
Nahversorgung	ZEG11	1,00	0,07	0,07
Gaststätte	ZEG12	1,00	0,05	0,05
Schule	ZEG13	0,00	0,05	0,00
Kleinheit des Dorfes	ZEG14	1,00	0,04	0,04
Summe			1,00	0,60

Abb. 9: Berechnung zur Zukunftsfähigkeit Stammens (eigene Darstellung)

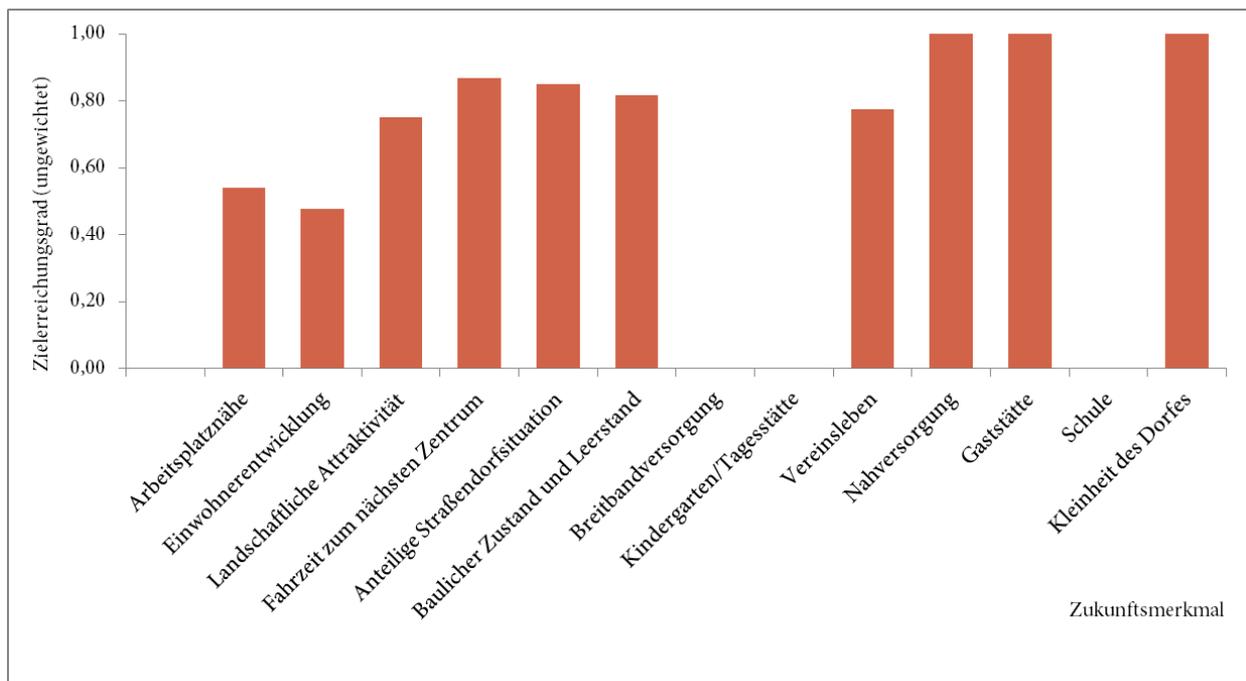


Abb. 10: Ungewichtete Ausprägung der Zukunftsmerkmale für Stamm (eigene Darstellung)

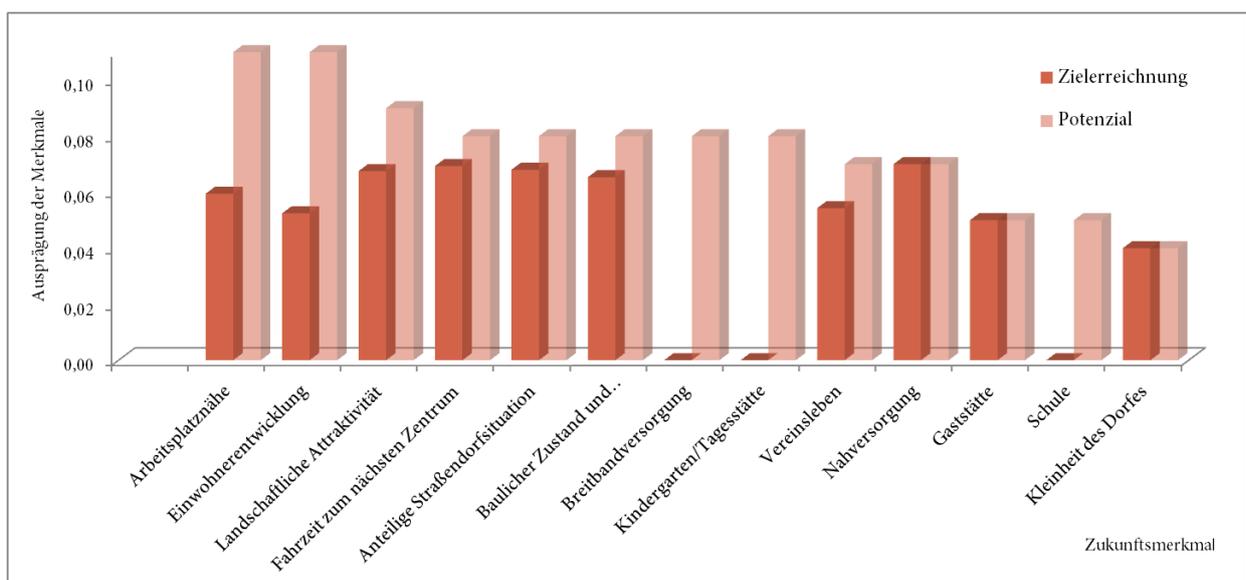


Abb. 11: Potentiale und Zielerreichung für Stamm (eigene Darstellung)

Aufgrund der nichtvorhandenen Breitbandversorgung, Kindertagesstätte und einer Schule im Ort, gilt Stamm in diesen Bereichen als nicht zukunftsfähig. In den Bereichen Nahversorgung, Gaststätte und Kleinheit des Dorfes hingegen ist das Dorf nach der Analyse der Stiftung Ettersburg als voll zukunftsfähig einzustufen. Gut aufgestellt ist der Ort außerdem mit den Merkmalen Landschaftliche Attraktivität, Fahrzeit zum nächsten Zentrum, Anteilige Straßendorfsituation und

dem Vereinsleben. Als Risiko für die Zukunft lässt sich die weite Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort und die Schrumpfung der Bevölkerung erkennen.

Auf Basis der einzelnen ZEG wird eine Aussage über die Zukunftsfähigkeit des Ortes getroffen. Es ergibt sich ebenfalls ein Wert zwischen 0 und 1.

Dazu wird jeder ZEG mit einer Gewichtung multipliziert, die sich aus einer Umfrage ergeben hatte und abgeleitet wurde. So stellen die ersten drei ZEG z.B. eine höhere Wichtigkeit dar, als der ZEG₁₄. Die multiplizierten Werte werden summiert.

Die Zukunftsfähigkeit Stammens wird auf einer Skala zwischen 0 und 1 der Wert ZEG_{ges} 0,6 zugerechnet. Der Wert lässt auf eine eher positive zukünftige Entwicklung schließen. Für eine aussagekräftigere Beurteilung müssten auch andere Orte der Region untersucht werden.

In der Pilotstudie der Stiftung Schloss Ettersburg im Ilm-Kreis ließ sich keine systematische Regionalverteilung der Zukunftsfähigkeit nachweisen. Die Kennzahlen selbst benachbarter Orte variierten stark. Hier lag der Medianwert der Zukunftskennzahl bei etwas über 0,6. (vgl. Mager/Zinecker 2014: 32)

3.2.3 Kritische Betrachtung des Verfahrens

Die dieser Studie zugrunde liegende These ist, dass die Zukunftsfähigkeit von Orten und Ortsteilen nicht an statistischen Aggregaten abzulesen ist, sondern entscheidend vom Engagement der Menschen vor Ort und der sie unterstützenden Institutionen abhängt.

Das Verfahren der Stiftung Schloss Ettersburg stellt demgegenüber ein Versuch dar, die Zukunftsfähigkeit von Siedlungen errechenbar zu machen. Die Komplexität dörflicher Strukturen soll mit einer Zahl erfasst und bewertbar gemacht werden.

Auch die Auswahl, Bewertung und Aussagekraft der einzelnen Merkmale muss kritisch betrachtet werden.

So wird das Vorhandensein einer größeren Straße negativ bewertet und fließt zum einen in den Indikator zur Landschaftlichen Attraktivität (ZEG₄) sowie in den Indikator zur Straßendorfsituation (ZEG₆) abwertend ein. Zum einen wird bei ZEG₄ nicht definiert, ab welcher Anzahl an Fahrzeugen die Straße als stark befahren gilt. Zum anderen wird außer Acht gelassen, dass eine Durchgangsstraße auch positive Effekte für ein Dorf haben kann. Gerade in ländlichen Gebieten ist der Individualverkehr besonders ausgeprägt und die Pkw-Dichte hoch. Oft ist das eigene Auto die einzige

Möglichkeit in einer angemessenen Zeit zum Arbeitsort oder zum nächsten Zentrum zu gelangen. Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist daher nicht immer negativ zu bewerten.

Zu undifferenziert sind die Merkmale bei denen nur zwischen vorhanden bzw. nicht vorhanden unterschieden wird. Eine aussagekräftige Bewertung lässt diese Feststellung nicht zu. So sagt beispielsweise die reine Tatsache, dass ein Nahversorger im Ort vorhanden ist, nichts über dessen Tragfähigkeit und Fortbestehen aus. Auch der Indikator im Bereich Bildung, hier das Vorhandensein einer Schule, ist zu überdenken. Hier wären eine Messung der Erreichbarkeit der verschiedenen Schulformen und das Vorhandensein einer guten Schulbusanbindung relevanter.

Auch der Indikator zum Vereinsleben greift zu kurz. Zum einen ist die traditionelle Form des Engagements der Verein nur eine Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger sich aktiv zu beteiligen. Daneben gibt es noch eine Vielzahl anderer Wege und Formen, z.B. in den Bereichen von Kirchen, individueller Initiativen oder Bürgerbeteiligungsprojekten. Zum anderen ist eine Beurteilung über das Vereinsleben nicht allein anhand der Vereinsanzahl zu treffen. Gerade in diesem Bereich ist die rein quantitative Zahl nicht hinreichend. Sie sagt nichts über die Qualität des Vereinslebens aus. Probleme in dem Bereich bleiben unentdeckt. Zudem wird dem bürgerschaftlichen Engagement in der Analyse weniger Gewicht für die lokale Zukunftsfähigkeit beigemessen als etwa dem Vorhandensein eines Kindergartens. Das Engagement geht mit einem Gewicht von nur 6,6 % ein. Dieser Wert erscheint uns als eine Minderschätzung des bürgerschaftlichen Engagements.

Keinerlei Beachtung kommt in der Berechnung der Zukunftsfähigkeit dem ÖPNV zu. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels kommt diesem Bereich aber auch zukünftig eine wichtige Rolle zu. Gerade in schrumpfenden Regionen wird es zukünftig vermehrt um die Erreichbarkeit von Infrastrukturen gehen, die nur noch zentral angeboten werden.

Auch das Potential einer touristischen Entwicklung findet sich in keinem Merkmal wieder. Dabei könnten dort für einige Orte zukunftsfähige Strukturen übersehen werden. Ebenso werden ökologische Aspekte außen vor gelassen.

4. Regionale Analysen in Nordhessen

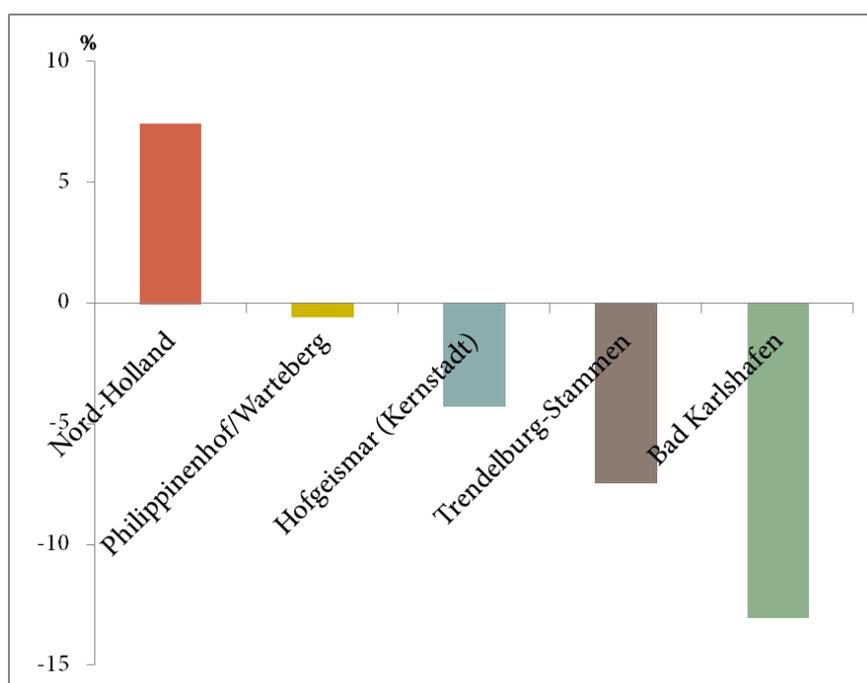
4.1 Strukturdaten der Untersuchungsorte

Laut der amtlichen Bevölkerungsvorausschätzungen wird in Nordhessen die Bevölkerungszahl künftig weiter abnehmen und das Durchschnittsalter der Einwohnerinnen und Einwohner stark ansteigen.

Diese Entwicklungen sind für den Landkreis Kassel schon länger zu beobachten (vgl. de Gero et al. 2013: 5). Aktuell leben im Landkreis 233.883 (2013) Einwohner (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt 2014: 20), im Jahr 2020 wird mit einer Bevölkerungszahl von 223.000 gerechnet (vgl. de Gero et al. 2013: 5). Die kreisfreie Stadt Kassel (196.905 Einwohner) hingegen konnte in den letzten Jahren Einwohnergewinne machen und rechnet bis 2020 mit einem weiteren Anstieg.

Der demografische Wandel gestaltet sich in Nordhessen sehr heterogen, mit sehr unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken. Ein ähnlicher Stadt-Land-Gegensatz lässt sich in unseren Untersuchungsorten erkennen. Während der Kasseler Stadtteil Nord (Holland) in dem betrachteten Zeitraum gewachsen ist und der andere Stadtteil Philippinenhof/Warteberg lediglich geringe Einwohnerverluste zu verzeichnen hatte, steigt mit der Entfernung vom Oberzentrum Kassel der Bevölkerungsverlust der Untersuchungsorte. (s. Abb. 12)

Auch der Altersdurchschnitt der Einwohnerinnen und Einwohner verdeutlicht den Unterschied der



demografischen Entwicklung zwischen der Großstadt Kassel und den eher ländlich geprägten Orten im nördlichen Landkreis Kassel.

Nachfolgend eine kurze Vorstellung der Untersuchungsorte mit den wichtigsten Strukturdaten sowie einiger Eckdaten zur demografischen Entwicklung.

Abb. 12: Einwohnerentwicklung zwischen 2002 und 2012
(eigene Darstellung)

Bad Karlshafen

Bad Karlshafen ist die nördlichste Stadt in Hessen. Sie gliedert sich in die Stadtteile Helmarshausen und Karlshafen (Kernstadt). In rund 50 km Entfernung zu Kassel liegt die Stadt im Dreiländereck zwischen Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Landschaftlich ist Bad Karlshafen in einer Mittelgebirgslandschaft zwischen dem Reinhardswald und dem Solling eingebettet. Sie liegt an der Mündung der Diemel in die Weser. Bad Karlshafen ist ein staatlich anerkanntes Heilbad. Die Stadt wurde 1699 durch Landgraf Carl zu Hessen als Planstadt unter den Namen Sieburg zur Ansiedlung von Hugenotten gegründet. Sie sollte eine Anbindung an den nördlichsten Punkt der damaligen Landgrafschaft mit der Hauptstadt Kassel über den Wasserweg schaffen. 1717 wurde die Stadt zu Ehren ihres Gründers in Carlshafen umbenannt. 1935 erfolgte die Umbenennung von Carlshafen in Karlshafen und seit 1977 darf sich die Stadt Bad Karlshafen nennen. Eine Besonderheit in Bad Karlshafen ist die in weiten Teilen erhaltene barocke Stadtanlage sowie der historische Hafen im Stadtzentrum. (vgl. Sartorius/Kayser 2013)

In Bad Karlshafen sind 2013 rund 3.543 Einwohner mit Erst- und Zweitwohnsitz gemeldet. (Landkreis Kassel 2013a) Der Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren liegt mit 15,9 Prozent (2013) nur leicht unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Als besonders mobil gilt die Altersgruppe der 18 bis unter 25-Jährigen. Ihr Anteil beträgt in Bad Karlshafen lediglich 6,4 %. (ebd.) Durch den hohen Verlust von Bevölkerung stehen viele Gebäude leer und sind teilweise vom Verfall bedroht. (vgl. Zweckverband Raum Kassel 2013)

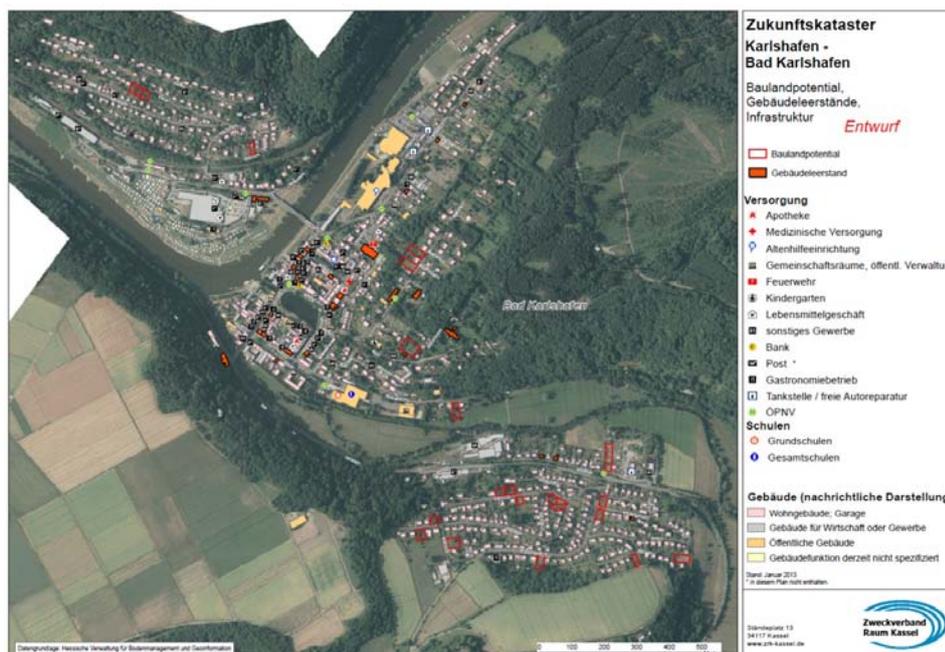


Abb. 13: Zukunftskataster Bad Karlshafen (Zweckverband Raum Kassel 2013)

Trendelburg-Stammen

Der Ort Stammen, zugehörig zur Stadt Trendelburg, liegt südlich von Bad Karlshafen. Die Entfernung zu Kassel beträgt ca. 35 km. Östlich von Stammen befindet sich der Reinhardswald. Die erste Erwähnung des Ortes geht auf eine Königsurkunde aus dem Jahre 1013 zurück. Besonders nennenswert ist das im Jahre 1773 erbaute Schloss der Familie von Pappenheim, welches nun als Seniorenheim fungiert. Die zugehörigen Ländereien wurden in den 1950er Jahren an die ansässigen Landwirte aufgeteilt. Im Ortskern befinden sich Fachwerkhäuser, während östlich davon ein Neubaugebiet ausgewiesen wurde. Stammen war bis zum Jahre 1999 Teil des Dorferneuerungsprogramms, in dessen Rahmen der Schlossvorplatz und die Kirche restauriert worden sind. Der Ort hat eine Einwohnerzahl von 387. (Bachmann 2014) Der Altersdurchschnitt in Stammen lag 2010 bei 52 Jahren. (Bankert/Kuhr 2013: 30) Zurückzuführen ist dieser hohe Wert auf das im Ort befindliche Alten- und Pflegeheim. Der Anteil der unter 18-Jährigen liegt 2012 mit 9,5 % (Landkreis Kassel 2013b) deutlich unter dem Durchschnittswert der Region, auch nach Herausrechnung der Bewohnerinnen und Bewohner des Altenheimes liegt der Anteil lediglich bei 12 %. Insgesamt ist die Bevölkerung im Zeitraum 2002 bis 2012 um knapp 7,5 % (ebd.) zurückgegangen. Als Folge der starken Schrumpfung stehen bereits einige ältere Häuser leer. (vgl. Zweckverband Raum Kassel)

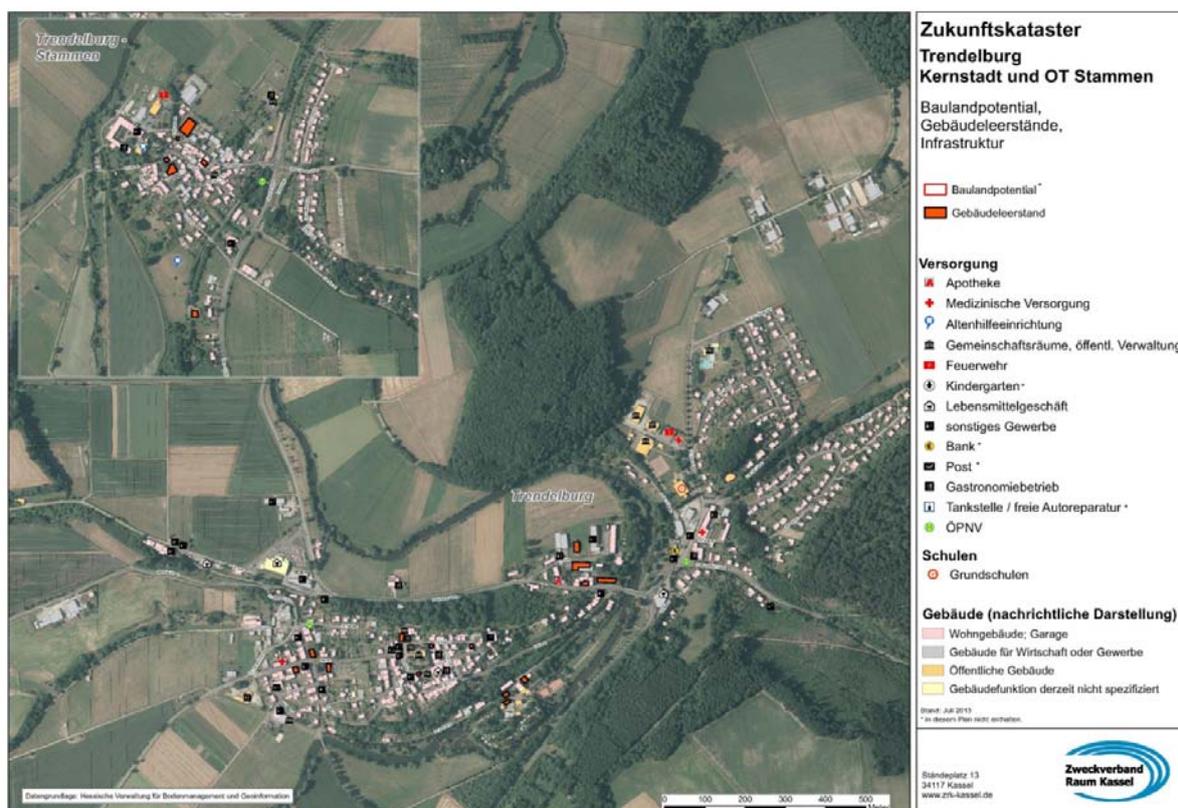


Abb. 14: Zukunftskataster Trendelburg-Stammen (Zweckverband Raum Kassel 2013)

Hofgeismar (Kernstadt)

Hofgeismar liegt südlich von Trendelburg und ist ca. 25 km von Kassel entfernt. Es gliedert sich in die Ortsteile Beberbeck, Carlsdorf, Friedrichsdorf, Hofgeismar, Hombressen, Hümme, Schöneberg und Kelze. Die erste urkundliche Erwähnung stammt aus dem Jahre 1082, worauf hin Hofgeismar im 13. Jahrhundert Stadtrechte erlangte. Durch archäologische Untersuchungen wurde bestätigt, dass das Stadtgebiet bereits seit ca. 7000 Jahren besiedelt ist. Besonderheiten bieten der historische Stadtkern Hofgeismars sowie das sogenannte „Dornröschenschloss“ Sababurg im Reinhardswald. (vgl. Stadt Hofgeismar 2014) Die Innenstadt ist geprägt durch Fachwerkbauweise und umgeben von der historischen Stadtmauer.



Abb. 15: Impression Innenstadt Hofgeismar (Böhm 2014)

In Hofgeismar sind 2014 15.393 Einwohner gemeldet, wovon in der Kernstadt selbst 11.365 Einwohner ansässig sind (Magistrat Stadt Hofgeismar 2013). Die Arbeitslosenquote für Hofgeismar gesamt beträgt 5,5 % (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014).

Die Kernstadt Hofgeismars hat in den Jahren zwischen 2002 und 2012 einen Einwohnerrückgang von 4,3 Prozent zu verzeichnen. Auch bei dem Rückgang der Bevölkerung unter 18-Jahren entspricht die Kernstadt dem nationalen Durchschnittstrend. Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe liegt mit 15,2 % leicht unter dem Bundesdurchschnitt (Magistrat Stadt Hofgeismar 2013).

Kassel: Stadtteil Philippinenhof-Warteberg

Philippinenhof-Warteberg ist der nördlichste Stadtteil Kassels und hat eine Fläche von 1,2 qkm. Der Stadtteil wurde im Jahre 1778 im Rahmen der Siedlungspolitik des Landgrafen Friedrich II. Gegründet. 1895 lebten 228 Einwohner in 22 Häusern. In den 1920er Jahren wurden, angesichts des knappen Wohnraums, Lehmhäuser dazu gebaut. Hinzu kam in den 30er Jahren eine Siedlung der GWG (Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH) und in den 50er Jahren die Adam-von-Trott-zu-Solz-Siedlung. Mehrheitlich, neben den genannten Mietwohnungsbauten, besteht Philippinenhof-Warteberg aus Eigenwohnheimen. (Stadt Kassel 2014a)

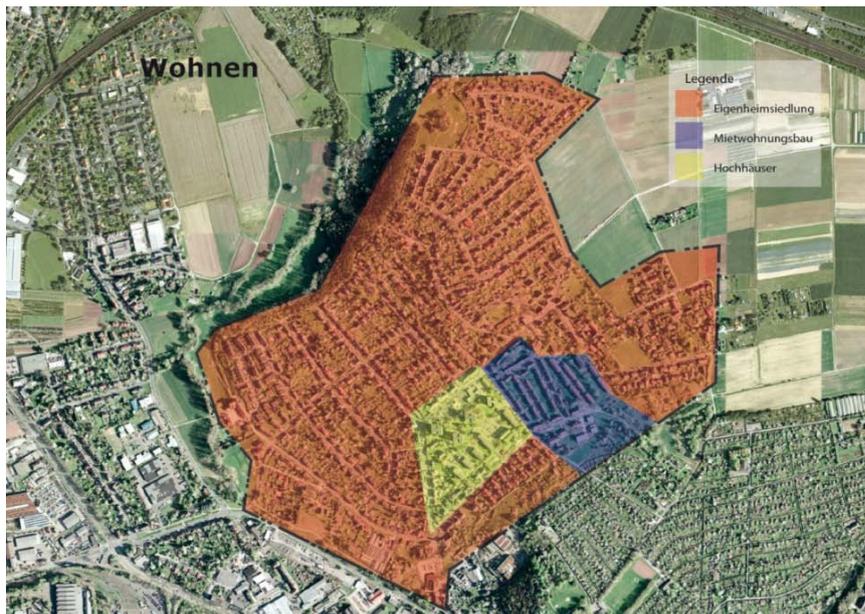


Abb. 16: Gebäudetypologie Philippinenhof/Warteberg (bearbeitet nach: Borowski et. al. 2014:38)

Umgeben von Wäldern und Wiesen bildet der Stadtteil den Übergang vom Umland zur Kernstadt Kassel. Bei einer Einwohnerzahl von 4.057 beträgt die Arbeitslosenquote 12 % (vgl. Stadt Kassel 2014b). Die Bevölkerungszahl ist in den letzten zehn Jahren leicht rückläufig gewesen (0,5 %), aber aktuell ist ein Zuwachs zu verzeichnen. Die Prognosen des Magistrat der Stadt Kassel gehen davon aus, dass dieser Trend bis 2020 anhält. Für Philippinenhof/Warteberg wird ein Einwohnerzuwachs von 200 Einwohnern erwartet. Auch danach wird der Stadtteil bis 2040 nur leichte Rückgänge zu verkraften haben (Magistrat der Stadt Kassel 2014: 21). Aktuell hat Philippinenhof/Warteberg mit knapp 18 % einen relativen hohen Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern unter 18 Jahren. (Stadt Kassel 2014c) Da auch zukünftig mit einem Zuzug junger Familien gerechnet wird, ist davon auszugehen, dass der Anteil überdurchschnittlich bleibt.

Im gesamtstädtischen Vergleich ist der Ausländeranteil in Philippinenhof/Warteberg 2013 leicht unterdurchschnittlich (Philippinenhof/Warteberg 12 %; Stadt Kassel: 13,7 %). Der Anteil an

Menschen mit Migrationshintergrund dagegen mit 37,6 % gegenüber Kassel gesamt mit 35,1 % leicht überdurchschnittlich. (Stadt Kassel 2014c)

Kassel: Stadtteil Nord (Holland)

Der Kasseler Stadtteil Nord (Holland) grenzt südlich an Philippenhof-Warteberg und ist 3,52 qkm groß. Nord (Holland) war zur Mitte des 19. Jahrhunderts noch unbesiedelt. Es lag außerhalb der Stadtmauer, so dass seine Fläche landwirtschaftlichen Nutzungen diene. Neben dem 1810 gegründeten Lokomotiven-Fabrikanten Henschel & Sohn siedelten sich im Laufe des Jahrhunderts weitere Betriebe im Stadtteil an. Darunter befanden sich 1880 der Schlachthof und 1881 die Tuchweberei Gottschalk & Co. Die durch die wirtschaftliche Expansion begründete hohe Nachfrage an Wohnraum wurde durch Mietskasernen gedeckt. In jüngerer Geschichte schlossen viele der ansässigen Unternehmen oder verlagerten ihren Standort. So wurde das ehemalige Henschel-Gelände zum Hauptstandort der Universität Kassel. (vgl. Stadt Kassel 2014d)

Nord (Holland) erlebte in den letzten Jahren einen deutlichen Zuzug. Zwischen 2002 und 2012 wuchs der Stadtteil um knapp 7,5 % an. Im Jahr 2013 betrug Einwohnerzahl 14.984 (Stadt Kassel 2014). In der Bevölkerungsprognose der Stadt Kassel wird mit einem weiteren leichten Anwachsen der Einwohnerzahl bis 2020 gerechnet. Danach wird ein Rückgang der Bevölkerung im Stadtteil zwischen 8,8 und 13 % bis zum Jahr 2040 prognostiziert (Magistrat Stadt Kassel 2013: 21/28). Der Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren beträgt 16,2 Prozent und liegt somit leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt (Stadt Kassel 2014c). Nord (Holland) gilt als sehr junger Stadtteil, der Altersdurchschnitt liegt bei 36 Jahren. Allen voran ist das dem hohen Anteil an Studierenden zuzuschreiben. Aber auch der hohe Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund sorgt für eine jüngere Altersstruktur. Der Anteil nicht-deutscher Bevölkerung in Nord (Holland) beträgt 35,6 % (2013) und ist damit der höchste im Stadtgebiet. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lag im Jahr 2013 bei 59,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote beträgt 20,8 %. (ebd.)

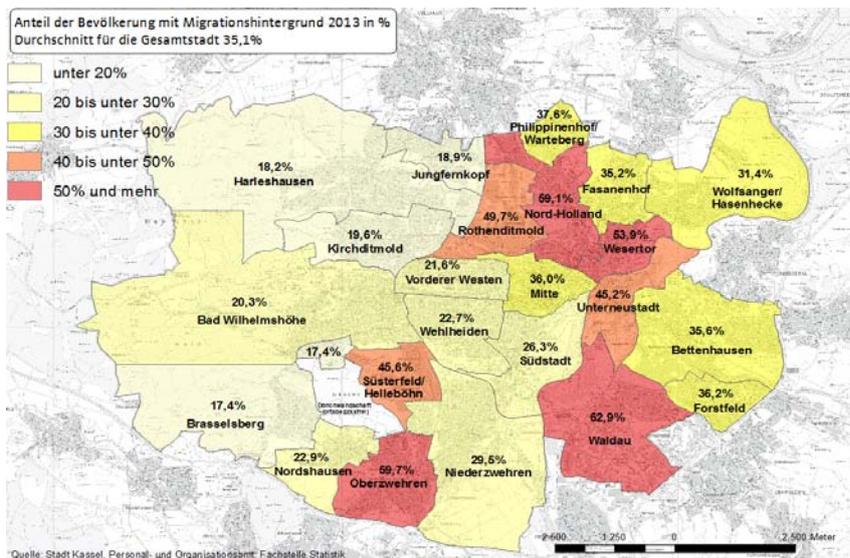


Abb. 17: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Kassel 2013 (Stadt Kassel 2014c)

4.2 Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement in den Untersuchungsorten

Der folgende Abschnitt beruht neben den Recherchequellen vor allem auf den Expertenbefragungen, die vor Ort durchgeführt worden sind. Hieraus stammen auch die eingestreuten Originalzitate. Die im Text vorkommenden Bewertungen beruhen sowohl auf den Expertenmeinungen als auch aus der von uns durchgeführten Bürgerbefragung.

4.2.1. Bad Karlshafen

Demografischer Wandel

Ausdruck findet der demografische Wandel in Bad Karlshafen allen voran in dem hohen Altersdurchschnitt als auch im Bevölkerungsrückgang. Sowohl die Schrumpfung als auch die Alterung der Bevölkerung werden in Bad Karlshafen als aktuelle Herausforderungen wahrgenommen. Gerade der Fortzug junger Menschen, die es zur Ausbildung in die benachbarten Oberzentren zieht, wo sie ihren neuen Lebensmittelpunkt finden, wird als Problem gesehen. Auch die Folge, der Mangel an jungen Familien, wird erkannt und beklagt.

Begründet wird die starke Betroffenheit von den negativen Auswirkungen vor allem durch die abgeschiedene Lage. Die Anbindung an Göttingen sei zwar durch den Bahnverkehr als hervorragend zu bezeichnen, aber die fehlende Autobahnbindung stellt besonders für die Ansiedlung von Gewerbe ein großes Problem dar. Durch die weiten Wege gelingt es nicht neue Gewerbebetriebe für

den Standort Bad Karlshafen zu gewinnen. Die mind. 35 Minuten, die von Bad Karlshafen bis zur nächsten Autobahnauffahrt benötigt werden, schrecken Unternehmen ab, die nördlichste Stadt Hessens als Standort zu wählen. Abgesehen von der Firma *Krebs&Riedel* gebe es kaum Arbeitgeber, die die hochqualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze anbieten. Die Bevölkerung zieht es in prosperierendere Städte.

„[...] junge Leute, die etwas lernen wollen, müssen dann nach Hofgeismar, Kassel, Höxter.“ (B5)

Die weite Entfernung zu den Oberzentren führe häufig zudem dazu, dass Bad Karlshafen auch als Wohnstandort aufgegeben wird.

Als erste Anpassungsmaßnahme an die Alterung der Bevölkerung, ist das Vorantreiben der Barrierefreiheit in der Stadt zu werten. Öffentliche Gebäude wurden bereits mit Fahrstühlen ausgestattet und Bordsteine an den Hauptwegen abgesenkt. Auch auf ein angemessenes Betreuungsangebot mit U-3-Betreuung, Kindergärten, einer Grund- und einer weiterführenden Schule, verweist die Stadt. Die Gesundheitsversorgung sei in Bad Karlshafen auf einem guten Niveau. Den Bürgerinnen und Bürgern steht ein breites Angebot an Ärzten zur Verfügung, auch wenn die Kreis Klinik Helmarshausen zum Juni 2014 geschlossen wurde. Dennoch gelingt es nicht, junge Familien in der Stadt zu halten.

Für Jugendliche gibt es wenig Freizeitangebote in Bad Karlshafen. Es mangelt an Diskotheken und Kneipen. Aufgefangen wird dieser Mangel teilweise von den Vereinen, insbesondere den Freiwilligen Feuerwehren und Sportvereinen, die eine gute Jugendarbeit leisten.

Die Bedeutung der Vereine, Verbände und Initiativen für das soziale Leben in Bad Karlshafen wird auch bei der Arbeit für Seniorinnen und Senioren deutlich. Positiv erwähnt sei beispielsweise das *Kuratorium helfende Hände*, welches als Zusammenschluss verschiedener Vereine, Verbände und der Stadt sich den alten, kranken, vereinsamten und sozialschwachen Bürgerinnen und Bürgern widmet.

Durch die Ansiedlung neuer Einzelhandelsbetriebe konnte die Stadt die Kaufkraftbindung von 38 % auf jetzt 60 bis 70 % steigern. Dennoch wird das Einzelhandelsangebot qualitativ wie quantitativ bemängelt. Auch die Ansiedlung der Geschäfte auf der Grünen Wiese wird von den Bürgerinnen und Bürgern kritisch gesehen. In ihr wird eine wichtige Ursache für die Entleerung der Innenstadt gesehen.

Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Situation, dem Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ist die größte Herausforderung für Bad Karlshafen die finanzielle Situation der Stadt. Seit 2013 steht Bad Karlshafen unter dem Kommunalen Schutzschirm – einem Programm des Landes Hessen zur Teilentschuldung der Kommunen.

Die Lebensqualität wird in Bad Karlshafen durch die besondere geografische Lage in einer landschaftlichen reizvollen Lage bestimmt. Der abgeschiedene Standort, der die Stadt an vielen Stellen vor Herausforderungen stellt, wird hier zum Vorteil. Natur, Ruhe und Ursprünglichkeit sind Begriffe, die zur Beschreibung genannt werden. Auch das barocke Stadtbild gilt als großes Potential der Stadt. Von den Bürgerinnen und Bürgern wird die Lebensqualität für Jugendliche am schlechtesten eingeschätzt (s. Abb. 18). Dies deckt sich mit dem mangelnden Angebot für diese Altersgruppe. Für Seniorinnen und Senioren hingegen wird die Lebensqualität als gut eingeschätzt. Hinweis dafür ist auch der Zuzug aus dieser Bevölkerungsgruppe in die Kurstadt. Vielfach finden ehemalige Erholungsgäste hier einen geeigneten Alterswohnsitz. Insgesamt sind die Einschätzungen zum Wohlbefinden auf einem mittleren Niveau.

Ähnliches gilt für die Verbundenheit mit Bad Karlshafen. Die Bürgerinnen und Bürger wurden bei der Befragung gebeten, ihre Verbundenheit mit der Stadt in Schulnoten auszudrücken. Mit einem Mittelwert von 2,8 kann die Identifikation nur als befriedigend bezeichnet werden. Schlechter wird das Gemeinschaftsgefühl bewertet (3,5). Dabei sind deutliche Unterschiede bei den Altersgruppen zu verzeichnen. Die Unter-18-Jährigen beschreiben es mit 2,2, die Altersgruppe zwischen 25 und 34 sogar nur mit ausreichend (4,0). Dennoch geben 69 der Befragten an, sich in Bad Karlshafen wohlfühlen.

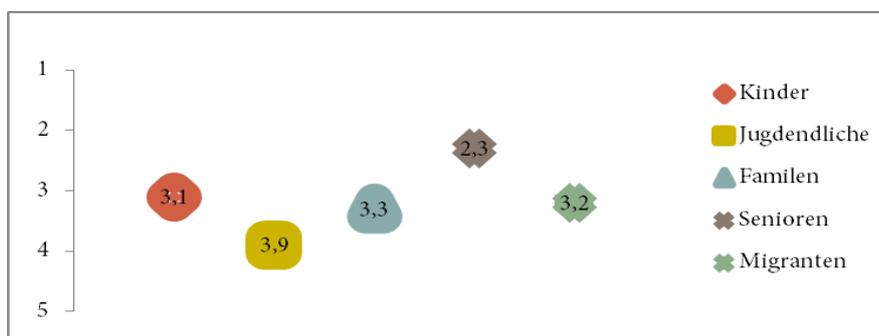


Abb. 18: Einschätzung der Lebensqualität unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen

Die Einschätzungen der Expertinnen und Experten zur Zukunftsfähigkeit gehen auseinander. Während die einen die Gefahren des demografischen Wandels als übermächtig erleben, sehen die anderen vor allem die lange ungenutzten Potentiale als Chance für eine positive Entwicklung.

Besonders die Überalterung durch den Fortzug junger Menschen führt zu einer negativen Bewertung.

„Aber das liegt nicht an Bad Karlshafen, das liegt an der allgemeinen Situation. Die Ballungszentren ziehen immer mehr Leute an und die Gebiete und die Randlagen werden immer weiter, und das gilt für Karlshafen, für Hofgeismar und es gilt letztendlich auch für Kassel. Das zieht sich alles in das Rhein-Main Gebiet. Zumindest was das Kommerzielle angeht, kann man da nicht viel erwarten.“ (B2)

„Also ich befürchte schon, dass immer mehr Jugendliche hier nicht bleiben werden oder die Bevölkerung immer weiter veraltet [...] Ich gehe davon aus, dass wir in 20 Jahren eher ein Dorf sind als eine Stadt.“(B3)

Andere Expertinnen und Experten bewerten die Zukunft für Bad Karlshafen positiver und sehen die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger in der Verantwortung dafür Sorge zu tragen.

„Bad Karlshafen hat beste Voraussetzungen, sich positiv zu entwickeln, mit dem denkmalgeschützten Stadtkern und einer noch leidlichen Infrastruktur und Grundversorgung. Jetzt befindet man sich an einem Wendepunkt, ob man in die richtige Richtung weitergeht.“(B6)

„Ich schätze Bad Karlshafen sehr zukunftsfähig ein, besonders was die Fremdenverkehrs- und Tourismusseite anbelangt.“ (B4)

Das große Potential wird im Tourismus gesehen, bei dem die Kommune mit 40.000 Gästen und 170.000 Übernachtungen schon gut aufgestellt ist (vgl. B1). Durch die landschaftliche Lage und das einzigartige barocke Ensemble der Innenstadt wird hierin die Chance für eine positive Zukunft gesehen. Geworben wird in Bad Karlshafen mit der Kombination aus Wellness, Kultur und Natur. Um dieses Potential optimal nutzen zu können, muss das Stadtbild erhalten und an einigen Stellen aufgewertet werden. Auch die Hafententwicklung ist ein wichtiger Baustein für die Aufwertung der Innenstadt. Jedoch ist die Finanzierung besonders bei dem Projekt noch fraglich. Handlungsbedarf besteht laut Experteneinschätzungen auch noch beim kulturellen Angebot. Ebenso wird von einigen eine Erweiterung der Wander- und Fahrradrouten als notwendig angesehen, um die Zahl der Touristen zu erhöhen.

Für eine erfolgreiche Zukunft wird auch angeregt, den Auswirkungen des demografischen Wandels, allen voran der Überalterung, positiv zu begegnen und sich vermehrt auf die höheren Altersgruppen zu konzentrieren. Um den Seniorinnen und Senioren ein Leben in der Innenstadt zu ermöglichen, muss die Barrierefreiheit weiter voran getrieben werden. Auch ein Umbau der Häuser zu seniorengerechten Wohnungen sollte ermöglicht werden.

Grundlegend muss aber die finanzielle Situation der Stadt, die aktuell unter dem kommunalen Schutzschirm steht, verbessert werden. Die Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit steht vor allem für die Verantwortlichen in der Verwaltung an erster Stelle. Darüber hinaus soll die Kaufkraftbindung an Bad Karlshafen durch die Ansiedlung neuer attraktiver Geschäfte weiter verbessert werden.

Bürgerschaftliches Engagement

Die Engagementlandschaft in Bad Karlshafen gestaltet sich, mit über 30 Vereinen, sehr vielfältig. Neben den institutionalisierten Formen des Engagements gibt es zahlreiche engagierte Akteure, die

nicht in einem eingetragenen Verein aktiv sind. So z. B. das Weinhaus Römer, welches als privates Unternehmen freiwillig kulturelle Veranstaltung für die Bevölkerung anbietet. Auch das Deutsche Hugenotten Museum, ebenso wie die portugiesische Gemeinde, werden als wichtige Akteure in der Engagementlandschaft von Bad Karlshafen gesehen. Im sozialen Bereich ist darüber hinaus die Hofgeismarer Tafel mit einer Ausgabestelle in der Stadt vertreten. Zudem die BARKE Weserregion, die Beratung und Betreuung für Demenzkranke anbietet. Aber auch viele Privatpersonen engagieren sich freiwillig, vor allen in den Altenheimen. Sie gehen mit den Bewohnern spazieren, lesen ihnen vor, gehen mit ihnen essen oder erledigen Einkäufe.



Abb. 19: Auflistung der Vereine und Verbände in Bad Karlshafen (Stadt Bad Karlshafen 2013; eigene Darstellung)

Insgesamt wird das Engagement in Bad Karlshafen positiv gesehen. Die Zusammenarbeit der einzelnen Organisationen untereinander wird als gut bewertet. Der hohe Altersdurchschnitt in der Stadt spiegelt sich auch in der Ausrichtung der Vereine und Initiativen wider. Viele konzentrieren sich auf die Arbeit mit und für Seniorinnen und Senioren.

Das Vereinsleben wird als wichtiger Bestandteil des Lebens der Bevölkerung gesehen. Das gilt nicht nur für die Aktivitäten innerhalb der Vereine, sondern auch für das öffentliche Leben. Durch das Ausrichten von Veranstaltungen werden Treffpunkte für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen und wird das Gemeinschaftsgefühl gestärkt. Und noch auf eine andere Weise spielt das Engagement eine wichtige Rolle für die Identifikation mit dem Ort. Von den befragten engagierten Bürgerinnen und Bürger gaben drei Viertel an, sich durch das Engagement stärker mit Bad Karlshafen verbunden zu fühlen.

Gerade durch die von den Organisationen veranstalteten Feste und kulturellen Veranstaltungen hat die Arbeit auch eine große Bedeutung für den Tourismus in Bad Karlshafen. Die Engagierten schaffen

ein attraktives kulturelles Angebot, welches neben der lokalen Bevölkerung auch dem Fremdenverkehr zugutekommt.

Die allgemeinen Probleme, vor denen Vereine, Verbände und Initiativen aktuell stehen, gelten auch für Bad Karlshafen. Generell ist ein Rückgang der Mitgliederzahlen zu verzeichnen, so z. B. bei dem ortsansässigen Tennisverein. Dieser konnte in den 1990er noch 200 Mitglieder zählen, aktuell nur noch ca. 35. Die Altersstruktur der Mitglieder schiebt sich nach oben. Auch wird die Zahl der Mitglieder, die sich engagieren, kleiner.

„Es wird immer schwieriger, da was auf die Beine zu stellen, die Leute ziehen sich aus dem Ehrenamt zurück [...].“ (B1)

So ist die Nachfolgeproblematik auch in unserem nördlichsten Untersuchungsgebiet ein großes Thema.

Diese Aussagen lassen sich selbstredend nicht für alle Vereine verallgemeinern. Zu finden sind sie beispielsweise beim Heimatverein, bei dem Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt und auf der politischen Ebene. Der Heimatverein beklagt einen hohen Altersdurchschnitt der Mitglieder ebenso wie den Mangel an aktiven Mitgliedern. Die AWO musste einen starken Mitgliederverlust hinnehmen. In den 1990er waren es noch 100, heute lediglich 23. Es fehlt an Nachwuchs, so dass schon keine Jugendorganisation mehr zustande kommt. Auch die Nachfolgeproblematik stellt ein Problem dar. Für den Vorsitz ließ sich niemand finden, so dass die ehemalige Vorsitzende gezwungen ist, weiterhin die kommissarische Leitung zu übernehmen. Auch auf der politischen Ebene wird das Engagement geringer. Die einzelnen Fraktionen verlieren an Mitgliedern, so dass man sich dazu entschloss, die Stadtverordnetenversammlung von 23 Sitzen auf 19 zu verkleinern. Auch ein Ausschuss musste wegen Personalmangel liquidiert werden. Ein weiteres Problem ist bei den engagierten Politikern und Politikerinnen darüber hinaus die häufige Doppelbelastung. Viele sind neben ihrem politischen Engagement auch noch in anderen Bereichen aktiv.

Auf der anderen Seite gibt es auch Vereine, die sich positiv entwickeln. Der ortsansässige Sportverein TSG Bad Karlshafen 1862 e. V. hatte ebenfalls zwischen 2005 und 2012 mit Mitgliederverlust zu kämpfen, konnte den Trend durch ein angepasstes Angebot aber umdrehen. Es wurden neue Angebote, wie z. B. Mountainbiken geschaffen und die Öffentlichkeitsarbeit modernisiert. Auch die Freiwillige Feuerwehr Karlshafen bewertet die Entwicklung positiv. Sie können auf 270 Mitglieder verweisen, wo von 27 aktiv sind. Das interne Vereinsleben gestaltet sich für die Verantwortlichen als zufriedenstellend.

Mögliche Ursachen für die Probleme werden von den Expertinnen und Experten in einem zu hohen Anspruch an die Engagierten gesehen. Vielfach sei Fachwissen für die Ausübung eines Ehrenamts

erforderlich. Insgesamt werden die bürokratischen Anforderungen an die Vereine heute als zu hoch bewertet. Andere sehen das Problem eher im unmodernen Angebot und beispielsweise der Hemmung, die neuen Medien, wie die sozialen Netzwerke, zu nutzen.

„Also ich denke viele Vereine, also auch wir selber, sind nicht mehr modern genug. Also sich moderner ausrichten, sowohl was, ich sag jetzt mal, die neuen Medien angeht [...]“. (B3)

Zudem wird vermutet, dass die fehlende Anerkennung dazu führt, dass viele die Motivation für ein Ehrenamt verlieren. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger bewerteten die Anerkennung, die sie für ihr Engagement bekommen mit einer befriedigenden 2,6. Dabei gaben 62 % an, dass die Anerkennung, die ihnen zuteilwird, keinen Einfluss auf ihr Engagement hat. 15 Engagierte gaben an, in ihrer freiwilligen Arbeit gehemmt zu sein. Die Gründe lagen dabei allen voran beim Zeitmangel. Auch der Beruf, die Stadtverwaltung, mangelnde Anerkennung und interne Abläufe wurden als Hemmnisse genannt. Befragt nach den Gründen, warum sie sich nicht freiwillig engagieren, gaben zwei Drittel der Nicht-Engagierten *keine Zeit* als Ursache an. Mangelnde Anerkennung spielt demnach nur eine untergeordnete Rolle für die Bürgerinnen und Bürger.

Wird die Zusammenarbeit der Vereine untereinander noch als sehr gut beschrieben, werden bei der Frage nach der Kooperation zwischen den Organisationen und der Stadtverwaltung die kritischen Töne lauter. So sei die Stadt für die Koordination der Vereine bei gemeinsamen Veranstaltungen zuständig, könnte diese Aufgabe aber nicht immer zufriedenstellend erfüllen. Auch wird vereinzelt die Anerkennung seitens der Verwaltung für die Leistung der Vereine und Verbände bemängelt.

Allgemein fällt den Organisationen auf, dass die Verwaltung in der Vergangenheit mehr Unterstützungsleistungen sowohl in fiskalischer, materieller als auch personeller Hinsicht erbringen konnte. Aufgrund der speziellen finanziellen Situation in Bad Karlshafen, findet dieser Umstand bei einem Großteil der Befragten auch Verständnis.

Seitens der Stadt ist man sich dieser misslichen Lage bewusst. Es wird offensiv damit umgegangen. Die Stadt sieht sich gezwungen, kommunale Aufgaben auf Bürgerinnen und Bürger zu übertragen. Auch die Vereine müssen so mehr Lasten tragen. So gibt es bereits erfolgreiche Beispiele, wie die Bad Karlshafener eigentliche Angelegenheiten der Stadt selbst getragen haben. Beispielsweise bei der Sanierung der Rathausuhr oder der Instandsetzung des Rosengartens. Teilweise müssen Anlieger auch schon die Beetpflege von öffentlichem Grün übernehmen. Auch das Feuerwehrhaus in Helmarshausen wurde mit erheblicher Eigenleistung der Feuerwehrleute gebaut. Ein weiteres Beispiel ist die gute Jugendarbeit von Kirchen und Vereinen, die es der Stadt ermöglicht einen Jugendpfleger einzusparen. Zukünftig wird die Stadt noch stärker auf das Engagement der Bürger angewiesen sein.

„Früher haben wir euch geholfen, heute müsst ihr versuchen, uns zu helfen.“ (B1)

4.2.2 Trendelburg-Stammen

Demografischer Wandel

Das hohe Durchschnittsalter der Bevölkerung in Stammen und der Rückgang der Einwohnerzahl werden von den befragten Expertinnen und Experten als Herausforderungen wahrgenommen. Auch das Fehlen an jungen Menschen macht sich in Stammen bemerkbar.

Trotz der Bevölkerungsverluste, des hohen Altersdurchschnitts und der Leerstandsproblematik wird die Zukunftsfähigkeit des Trendelburger Ortsteils von den Expertinnen und Experten positiv eingeschätzt. Die Stärke wird vor allem in der guten Anbindung des Ortes durch die Bundesstraße an die umliegenden Mittel- und Oberzentren gesehen. Fehlende Infrastruktureinrichtungen sind auf diese Weise für die mobile Bevölkerung schnell zu erreichen.

Der Ortsteil ist für den Pkw-Verkehr durch die B 73 gut an die Region angebunden. Die nächste Autobahnauffahrt Warburg liegt 32 km in südwestlicher Richtung (A 44). Der nächste Bahnhof befindet sich im 15 km entfernten Bad Karlshafen, den Fernverkehr auf der Schiene erreicht man über Göttingen und Kassel.

Durch einen kleinen Dorfladen ist die Grundversorgung gesichert. Hauptabnehmer sind die Bewohnerinnen und Bewohner des Alten- und Pflegeheims sowie Kanutouristen. Weitere Einkaufsmöglichkeiten, eine Grundschule und Arztpraxen liegen in der nahegelegenen Stadt Trendelburg. Die weiterführende Schule liegt 10 km von Stammen entfernt.

Im Gegensatz zu vielen anderen kleinen Ortschaften in Nordhessen besitzt Stammen noch zwei Gaststätten. Größte Arbeitgeber vor Ort sind zum einen das Alten- und Pflegeheim und zum anderen der Gutshof Stammen.

Um möglichen negativen Entwicklungen im demografischen Wandel entgegenzuwirken, war Stammen bereits bis 1999 in der Dorferneuerung. Seit Ende 2011 sind erneut vier Stadtteile Trendelburgs im Dorferneuerungsprogramm des Landes Hessen. Seit 2012 neu im Verfahren der Dorfentwicklung ist das integrierte kommunale Entwicklungskonzept (IKEK). Mit dem Wechsel zum IKEK wurden die vier verbleibenden Stadtteile Trendelburgs, samt Stammen, ebenfalls Teil des Dorfentwicklungsprogramms.

Um die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur abzuschwächen, wurden bewusst Neubaugebiete ausgeschrieben. Jungen Familien soll somit ein attraktives Wohnen ermöglicht werden. Zu dessen Vermarktung werden auch neue Medien herangezogen.

Zur Versorgung in ihrer Mobilität eingeschränkter Bürgerinnen und Bürger bieten sowohl der Dorfladen als auch der Lebensmittelmarkt in der nahegelegenen Stadt Trendelburg einen Lieferservice an. Regelmäßig findet im Bürgerhaus ein Seniorennachmittag statt. Darüber hinaus werden vom Ort Transporte zum Kreisseniorentag zum Sensenstein organisiert.

Als einzige Schwäche werden die knappen Finanzen empfunden.

Im Tourismus wird ein großes Potential gesehen. Durch die Vermarktung Nordhessens als GrimmHeimat wird die Region bekannter, man verspricht sich von dieser Entwicklung zu profitieren. Insgesamt blicken die Verantwortlichen der Dorfentwicklung positiv in die Zukunft.

„Es passiert viel im Ort und es werden uns viele Möglichkeiten gegeben, die Entwicklung positiv zu gestalten.“ (S1)

Durch die Ausschreibung neuer Bauflächen und dem gestiegenen Bekanntheitswert der Region, gehen die Verantwortlichen mittelfristig von Zuzug aus. Gleichzeitig wird aber betont, dass für eine erfolgreiche Entwicklung auch viel Engagement von den Bürgern kommen muss.

Bürgerschaftliches Engagement

Das Bürgerschaftliche Engagement wird in Stammen vor allem durch die sechs eingetragenen Vereine bestimmt: Angelclub Stammen, evangelischer Kirchenchor, Jago Stammen, Feuerwehrverein Stammen, Verein für Heimatgeschichte Stammen und TSV Stammen. Die Vereine sind nicht in einer Vereinsgemeinschaft verbunden.

Darüber hinaus sind in Stammen die Evangelische Kirche, die Parteien, ein Projektchor und Privatpersonen aktiv. Privatpersonen engagieren sich vor allem für ihre Nachbarn, vereinzelt werden auch Fahrdienste für Seniorinnen und Senioren angeboten. Da es in Stammen keinen Shuttle-Service für Senioren gibt, werden Fahrten privat organisiert.

Hervorzuheben ist das große Engagement zur 1.000-Jahrfeier. Hier haben sich über alle Altersgruppen hinweg die Stammener Bürgerinnen und Bürger sehr für ihren Ort eingebracht.

„Unser Ort ist 1000 Jahre alt geworden und wenn Sie da gesehen haben, wie die Leute alle mitgeholfen haben, wirklich von den Jüngsten bis zu den Ältesten, ob es jetzt Straßenfegen war oder Kuchenbacken oder irgendwo Strom anbieten für ein Stand, da haben alle mitgemacht.“ (S1)

Die schwachen Jahrgänge der jüngeren Generation machen sich auch in den Vereinen bemerkbar. Aktuell musste der Sportverein mangels Masse den Spielbetrieb der Fußballmannschaft einstellen, obwohl in diesem Bereich bereits mit auswärtigen Fußballspielern zusammengearbeitet wurde.

Auch der evangelische Kirchenchor ist in seiner Existenz bedroht. Zum einen ist die Nachfolge der Leitung nicht geklärt und zum anderen ist die Zahl der Mitglieder rückläufig.

Auch der allgemeine Trend des Mitgliederverlustes in den Kirchengemeinden macht vor Stammen nicht halt, die umliegenden Kirchengemeinden Eberschütz, Sielen, Hümme und Stammen werden in Kürze zusammengelegt. Hierin wird für Stammen ein Verlust gesehen.

Neben der Nachwuchsproblematik und dem Mitgliederverlust stellt auch die Besetzung von Vorstandsposten die Vereine vor große Herausforderungen. Viele Mitglieder scheuen sich davor, Verantwortung zu übernehmen. Auch im politischen Bereich fehlen Engagierte. So gab es beispielsweise große Schwierigkeiten, den Ortsbeirat zu besetzen. In Folge des quantitativen Rückgangs des Engagements kommt es bei vielen Engagierten durch die Übernahme mehrerer Ämter zu einer Mehrfachbelastung.

Eine mögliche Ursache für die Probleme bei der Besetzung von Ehrenämtern wird in dem gesunkenen Ansehen dieser gesehen. Auch die hohen bürokratischen Hürden werden als problematisch angesehen. Besonders privates Engagement scheitert oft an ungeklärten Haftungsfragen. Die ungewisse rechtliche Lage führt zu einer Angst vor Schwarzarbeit, so dass sicherheitshalber auf professionelle Firmen zurückgegriffen wird.

Trotz der vielfältigen Probleme innerhalb der Vereine und Organisationen in Stammen gibt es auch positive Entwicklungen innerhalb der Engagementlandschaft. Im Zuge der 1.000-Jahrfeier gründeten Mitglieder des Evangelischen Kirchenchors einen Projektchor. Hintergrund war der Wunsch, durch modernere Lieder jüngere Menschen zu erreichen.

„Der Kern kommt aus dem Kirchenchor, das war eigentlich so der Kern, der gesagt hat, Mensch wir müssten doch mal was anderes machen, weil es ist sehr schade, Kirchenmusik kann sehr schön sein, doch man erreicht damit niemanden mehr.“(S2)

Der Projektchor hat den Status einer losen Personenvereinigung und kann seit der Gründung 2010 auf eine positive Entwicklung zurückblicken. Zur Gründung bestand er aus 15 Mitgliedern, die Zahl ist mittlerweile auf 25 angestiegen. Dabei sind alle Altersgruppen vertreten. Geleitet wird der Chor von einem Organisationsteam aus sechs Personen, auch hier reicht das Altersspektrum von 17 bis 60 Jahren. Der Projektchor ist im Ort sehr angesehen. Diese Anerkennung spiegelt sich auch in Unterstützungsleistungen der Bürgerinnen und Bürger wider.

Die Zusammenarbeit unter den Vereinen wird generell als positiv beschrieben. Trotz fehlender Vereinsgemeinschaft sind die Kommunikationswege kurz und die Vereine und Organisationen in Stammen stimmen sich untereinander ab, wie z. B. bei der Ausrichtung von Veranstaltungen.

Schwieriger wird die Kommunikation auf Stadtebene. Hier wird über parallele Veranstaltungen geklagt.

Gerade die positiven Erfahrungen aus der Zeit der 1.000-Jahrfeier führen bei den Verantwortlichen dazu, die Förderung von vermehrtem projektbezogenem Engagement als einen Lösungsansatz für die Probleme zu sehen. Darüber hinaus müsse das Angebot der Vereine und Initiativen modernisiert werden, damit es für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist und angenommen wird. Um neue Menschen zum Engagement zu motivieren, wird vor allem die persönliche Ansprache als erfolgversprechend gesehen. Generell wird eine stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungen zur Dorfentwicklung gewünscht.

4.2.3 Hofgeismar (Kernstadt)

Demografischer Wandel

Auch in der Kernstadt Hofgeismars werden die Folgen des demografischen Wandels von den Expertinnen und Experten vor Ort thematisiert. Den leichten Rückgang der Bevölkerung sehen die Experten und Expertinnen vor allem durch den Wegzug von Menschen aus den jüngeren Altersklassen begründet.

Kritisiert wird, dass diese Entwicklung zu spät von der Verwaltung ernstgenommen wurde und es enormen Nachholbedarf bei der Stadtentwicklung gebe, z. B. im Bereich Barrierefreiheit.

„[...] aber das spiegelt eigentlich nur das wider, was in den letzten Jahren versäumt wurde.“(H5)

Auch mit den Folgen des demografischen Wandels hat Hofgeismar bereits zu kämpfen. Vor allem der Gebäudeleerstand wird hier als Problem wahrgenommen. In der Innenstadt werden die negativen Auswirkungen besonders ersichtlich (s. Abb. 20).



Abb. 20: Leerstand in der Hofgeismarer Innenstadt (Böhm 2014)

Um Zuzug von Bevölkerung zu generieren wurden in den letzten Jahren, trotz Kritik, Neubaugebiete am Rande der Kernstadt ausgeschrieben. Die Nachfrage nach diesen relativ zentrumsnahen Bauflächen ist hoch. Von den 47 Grundstücken, die Anfang 2013 auf den Markt gekommen sind, waren nach einem Jahr lediglich noch drei unverkauft. Auch der Anstoß der regionalen Konjunktur wird hier als Vorteil genannt.

„Das ist ein Volumen für die Wirtschaftsförderung, vom Fensterbauer bis zum Betonbauer, vom Fliesenleger bis zum Baustoffmarkt, alles zusammengenommen, da reden wir über einen Schub von 30 Millionen Euro, die wir damit bewegt haben.“ (H1)

Inwieweit damit Bevölkerung von außerhalb nach Hofgeismar gezogen wird und damit dem demografischen Wandel etwas entgegengesetzt wird, ist umstritten. Ein Drittel der Käufer der neu ausgeschriebenen Bauflächen kommen von außerhalb. Für die einen gilt das als Erfolg, andere sehen die neuen Standorte eher als Konkurrenz zu den zentrumsnahen Wohnstandorten.

„[...]denn zwei Drittel der Leute, die im Neubaugebiet bauen, kommen aus Hofgeismar selbst. Das heißt wir ziehen Leute aus der Kernstadt und aus den Stadtteilen raus auf die grüne Wiese.“ (H4)

Begründet wird das starke Interesse an Bauflächen durch die hohe Lebensqualität vor Ort. Ausreichend Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten in Hofgeismar machen die Stadt besonders für junge Familien attraktiv. Auch im Bereich der Gesundheitsversorgung ist Hofgeismar gut aufgestellt.

Das ÖPNV-Angebot in Hofgeismar wird als gut bewertet. Mit dem Anschluss an das Bahnnetz, verfügt die Kernstadt über eine gute Verbindung zum Oberzentrum Kassel, die Regiotram fährt im Halbstundentakt. Kassel ist auf diese Weise mit dem ÖPNV in einer halben Stunde zu erreichen.

Die ehemalige Kreisstadt verfügte bis 2013 über drei Buslinien. Nach einer Fahrgastermittlung wurde eine davon mangels Nachfrage eingestellt. Heute verbinden zwei Linien die Stadtteile mit der Kernstadt. Darüber hinaus werden die Bereiche, in denen es kein überörtliches Busangebot gibt, durch einen eigenen Stadtbus erschlossen. Bei größeren Festen oder Veranstaltungen werden zusätzliche Buslinien angeboten.

Die Bürgerinnen und Bürger schätzen allen voran die Ländlichkeit und die idyllische Altstadt der nordhessischen Kleinstadt. Negativ bewertet wird das Einzelhandelsangebot und in diesem Zusammenhang damit auch der Leerstand in der Innenstadt. In der historischen Fachwerkbebauung der Innenstadt können die modernen Ansprüche der Einzelhandelsbetriebe nicht ohne größeren Aufwand bedient werden. Die Ansiedlung auf der grünen Wiese war die Folge, was den Funktionsverlust der Innenstadt weiter vorangetrieben hat.

Auch das Wohnen im Zentrum wird für viele unattraktiver, in den historischen Fachwerkhäusern lassen sich moderne Ansprüche betreffend Energiehaushalt, Raumflächen, Barrierefreiheit oder Freiflächen nur schwer erfüllen.

„Das hat natürlich dazu geführt, dass die Gebäude in den Kernen inzwischen leer stehen und die Eigentümer nicht mehr bereit sind, zu investieren. In der Folge verfallen die Gebäude auch und das Szenario ist dann die sogenannte Schrottimmoblie.“ (H3)

Auswirkungen hat dieser Prozess dabei auch auf die Nachbarschaft, es kommt insgesamt zu einem Wertverlust der Immobilien. Die Diskrepanz zwischen den Wertvorstellungen der Immobilieneigentümer und dem tatsächlichen Marktwert vergrößert das Problem zusätzlich.

Der Gebäudeleerstand allen voran in Innenstadtlagen ist ein zentrales Problem in der Kernstadt. Besonders das Petri-Viertel mit einem hohen Fachwerkbesatz ist davon betroffen. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Anzahl der Leerstände verdoppelt.

Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern und den Menschen einen Anreiz zu bieten, ihr Eigentum aufzuwerten, wurde von der Stadt ein Förderprogramm auf den Weg gebracht, bei dem die Gebäudesanierung in der Kernstadt gefördert werden soll. Zudem soll den Eigentümern ein Sanierungsmanager beratend zur Seite gestellt werden, der die Bedarfe und Handlungsmöglichkeiten aufzeigt.

Bei dem Angebot für junge Menschen sieht die lokale Bevölkerung Verbesserungsbedarf, gerade das Fehlen eines Kinos wird als Einschränkung empfunden. Befragt nach den Wünschen für Hofgeismar wird ein größeres Freizeitangebot am häufigsten benannt. Aber auch ein vielfältigeres und größeres Einzelhandelsangebot wird von den Bürgern gewünscht. Auch uneinheitliche Öffnungszeiten stellen ein Problem der Innenstadt dar.

Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in Hofgeismar wird in Hofgeismar relativ gut mit einer 2,4 in Schulnoten bewertet. Besonders wohl fühlen sich die Altersgruppen zwischen 35 und 44 Jahren sowie die über 60-Jährigen (jeweils Note 1,9). Die niedrigsten Werte weist die Altersgruppe zwischen 19 und 24 Jahren auf, sie bewerten ihre Zufriedenheit mit ihrem Wohnort mit 2,9. (s. Abb. 21)

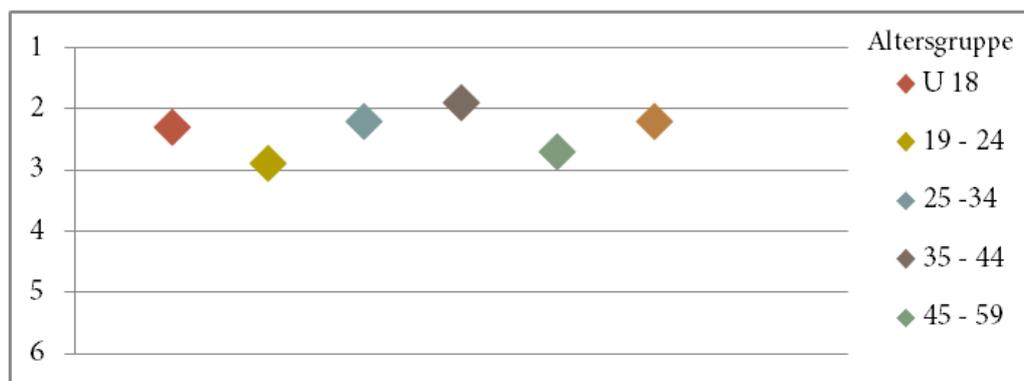


Abb. 21: Bewertung der Zufriedenheit mit dem Wohnort in Schulnoten

Trotz einiger Herausforderungen wird die aktuelle Situation in Hofgeismar als positiv wahrgenommen. Die Stadt wird als gut funktionierendes Mittelzentrum mit viel Charme durch die historische Bausubstanz beschrieben.

Für die Zukunft sehen die Einwohnerinnen und Einwohner vor allem die Alterung der Bevölkerung als Herausforderung. Aber generell wird die Zukunftsfähigkeit, sowohl von den Experten als auch von der Bevölkerung als positiv eingeschätzt. Um auf die aktuellen Herausforderungen reagieren zu können, wurde ein Stadtentwicklungskonzept gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Auch der Hessentag 2015, der in Hofgeismar stattfinden wird, wird als große Chance gesehen. Zum einen wurden dadurch Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen, beispielsweise zur Modernisierung der Fußgängerzone, zum anderen ist daran die Hoffnung geknüpft, den Bekanntheitsgrad der Stadt überregional zu steigern.

Bürgerschaftliches Engagement

Die Vereine stellen in der Kleinstadt einen wichtigen Faktor im öffentlichen Leben dar. Mit 12,8 Vereinen auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner erreicht Hofgeismar hohe Werte bei diesem Indikator für das lokale Engagement.

Neben dem vielfältigen Angebot sind besonders die zahlreichen Veranstaltungen, die von den Vereinen organisiert werden wie der Viehmarkt, das Frühlingsfest, das Weinfest oder auch die Gewerbeschau wichtige Ereignisse, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Neben den Vereinen sind in Hofgeismar die Kirchen wichtige Akteure für die Zivilgesellschaft. Dies gilt allen

voran für den sozialen Bereich. Beispielhaft genannt seien hier das Diakonische Werk Hofgeismar-Wolfhagen, die evangelische Altenhilfe Gesundbrunnen und die Baunataler Werkstätten mit ihrem Sitz in der Kernstadt. Die große Bedeutung der Kirche wird durch den Standort der Evangelischen Akademie Hofgeismar untermauert.

Auch im Bereich Mobilität helfen sich die Bürgerinnen und Bürger gegenseitig. Angestoßen durch die Stadt wird eine Börse für Mitfahrgelegenheiten betrieben. Auf diese Weise werden Kontakte zwischen den Bewohnerinnen und Bewohner vermittelt und Fahrgesellschaften gegründet.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Stadtentwicklungsfragen wird vom Ausschuss für Stadtentwicklungsfragen vorangetrieben. So wurde die lokale Bevölkerung beispielsweise bei der Erstellung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts oder bei der Neugestaltung der Innenstadt in den Entscheidungsprozess integriert.

Die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung wissen um die hohe Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und sehen die Vereine als wichtigen Beitrag für die Infrastruktur der Kommune. Die Zusammenarbeit zwischen Kommune und den Vereinen, Verbänden und Initiativen wird positiv bewertet. Besonders die Zusammenarbeit mit den Kirchen wird dabei hervorgehoben. Auch auf die Bedeutung einer guten Kooperation zwischen der Verwaltung und aktiven Bürgerinnen und Bürgern sowie Politikerinnen und Politikern wird verwiesen. Für Hofgeismar sei in diesem Zusammenhang ein gutes Netzwerk über die Jahre aufgebaut worden.

Die Einschätzungen zur Entwicklung des Engagements gehen auseinander. Die einen attestieren der Bevölkerung eine gesunkene Bereitschaft mitzuwirken. Die anderen sehen genau das Gegenteil.

„Das ist wesentlich besser geworden, weil es nach meiner Auffassung heute für viele Leute viel verständlicher und auch normaler ist, sich für die Interessen seiner Stadt bzw. ihrer Stadt einzusetzen.“

(H3)

Eine Möglichkeit zur Erklärung der unterschiedlichen Einschätzung ist die Unterscheidung zwischen projektbezogenen und längerfristigem Engagement. Auch in Hofgeismar lässt sich die Entwicklung hin zu temporären, auf ein konkretes Ziel gerichtetes Engagement erkennen. Wohingegen die Übernahme von Verantwortung innerhalb von Vereinen, Verbänden und Initiativen, die auf eine längere Zeit ausgelegt ist, rückläufig ist. Die Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern sinkt. Ein aktuelles Beispiel ist die Turn- und Sportgemeinde 1848 Hofgeismar e.V. Im ersten Anlauf konnte auf der ordentlichen Mitgliederversammlung kein neuer Vorstand gewählt werden.

Auch die Mehrfachbelastung von Engagierten ist in Hofgeismar ein Thema. Vielfach sind die Aktiven gleich in mehreren Vereinen, Verbänden oder Initiativen engagiert.

„[...] es konzentriert sich einfach die Arbeit der Ehrenamtlichkeit auf immer weniger Schultern. So nach dem Motto: Du hast es ja bei dem einen Verein gut gemacht, du könntest es ja da auch noch machen.“(H3)

Neben den Problemen bei der Besetzung von Vorständen und anderen verantwortlichen Positionen, stehen die Vereine auch noch vor der Herausforderung, mit rückläufigen Mitgliederzahlen umgehen zu müssen. Der Rückgang lässt sich zum einen durch die generell schrumpfenden Bevölkerungszahlen erklären, zum anderen spielen aber auch gesellschaftliche Trends eine Rolle. So wird von einer Individualisierung der Gesellschaft ausgegangen, welche die Vereine mit ihrem Angebot für große Bevölkerungsteile überflüssig mache. So stellen Fitnessstudios im Bereich Sport für die Vereine eine große Konkurrenz dar.

Die individuelle Betroffenheit ist häufig ein entscheidender Faktor beim Engagement. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung bei Stadtentwicklungsfragen.

Von Seiten der Stadt ist eine Wertschätzung des Ehrenamts wichtig. Aus diesem Grund wurde auch die Sportlerehrung in Kooperation mit dem TSG Hofgeismar e.V. eingeführt, bei der neben den aktiven Sportlerinnen und Sportlern auch die ehrenamtlich Engagierten ausgezeichnet werden.

Die befragten engagierten Bürgerinnen und Bürger bewerteten die Wertschätzung ihres Engagements mit gut bis befriedigend (Note 2,5).

Der mit Abstand am häufigsten genannte Grund, warum sich die Bürger nicht engagieren, ist der Zeitmangel. Aber auch fehlende Angebote und das Alter der Befragten wurden als Erklärung herangezogen.

4.2.4 Kassel - Philippinenhof/Warteberg

Demografischer Wandel

Der leichte Einwohnerrückgang ist für die Aktiven in Philippinenhof/Warteberg kein Thema. Die Überalterung wird trotz des relativ hohen Anteils an jungen Menschen im Stadtteil partiell als Problem gesehen. Durch die Suburbanisierungsprozesse und den Zuzug von Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten ab den 1950er Jahren wird heute eine Überalterung in der Eigenheimsiedlung am Wartenberg beobachtet.

Anhand der Daten zu den Anteilen an Menschen mit Migrationshintergrund lässt sich erkennen, warum die Einbindung aller Bevölkerungsgruppen die größte wahrgenommene Herausforderung der Expertinnen und Experten für den Stadtteil ist, die durch den demografischen Wandel begründet wird. Vereinzelt wird auch schon aktuell von vorhandenen Parallelgesellschaften im Stadtteil gesprochen.

Die Stärken des Stadtteils werden in der guten infrastrukturellen Ausstattung gesehen. Für die Grundversorgung gibt es zwei Lebensmittelgroßmärkte, einen Metzger, eine Bäckerei und einen Kiosk. Im Gesundheitsbereich sind eine Apotheke, ein Allgemeinmediziner, ein Zahnarzt und ein ambulanter Pflegedienst direkt vor Ort.

Besonders für junge Familien wird das Infrastrukturangebot als gut bewertet. Zwei Kindertagesstätten (Ahnabreite und Philippinenhof), die Grundschule am Wartenberg und das Spielhaus Weidestraße, als Einrichtung der Kinder- und Jugendförderung der Stadt Kassel, bieten ein breites Betreuungsangebot. Eine weiterführende Schule befindet sich in unmittelbarer Nähe. Darüber hinaus befinden sich in Philippinenhof/Warteberg sieben Spielplätze.

„Dadurch, dass wir eine sehr gute Infrastruktur haben im Ort [...] sind wir sowohl für ältere Leute attraktiv als auch für junge Familien.“(P1)

Auch die gute Erreichbarkeit des Stadtteils wird geschätzt. Es ist ein dichtes Netz an Bushaltestellen im Stadtteil vorzufinden, die innerhalb der Woche in einer viertelstündlichen Taktung angefahren werden. Die nächsten Tramhaltestellen sind lediglich 400 Meter entfernt. Innerhalb einer Viertelstunde ist das Zentrum der Stadt Kassel zu erreichen. Zudem wird auch die gute Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Fahrrad geschätzt.

Auch die Grundstücks- und Mietpreise werden positiv bewertet. Vor allem vor dem Hintergrund der zentrumsnahen und dennoch ruhigen Lage im Stadtgebiet.

Die Bürgerinnen und Bürger schätzen an dem Stadtteil insbesondere die ruhige Lage nahe der Natur. Auch die Einkaufsmöglichkeiten und das gute Infrastrukturanangebot, besonders für Kinder, werden als Vorteile des Stadtteils gesehen.

Als Schwächen Philippinenhof/Wartebergs wird die Dreiteilung des Stadtteils gesehen. Als Resultat der verschiedenen historischen Erweiterungen lässt sich der Stadtteil in drei Bereiche unterteilen: Philippinenhof, geprägt durch Hoch- und Mietshäuser der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (GWG) der Stadt Kassel, Warteberg, hauptsächlich gekennzeichnet durch Eigenheimbebauung, und der Bereich an der Ahna mit einer durchmischten Struktur von Mehr- und Einfamilienhäusern. Diese unterschiedlichen Bebauungsstrukturen spiegeln sich in den sozialen Schichten der dort lebenden Bevölkerung wider. So ist der Anteil an Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund in Philippinenhof besonders hoch.

Die Herausforderungen, die sich daraus ergeben, betreffen vor allem die Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

„Also viele Bürger mit Migrationshintergrund, die dann vor allem in den Hochhäusern leben. Man kann das jetzt nicht so allgemein sagen, aber die meisten bleiben dann doch eher für sich.“ (P2)

In diesem Zusammenhang wird auch von der Bildung von Parallelgesellschaften gesprochen. Das gilt aber nicht ausschließlich für den Bereich Philippinenhof. Auch am Warteberg existieren ähnliche Probleme. Durch die gezielte Ansiedlung von Aussiedlern ist deren Anteil hier besonders hoch. Häufig gestaltet sich eine Einbindung der ersten Generation durch die vorhandenen Sprachbarrieren schwierig.

Eher negativ bewertet wird das Angebot für Jugendliche im Stadtteil. Neben den Jugendräumen im Bürgerhaus gäbe es kaum Attraktionen für diese Alterskategorie.

Bemängelt werden von Seiten der Experten darüber hinaus der Zustand der Straßen und ein teilweise unsauberes Stadtteilbild.

Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt die befragte Bevölkerung. Die Schwächen von Philippinenhof/Warteberg werden in der mangelnden Sauberkeit des Stadtteils und dem Verhältnis zwischen den verschiedenen Nationen und Kulturen gesehen.

Die Lebensqualität im Stadtteil wird von den Expertinnen und Experten als gut eingeschätzt. Begründet wird diese Einschätzung mit der zentralen und dennoch ländlichen Lage, dem mäßigen Verkehrsaufkommen und dem sehr guten Angebot für Kinder und junge Familien.

Die Bürgerinnen und Bürger schätzen die Lebensqualität für Kinder und junge Familien mit der Note 2,4 am höchsten ein. Auch das bemängelte Angebot für Jugendliche findet sich in dieser Einschätzung wieder. Für diese Bevölkerungsgruppe wird die Lebensqualität im Stadtteil am niedrigsten bewertet (3,1). (s. Abb. 22)

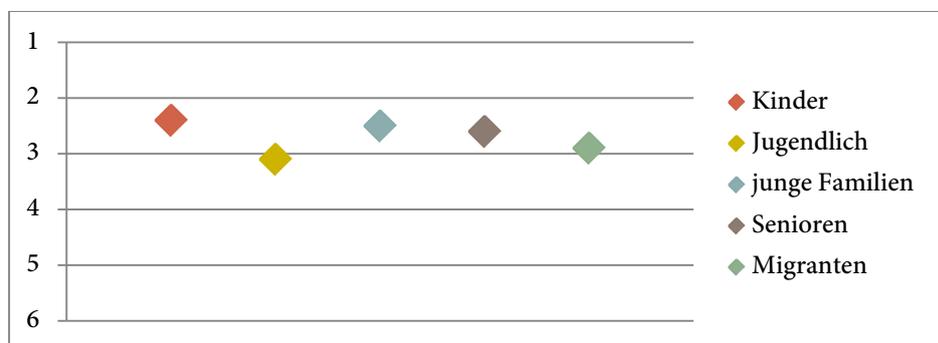


Abb. 22: Einschätzung der Lebensqualität in Philippinenhof/Warteberg für verschiedene Bevölkerungsgruppen in Schulnoten

Die Einschätzungen zur zukünftigen Entwicklung sind positiv. Der Stadtteil wird an Bevölkerung dazugewinnen. Die Herausforderung wird vor allem in der Integration der Migrantinnen und Migranten erkannt und soll angegangen werden.

„Und dann natürlich noch das Zusammenwachsen der Bevölkerungsschichten stärken, vor allem mit den Migranten.“ (P1)

Bürgerschaftliches Engagement

Mit 2,7 Vereinen je 1.000 Einwohner ist die Vereinsdichte in Philippinenhof/Warteberg gering ausgeprägt. Neben zwei Kirchengemeinden, zwei politischen Ortsverbänden (CDU und SPD) gibt es die Arbeiterwohlfahrt, einen Verein der Aktiven Geschäftsleute, einen Kleintierzuchtverein, einen Verband Wohneigentum und zwei Fördervereine für die Grundschule und die Kindertagesstätte Ahnabreite.

In der Umfrage gaben 31 % an, freiwillig engagiert zu sein. Dieser Wert ist leicht unterdurchschnittlich.

Trotz des geringen Angebots wird die Engagementlandschaft positiv gesehen. Die Arbeit der Vereine und politischen Parteien wird hoch geschätzt.

Im sozialen Bereich ist die GWG in dem Stadtteil aktiv. Sie bietet einen Stadteiltreff im Bürgerhaus an, in dem die Nachbarschaftshelferinnen und -helfer des Kooperationspartners piano e.V.

Alltagshilfe für die lokale Bevölkerung anbieten. Dazu gehören unter anderem die Begleitung bei Arztbesuchen, die Erledigung kleinerer Einkäufe, Unterstützung im Haushalt sowie gemeinsame Spaziergänge.

Die hauptamtlichen Helferinnen werden dabei von engagierten Ehrenamtlichen unterstützt. Das Angebot steht nicht allein den GWG-Bewohnerinnen und -Bewohnern zur Verfügung, sondern kann von allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden.

Die AWO bietet in Kooperation mit dem Stadtteiltreff regelmäßig Seniorennachmittage und Ausflüge für Seniorinnen/Senioren und Kinder an.

Desgleichen stehen für Jugendliche im Bürgerhaus Räume zur Verfügung. Unterstützt von Sozialarbeitern wird für sie ebenfalls ein Programm geboten.

Auch weniger institutionalisierte Formen des Engagements sind in Philippinenhof/Warteberg zu finden. So wurden beispielsweise auf einer angrenzenden Brachfläche gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern Obstbäume gepflanzt, die von den Anwohnerinnen und Anwohnern gepflegt werden.

Jährlich wird ein gemeinsamer Frühlingsputz veranstaltet, bei dem die Bewohnerinnen und Bewohner aufgerufen sind, gemeinsam den Stadtteil zu säubern. Da die Beteiligung in den letzten Jahren eher gering ausfiel, wurde dieses Jahr entschieden, die Schule am Hegelsberg und das Spielhaus mit einzubeziehen. Auf diese Weise wurde die Veranstaltung wieder zu einem Erfolg.

Im Zuge des Stadtjubiläums Kassel 2013 gab es zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten, in denen sich die Bürgerinnen und Bürger sehr gut eingebracht haben.

„Wir haben aber auch guten Rückenwind von der Stadt bekommen, also durch kleinere finanzielle Beiträge, aber auch durch immaterielle Geschichten wie die Teilnahme an der großen Eröffnungsfeier in der Stadthalle oder so, schon klasse. Das Stadtjubiläum Kassel hat der Stadtteilarbeit einen guten Schwung verpasst, auf jeden Fall.“(P3)

„Aber im großen Stile gibt es das leider nicht [...] es ist meistens dann doch in Verbindung, auch wenn es privater Natur ist, mit den Vereinen und Verbänden. Wir sind da schon das Bindeglied.“(P1)

Das Engagement bzw. die Anzahl der Ehrenamtlichen scheint in den letzten Jahren zurückgegangen zu sein. So der Eindruck vieler der befragten Experten.

Besonders bemerkbar macht sich der Rückgang innerhalb der Parteien. Gerade die CDU hat große Nachwuchsprobleme. Aber auch für die SPD ist, es schwierig Personal zu bekommen, der Altersdurchschnitt im Ortsverein liegt bei über 50 Jahren. Hier wird auch eine Gefahr für die Basis

der Demokratie gesehen. Wenn Parteigliederungen aussterben, kann die Politik nicht mehr vor Ort gelebt werden.

„Ich hoffe, dass die das dann auch noch einmal hinkriegen und auch ein paar junge Leute wieder reinkriegen in ihre Partei, damit der Charakter Volkspartei auch erhalten bleibt. Das ist für die politische Arbeit, aber auch für die nicht politische Arbeit eigentlich in den Ortsteilen ganz wichtig, diese Volksparteien, weil sich aus denen auch wieder anderes Personal generiert, was woanders mitmacht.

Wie z.B. in der Arbeitsgemeinschaft Vereine und Verbände.“(P1)

Die Gründe für das rückläufige Engagement werden in gesamtgesellschaftlichen Trends gesehen. Es hat ein Wandel der Lebensweisen stattgefunden, der es vielen nicht mehr erlaubt, ehrenamtlich tätig zu werden. Für ein längerfristiges Engagement sei es wichtig, sesshaft zu werden und einen festen Arbeitsplatz zu haben. Dies ist in der heutigen Zeit immer später der Fall. Auch ist die gebotene Abwechslung, vor allem die mediale, größer als in der Vergangenheit. Die freiwillige Arbeit sei aufgrund der vielen Alternativen weniger attraktiv.

Ein weiteres Problem ist die Integration der Aussiedler. Die ältere Generation ist schwer greifbar und bei öffentlichen Veranstaltungen kaum anzutreffen. Ursache ist hier wieder die vorhandene Sprachbarriere. Gerne würde man diese Bevölkerungsgruppe für ehrenamtliche Arbeit gewinnen, um darüber anderen das soziale Angebot näherzubringen.

Die Kooperationen innerhalb des Stadtteils werden positiv gesehen. Begründet wird das mit der vorhandenen Arbeitsgemeinschaft Vereine und Verbände, in der alle Vereine, die Kirchen, die Schule, die Parteien, aber auch Privatpersonen vertreten sind. Die Arbeitsgemeinschaft ermöglicht kurze Wege und regelmäßige Abstimmungen und bereitet somit die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit in Philippenhof/Warteberg. Gelungene Beispiele der guten gemeinschaftlichen Arbeit sind das Stadtteilfest, der Neujahrsempfang und die 1.100-Jahrfeier der Stadt.

Auch die politischen Parteien arbeiten gut zusammen, so dass es kaum parteipolitische Konflikte gibt.

„Wir haben ein ganz gutes Zusammenleben hier im Stadtteil. Da ziehen die politischen Parteien an einem Strang.“(P3)

Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wird als gut bewertet. Bürokratische Hürden scheinen keine allzu großen Hindernisse zu sein. Auch fehlendes Geld sei für den Stadtteil nicht das größte Problem.

Lösungen für vorhandene Probleme werden eher in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen gesehen. Es müsse ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden. Das Ehrenamt müsse wieder an Ansehen gewinnen und als Gewinnbringer wahrgenommen werden. Auch Arbeitgeber seien

gefordert, den Engagierten mehr Flexibilität und Freizeitmöglichkeiten zu gewährleisten. Das erfordert aber ein Handeln auf Bundesebene.

Die Wirkung der Ehrenamtskarte wird eher gering eingeschätzt. Sie wird wenig angenommen und die Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, seien zu groß.

4.2.5 Kassel - Nord (Holland)

Demografischer Wandel

Die Vergrößerung der Universität und die Campuserweiterung in Nord (Holland) werden als Gewinn gesehen. Es erfolge dadurch ein positiver Input. Aber gleichzeitig führe diese Entwicklung zu einem Verdrängungsprozess auf dem Wohnungsmarkt. Durch die gestiegene Nachfrage wird der ehemals auch für sozial schwächere Schichten bezahlbare Wohnraum knapper. Die Mietpreise steigen immer mehr an. Vor allem Singlewohnungen, die in Nord (Holland) durch die hohen Anteile an Singles, Sozialhilfeempfängern, Rentnern und Studierenden besonders oft nachgefragt seien, würden immer teurer werden. In den Bereichen nahe dem Universitätscampus lassen sich erste Gentrifizierungstendenzen erkennen. Aber auch in entfernteren Bereichen des Stadtteils wie der Friedrich-Wöhler-Siedlung, die klassischerweise eine Arbeitersiedlung war und heute mit vielen sozialen Problemen zu kämpfen hat, sind inzwischen Studierende eingezogen.

Der hohe Studierendenanteil wird insgesamt eher kritisch gesehen. Durch die kurze Verweildauer und die hohe Fluktuation entstehe keine Verbindung mit dem Stadtteil.

„[...] eigentlich ist das für unsere Stadtteile gar nicht gut, weil wir dadurch keine gewachsenen Beziehungen haben.“ (N1)

„Studenten bringen ein Quartier nicht voran, weil sie ihren Wohnort nur als etwas Temporäres ansehen.“ (N2)

Dadurch, dass die Studierenden ihren Wohnort während des Studiums nur als eine Zwischenlösung ansehen, wird häufig nicht gegen prekäre Mietverhältnisse vorgegangen. So sehen sich die Vermieter nicht gezwungen, die Wohnsituation zu verbessern und ein nötiger Wandel der Quartiere bleibe aus. Auch eine Vernetzung mit den Nachbarn und dem Stadtteil findet oft nicht statt.

Die Schulen stehen vor großen Herausforderungen, besonders in Anbetracht des großen Zuzugs aus Osteuropa in den letzten Jahren. In den Grundschulen steigt die Zahl der Kinder ohne Deutschkenntnisse und vermehrt müssen Jugendliche in das Schulsystem integriert werden, die noch nie in

der Schule waren. Auch das Bewusstsein, dass Bildung in Deutschland wichtig ist, hat sich teilweise nach Einschätzung der Befragten bei vielen Migrantinnen und Migranten noch nicht durchgesetzt.

Durch die Überalterung der Bewohnerinnen und Bewohner der Einfamilienhaus-Siedlung am Hegelsberg, findet dort aktuell ein Wandel statt. Durch einen Renovierungsstau und das schlechte Image des Stadtteils ist aber fraglich, ob der Generationenwechsel im Sinne stärkerer Durchmischung gelingt. Es ist zu beobachten, dass hauptsächlich Migrantinnen und Migranten die Immobilien nachfragen.

Trotz einer eigentlich guten Bausubstanz mit zahlreichen gründerzeitlichen Bauten wird das Wohnumfeld in Nord (Holland) negativ bewertet. Zahlreiche Leerstände verschlechtern das Bild zusätzlich. Durch die hohe Verkehrsfrequenz auf der Holländischen Straße fehle es an Aufenthaltsqualität.

Der Stadtteil wird als zweigeteilt wahrgenommen, es wird zwischen Unterer (Innenstadtbereich bis Wiener Straße) und Oberer Nordstadt unterschieden. Besonders im nördlichen Teil sind die Armut und die vorhandenen Bildungsferne große Herausforderungen. Bemängelt wird zudem ein fehlendes Gemeinschaftsgefühl.

„Klar gibt es Zusammengehörigkeitsgefühle, aber oft nach Nationen. Nach dem Motto: wir sind die Türken, wir sind die Deutschen [...]“ (N2)

Als Anpassungsmaßnahmen an den demografischen Wandel, hier speziell der immer älter werdenden Bevölkerung, werden im Stadtteil verschiedene Entwicklungen und Initiativen gewertet.

So werden sukzessive Wohnungen sowohl von privater als auch von öffentlicher Hand umgebaut, um ein barrierefreies Wohnen zu ermöglichen. Im Stadtteil befinden sich auch Pflegedienste, wie z. B. Jonas Seniorengarten und ein privates Alten- und Pflegeheim mit insgesamt 26 vollstationären Pflegeplätzen für Seniorinnen und Senioren ab dem 60. Lebensjahr und jeder Pflegesituation.

Zur Beratung und Integration von Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft gibt es verschiedene öffentlich geförderte Initiativen und Einrichtungen vor Ort. Darunter z. B. das Kulturzentrum Schlachthof, welches als Treffpunkt für Vereine und Migranten-zusammenschlüsse dient, in Kooperationsprojekten ein Beratungs- und Betreuungsangebot macht und vielfältige Kulturveranstaltungen anbietet.

Auch der Stadtteiltreff der GWG ist ein zentraler Anlaufpunkt im Stadtteil. Gemeinsam mit dem Kooperationspartner piano e.V. werden Unterstützungsmaßnahmen für Hilfsbedürftige, die von Haushaltshilfe bis Freizeitbeschäftigung reichen, angeboten.

Eine weitere von öffentlichen Geldern finanzierte Einrichtung ist das IB Boxcamp, welches offene Jugendarbeit für Mädchen und Jungen leistet und über den Sport einen Beitrag zur Integration, Orientierung und Lebenskompetenz der jungen Menschen liefert.

Zudem gibt es im Stadtteil das Quartiersmanagement der Jafka GmbH, die als Vermittler zwischen Bürgern, Akteuren und Verwaltung mit einem vielfältigen Programm die Integration in Nord (Holland) unterstützen, sowie den Stadtteiltreff Mombach des Deutschen Roten Kreuzes im Philipp-Scheidemann-Haus.

Die beschriebenen Initiativen werden für den Stadtteil als überaus wertvoll angesehen. Da aber in der Vergangenheit Zuweisungen für das Boxcamp gestrichen wurden, wird befürchtet, dass das Angebot nicht aufrecht erhalten werden kann.

„Da würde ich mir von der Stadt wünschen [...] also das die Gelder nicht noch gestrichen werden, sondern eigentlich noch draufgesattelt werden müssten.“ (N1)

Nach Auffassung der Experten vor Ort sind die wichtigsten zukünftigen Aufgaben die Verhinderung der fortschreitenden Segregation, die Erhaltung bezahlbaren Wohnraums und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Bürgerschaftliches Engagement

Mit 1,6 Vereinen je 1.000 Einwohner ist die Vereinsdichte in Nord (Holland) als sehr gering anzusehen. Auch die Experten bestätigen diesen Wert.

Als wichtigste Vereine werden die beiden Sportvereine Türkgücü und Bosphorus benannt. Darüber hinaus sind noch vier weitere Sportvereine im Stadtteil vertreten. Alle leisten wichtige Integrationsarbeit, insbesondere haben sich die beiden türkischen Fußballvereine anderen Gruppierungen gegenüber geöffnet.

Neben Kleingärtnervereinen und Chören und Gesangsvereinen stellen sogenannte Migrantenselbstorganisationen den größten Anteil innerhalb der Vereinslandschaft dar. Unter Migrantenselbstorganisationen werden Vereine und Verbände verstanden, „[...] (1) deren Ziele und Zwecke sich im wesentlichen aus der Situation und den Interessen von Menschen mit Migrationsgeschichte ergeben und (2) deren Mitglieder zu einem Großteil Personen mit Migrationshintergrund sind und (3) in deren internen Strukturen und Prozessen Personen mit Migrationshintergrund eine beachtliche Rolle spielen“ (Pries 2013:1). Dazu gehören beispielsweise der

Kulturverein zur Förderung und Integration von Jugendlichen in Kassel e.V., der DITIB Kasseler Stadt-Moschee e.V. und der Eritreische Demokratische Jugendunion e.V..

Im Zuge des Programms Soziale Stadt der Städtebauförderung gründete sich auch ein Unternehmerverein, der sich nach Beendigung des Projektes wieder auflöste. Ebenso gab es auch einen Bürgerverein im Stadtteil, dessen Arbeit sehr geschätzt wurde.

Nach Aussagen der Experten ist das Stadtteil-Engagement in den Vereinen allgemein eher gering ausgeprägt.

Auf der politischen Ebene ist ein Mitgliederschwund in den beiden Volksparteien, CDU und SPD, zu verzeichnen. Die Nordstadt galt in der Vergangenheit als SPD-Hochburg und konnte in ihren besten Zeiten 400 Mitglieder verzeichnen, heute sind es nur noch 45 Mitglieder im Stadtteil. Auch der hohe Altersdurchschnitt ist ein Problem. Das Engagement wird als stark rückläufig beschrieben. Im Ortsbeirat gibt es Schwierigkeiten Nachfolger zu finden. Auch hier ist der Altersdurchschnitt überdurchschnittlich hoch. Es wird befürchtet bei den nächsten Wahlen in zwei Jahren, nicht genügend Kandidaten aufstellen zu können. Zudem hätten die Aktiven kaum noch Zeit für ihr Engagement. Die Bereitschaft außerhalb der Sitzungen Termine wahrzunehmen, sei gesunken. Der Ortsbeirat setzt sich aus SPD, GRÜNEN, CDU, Kasseler Linke und Piraten zusammen. Die Zusammenarbeit der Parteien untereinander wird als schwierig bezeichnet.

Aufgrund des hohen Anteils an Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund ist im Stadtteil eine Vielzahl von Glaubensgemeinschaften vertreten.

Die christlichen Kirchengemeinden haben ebenfalls mit großen Mitgliederrückgängen zu kämpfen, so dass schon Gemeinden zusammengelegt wurden.

Im Stadtteil gibt es eine sehr aktive afghanische Gemeinde, die auch von sich aus den Kontakt mit dem Ortsbeirat sucht. Andere Glaubensgemeinschaften sind wesentlich schwieriger zu integrieren. Oft gibt es Sprachbarrieren oder das fehlende Bedürfnis sich öffentlichen Veranstaltungen anzuschließen. Vereinzelt scheint es der Wunsch zu sein, unter sich zu bleiben.

In Nord (Holland) gibt es über die klassischen Formen des Engagements hinaus ein breites Spektrum an Möglichkeiten sich freiwillig zu engagieren. Die schon beschriebenen öffentlichen Einrichtungen, wie das Quartiersmanagement, der Schlachthof oder die Stadtteiltreffs, bieten in Kooperationsprojekten Freiwilligen viele Möglichkeiten sich sozial zu engagieren. Ein Beispiel ist die Handysprechstunde im Kulturzentrum Schlachthof, bei der jugendliche Experten älteren Menschen den Umgang mit Mobiltelefonen näherbringen.

Probleme gibt es im Stadtteil bei der Elternarbeit in den Schulen. Die hervorragende Leistung der Schulen wird von den Verantwortlichen betont, die Eltern hielten sich jedoch in ihrem Engagement zurück.

„Was wichtig wäre, ist die Elternarbeit. Aber das läuft nicht so gut. Sehr schade. Oder der Förderverein in der Henschelschule, bis auf mich kommt niemand aus der Nordstadt.“ (N1)

Auch Mieterbeiräte sind eine Form des bürgerschaftlichen Engagements, welches in Nord (Holland) vorzufinden ist. Aber auch hier fehlt es an Aktiven. Besonders in sozialen Brennpunkten, wie der Friedrich-Wöhler-Siedlung, wo die Hausverwaltung häufig wechselt und der Zustand der Wohnungen immer schlechter wird. Hier bestand der Mieterbeirat ehemals aus zwölf Mietern, heute sind es nur noch zwei Aktive.

Allgemein wird das fehlende Engagement der Bürgerinnen und Bürger beklagt. In der Vergangenheit sei dies anders gewesen.

Generell gibt es die Unterscheidung zwischen längerfristigem und projektbezogenem Engagement. Auch in Nord (Holland) lässt sich eine größere Bereitschaft für kurzfristiges Engagement feststellen. Als positive Beispiele werden Projekte genannt, die aus dem Programm Soziale Stadt heraus entwickelt wurden und ein Beteiligungsprojekt unter der Leitung der Universität Kassel zur Umgestaltung des Nordstadtparks.

„Aber es wäre naiv zu glauben, dass dadurch eine Nachhaltigkeit entsteht, sobald der Ort und der Organisator wegfällt, ist es vorbei, es wird mit 1-jährigen Projekten keine nachhaltige Wirkung generiert.“ (N2)

„Über die Soziale Stadt ist sehr viel Geld und Arbeit in den Stadtteil geflossen und das ist auch alles eingesogen worden, aber nach dem Programm soll ein Stadtteil ja alleine existieren können und weitermachen können. Bei uns war mit Ende des Programms Schluss. Es floss kein Geld mehr und die Unternehmen haben sich zurückgezogen. Es gab keinen Runden Tisch mit Lehrern, Kindergärtnern, Bürgerinnen und Bürger mehr.“ (N1)

Als Ursache für die schwache Engagementquote werden die Bevölkerungszusammensetzung mit jeweils hohen Anteilen an Studierenden, an Migrantinnen und Migranten und an Menschen, die in Armut leben, gesehen.

Durch die kurze Verweildauer im Stadtteil bauen die Studierenden keinen Bezug zu diesem auf und entfalten im Stadtteil nur geringe Aktivitäten und Teilhabe. Diese Bevölkerungsgruppe betrachtet den Stadtteil mehr als Ort zum vorübergehenden Wohnen, nicht aber zum Leben.

Bei den Migrantinnen und Migranten gäbe es häufig eine Sprachbarriere. Darüber hinaus seien viele dieser Bevölkerungsgruppen oft in größeren Familienverbänden organisiert, welche die ehrenamtliche Arbeit ersetzen.

„Das bekommen wir auch nicht immer mit, die Leute helfen sich unter einander sehr viel, zum Teil ist das eine Frage der Kultur, teilweise aber auch eine Notfrage.“(N2)

Nord (Holland) wird darüber hinaus auch als sozialer Brennpunkt gesehen. Die Arbeitslosenquote ist hoch und es leben viele Menschen nahe der Armutsgrenze. Vielfach hat die Bevölkerung zu sehr mit ihrem eigenen Leben zu kämpfen, als dass sich um andere außerhalb der eigenen Familie gekümmert werden könnte.

Die Kooperationen mit den Kirchen und staatlichen Trägern werden als sehr gut eingeschätzt. Die Zusammenarbeit mit den Vereinen wird hingegen bemängelt. Zu oft ist die Kommunikation untereinander schwierig und auch der Wille der Vereine zu einer Kooperation nicht erkennbar. Von den staatlichen Trägern, aber auch von politischer Seite wurde in der Vergangenheit öfter der Kontakt gesucht. Sie stießen jedoch auf wenig Interesse.

Die Kommunikation im Stadtteil unter den Engagierten ist schwierig aufrechtzuerhalten. Häufig gelingt der Kontakt nur über Multiplikatoren. Für die Zukunft besteht der Wunsch hier eine Verbesserung zu erreichen.

Das Thema bürgerschaftliches Engagement wird im Stadtteil auch kritisch betrachtet. Die Forderung nach mehr freiwilliger Arbeit sei gerade modern und von Seiten der Kommune und des Staates verspräche man sich dadurch eine Kostenersparnis. Diese Ersparnis sei aber ein Trugschluss. Ehrenamtliche Arbeit sei sehr wertvoll, aber es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass der Aufbau einer aktiven Gruppe Zeit und Geld koste. Bürgerinnen und Bürger sind zu freiwilliger Arbeit bereit, jedoch sei dafür eine Belohnungsstruktur erforderlich. Als Beispiel wird eine Müllsammelaktion angeführt, die nur zustande kommt, wenn die Menschen gelockt werden würden, mit beispielsweise einer Grillaktion, die wiederum Geld kostet. Auch bei guten sozialen Projekten wie den Stadtteilmüttern dürfe nicht vergessen werden, dass im Vorfeld bei der Ausbildung der Stadtteilmütter, die als Multiplikatoren in sozial schwache Familien gehen und Unterstützungs- und Beratungsleistung erbringen, hohe Kosten angefallen sind.

Häufig würde auch der Aufwand unterschätzt werden, freiwillige Helfer einzusetzen. Versicherungsfragen und rechtliche Grundlagen müssen geklärt werden. Insbesondere gilt dies, wenn die Freiwilligen mit Kindern in Berührung kommen. Hier muss beispielsweise ein Führungszeugnis von den Engagierten vorliegen. Generell müssen die Motive der freiwilligen Helfer hinterfragt werden, es gilt Indoktrinierungen zu vermeiden.

Besonders in einem sozialen Brennpunkt wie Nord (Holland) sei eine Steuerung der Engagierten unumgänglich. Die Gruppen brauchen Begleitung in ihrem Tun und einen festen Ort, an dem sie sich treffen können. Dies sei aber wiederum mit Kosten verbunden.

Gerade in der Beratungsarbeit sei es häufig besser, direkt einen ausgebildeten Helfer anzustellen. Anzustreben sei eine Kombination aus Professionellen und freiwilligen Helferinnen und Helfern. Engagierte Bürgerinnen und Bürger brächten dann neue Impulse und frischen Input in die Arbeit mit ein.

4.3 Vergleichende Auswertung

Folgt man der Statistik, so scheint es um das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland gut bestellt zu sein. Die Zahl der Vereine in Deutschland hat sich seit 1990 verdoppelt (vgl. Rübke 2013: 4), die Ehrenamtsquote, also der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die sich freiwillig engagieren, ist leicht von 34 % (1999) auf 36 % (2009) gestiegen (vgl. Gensicke/Geis 2010: 5).

Im Gegensatz dazu stehen die Ergebnisse zum bürgerschaftlichen Engagement aus der vorliegenden Untersuchung. Unabhängig vom Siedlungstyp wird das Engagement der Bürgerinnen und Bürgern in den fünf Fallbeispielen als rückläufig beschrieben.

Dabei lassen sich sechs Entwicklungen ausmachen, die in allen fünf Beispielorten vorzufinden sind. Auch andere Studien und Untersuchungen zu diesem Thema, haben die nachfolgenden Entwicklungen als Haupttrends für die Freiwilligen Arbeit identifiziert (vgl. u.a. Wolf/Zimmer 2010; Rüschenhof 2014; Alscher et al. 2013).

Es wird ein Rückgang der Mitgliederzahlen und der Aktiven in den traditionellen Formen des Engagements beobachtet. Die Mitgliederzahlen in Vereinen, Verbänden, Kirchen und Parteien gehen seit Jahren zurück. In Extremfällen mussten Angebote des dritten Sektors mangels Masse bereits eingestellt werden. Durch den Mitgliederrückgang in den christlichen Kirchen kommt es vielerorts zur Zusammenlegung der Gemeinden. Auch kommunalpolitische Verwaltungsorgane mussten, mangels politisch engagierter Bürgerinnen und Bürgern, verkleinert werden.

Besonders in den ländlichen Kommunen haben die Kirchen noch immer eine hohe Bedeutung für das lokale Engagement, trotz der rückläufigen Mitgliederzahlen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Kirchengemeinden und Kommune werden überwiegend positiv wahrgenommen. In den städtischen Kontexten lassen sich eher stärker segregierte Formen von Beteiligung konstatieren. Häufig bleiben die religiösen und ethnischen Gruppierungen unter sich. Integratives Engagement wird eher durch staatliche Programme, Sportvereine und Kulturaktivitäten sowie durch temporäre Events

vorangetrieben. Gehen die Impulse zurück, vermindert sich das integrative Engagement rasch. Parallel zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung ist der Altersdurchschnitt der Mitglieder und der freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger stark angestiegen. Besonders in den traditionellen Formen des Engagements ist diese Entwicklung zu beobachten. In vielen Organisationen fehlt es an Nachwuchs. Jüngere Generationen sind auch im politischen Bereich seltener aktiv.

Für die Nachfolgeproblematik in den Vorständen lassen sich in allen Untersuchungsorten Beispiele finden. Die Bereitschaft, längerfristig Verantwortung zu übernehmen, ist in den letzten Jahren zurückgegangen.

Eine Folge des allgemeinen Rückgangs des Engagements, aber auch der geringeren Bereitschaft unter den Engagierten Verantwortung zu übernehmen, ist die Mehrfachbelastung der Aktiven. Vielfach sind engagierte Bürgerinnen und Bürger gleich in mehreren Bereichen aktiv und haben nicht selten auch mehrere Posten inne.

Ein Grund für den Rückgang in der Vorstandsarbeit wird in den hohen Anforderungen an die Professionalität und die Rechtssicherheit in Organisationen des dritten Sektors gesehen.

Gemeinnützige Organisationen müssen eine Vielzahl von gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Strenge gesetzliche Vorgaben regeln die Verwendung der Mittel, gegenüber der Steuerverwaltung besteht Nachweispflicht. Darüber hinaus ist Vorstandsarbeit nicht risikoarm, da in der Regel der Vorstand haftet.

In allen Untersuchungsgebieten ist die Tendenz zu kurzfristigerem und projektbezogenem Engagement erkennbar. Bei Gelegenheiten wie Jubiläumsfeiern sind Bürgerinnen und Bürger wesentlich leichter mobilisierbar, als bei der Übernahme langfristiger Verantwortung. Bei konkreten Anlässen wird in allen Orten von einem sehr positiven Engagement berichtet.

Neben den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen im lokalen Engagement, lassen sich auch Unterschiede zwischen den einzelnen Siedlungstypen ausmachen.

In den ländlichen Untersuchungsbeispielen wird die Bedeutung des lokalen Engagements für den Ort höher eingeschätzt, als in den städtischen Beispielen.

Auch die quantitative Anzahl der Vereine je 1.000 Einwohner/innen ist höher (vgl. Abb. 23).

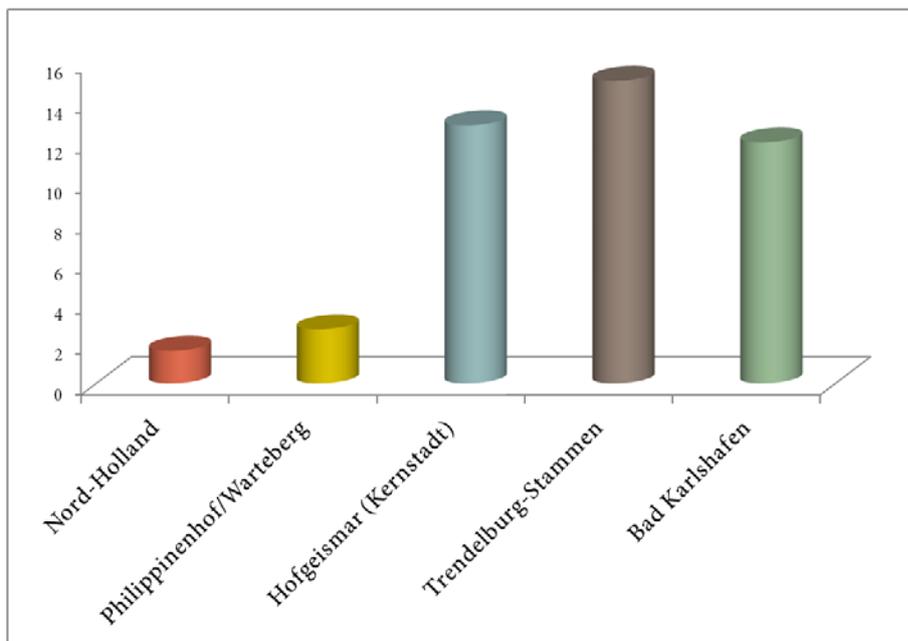


Abb. 23: Vereine je 1.000 Einwohner/innen

Das Fehlen von institutionellen und kommerziellen Angeboten wird durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu kompensieren versucht. Parallel zu den teilweise starken Abwanderungen in den ländlichen Untersuchungsorten ist der Mitgliederschwund in den Vereinen besonders groß.

In den städtischen Beispielen gibt es wesentlich weniger Vereine, dafür lassen sich aber vielfältigere Formen des Engagements finden. Häufig finden diese in Kooperation mit staatlichen Trägern statt. Entsprechend des höheren Migrantenanteils in den städtischen Untersuchungsorten gibt es eine Vielzahl an Migrantenselbstorganisationen. Dementsprechend sind die größten Herausforderungen in den städtischen Quartieren auch im Bereich des freiwilligen Engagements Fragen der Integration der verschiedenen Nationen und Kulturen.

Auch der Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements für die Zukunftsfähigkeit der Teilorte wird unterschiedlich wahrgenommen. Teilweise besteht aufgrund der kommunalen Haushaltslage bereits die dringende Notwendigkeit, dass Bürgerinnen und Bürger Aufgaben der Kommune übernehmen, um Infrastrukturen zu gewährleisten. In sozialen Brennpunkten wird aber auch der Einsatz von ehrenamtlichen Helfern kritisch gesehen, da professionelle Kräfte nicht zu ersetzen sind. Gerade in diesen Bereichen sind Unterstützungsstrukturen von staatlicher Seite unverzichtbar.

5. Handlungsansätze

5.1 Empfehlungen für die Untersuchungsorte

Gemeinsam mit Entscheidungsträgern aus den einzelnen Orten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern wurden auf Bürgerversammlungen erste Handlungsansätze entwickelt und diskutiert. Nachfolgend werden die wichtigsten Empfehlungen aus dieser „Dialogphase“ für die einzelnen Untersuchungsorte wiedergegeben.

5.1.1 Bad Karlshafen

Bad Karlshafen hat hohe Bevölkerungsverluste zu beklagen, gerade der Wegzug junger Menschen macht sich besonders bemerkbar. Ein hoher Altersdurchschnitt und leer stehende Gebäude sind die Folgen. Auch die finanzielle Lage stellt die Kommune vor besondere Herausforderungen.

Die Formen bürgerschaftlichen Engagements in Bad Karlshafen sind vielfältig und die Kommunikation unter den Organisationen ist gut. Insgesamt ist eine hohe Bereitschaft sich einzubringen festzustellen.

Neben dem Mitgliederschwund und der Nachfolgeproblematik in den Vereinen, Verbänden und Initiativen, sind das geringe Angebot für Jugendliche und die Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern die größten Herausforderungen in Bad Karlshafen.

I. Aktivierung der Senioren und Seniorinnen

Ein Wunsch der Bürgerinnen und Bürger ist es, das weitgehend als Manko wahrgenommene hohe Durchschnittsalter in Bad Karlshafen als etwas Positives im Sinne einer Chance umzudeuten.

Eine Möglichkeit zur Nutzung dieser Chance des Reservoirs zahlreicher erfahrener Älterer ist die gezielte Ansprache und Einbindung älterer Menschen für freiwillige Tätigkeiten. Gerade junge Seniorinnen und Senioren, die „frisch“ aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, haben ein persönliches Interesse daran, ihre Erfahrungen und Kompetenzen in neue Aufgaben einzubringen. Freiwilliges Engagement schafft die Möglichkeit neue Kontakte zu knüpfen und an der Gesellschaft auch weiterhin aktiv teilzuhaben.

Um Senioren und Seniorinnen aktivieren zu können, ist es wichtig Informations-, Beratungs- und Qualifizierungsangebote zu schaffen. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, bietet sich die Einrichtung von *Seniorenbüros* an.

Seniorenbüros fördern speziell das Engagement von Menschen in der nachberuflichen oder nachfamilialen Lebensphase. Interessierte können sich dort über Möglichkeiten des Engagements vor Ort informieren und beraten lassen. Vereine, Verbände und Initiativen können ihren Bedarf an Engagierten melden und die Büros versuchen passende Personen zu vermitteln. Sie stehen dabei nicht in Konkurrenz zu anderen Einrichtungen der Seniorenarbeit, vielmehr vernetzen sie die vorhandenen Strukturen und tragen so zur Erweiterung und effektiveren Gestaltung der Seniorenarbeit bei (vgl. Hinn/Hensel 2011: 195f).

Ihren Ursprung haben die Büros in einem Modellprogramm des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus dem Jahr 1992. Als Träger eines solchen Seniorenbüros kommen der Landkreis, aber auch Vereine, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Stiftungen in Frage. Ein besonderes Merkmal der Seniorenbüros ist die Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern.

II. Informationsinfrastruktur

In Bad Karlshafen ist der Bedarf an der Übernahme kommunaler Aufgaben durch Bürgerinnen und Bürger klar geäußert worden. Auch in der Vergangenheit gab es schon erfolgreiche Beispiele, bei denen Bürgerinnen und Bürger für ihre Kommune aktiv geworden sind. Zudem gibt es eine große Bereitschaft in Bad Karlshafen, sich um die Belange der Stadt mit zu kümmern. Es mangelt jedoch an Möglichkeiten, sich über eventuelle Bedarfe der Kommune zu informieren.

Die Einrichtung einer *Informationsbörse* könnte eine Brücke zwischen der Stadt und den Bürgerinnen und Bürger darstellen. Auf dieser Plattform könnten die Stadtverwaltung oder Bürgerinnen und Bürger Vorschläge einbringen, wo Handlungsbedarf besteht oder was verändert werden sollte. Auf diesem Weg ließen sich engagierte Personen finden, die bereit wären, sich um den Vorschlag zu bemühen und ihn umzusetzen. Eine solche Informationsplattform bietet der Bevölkerung Bad Karlshafens ein Forum, auf dem sich ausgetauscht werden kann.

Ein Startpunkt könnte die Einrichtung eines Forums auf der Internetpräsenz der Stadt sein. Ergänzt durch einen Ansprechpartner im Rathaus und Aushänge an einem Schwarzen Brett bietet die Informationsbörse eine einfache Möglichkeit, den engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform zu bieten und die Kommunikation zu verbessern.

5.1.2 Trendelburg-Stammen

In Stammen stellen der hohe Altersdurchschnitt und der Fortzug junger Menschen ebenfalls die größten Herausforderungen dar. Daneben hat sich aber auch die Integration von Neubürgern als wichtiges Thema herauskristallisiert.

Auch auf den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements wirken sich diese Entwicklungen aus. Der Nachwuchs wird in den Vereinen vermisst und die Problematik der Vorstandsbesetzung verschärft sich immer weiter. Durch Überalterung und eine Überlastung der Engagierten lassen sich nur schwer Personen finden, die Verantwortung übernehmen wollen.

Es besteht der Wunsch, die positive Stimmung aus dem Dorfjubiläum auch in die Zukunft zu tragen.

I. Kooperationsstrukturen aufbauen

Auch wenn die Zusammenarbeit der Vereine und Verbände in Stammen generell als gut wahrgenommen wurde und es bereits jetzt Absprachen zwischen den Organisationen gab, wurde der Wunsch geäußert, diese Kooperation zu intensivieren.

Eine Möglichkeit ist die Gründung einer festen *Vereinsgemeinschaft bzw. Engagementgemeinschaft*, in der alle Vereine und alle im Ort aktiven Personen zusammenkommen. Vorteile einer solchen Gemeinschaft liegen, neben der terminlichen Absprache bei Veranstaltungen, bei dem Austausch von Erfahrungen mit den anderen Vereinen oder sonstigen Gruppen. Häufig haben die Vereine ähnliche Probleme und stehen vor denselben Herausforderungen. Es bietet die Möglichkeit, dass die Aktiven voneinander lernen können.

Eine Engagementgemeinschaft dient als Lenkungsstelle und Bindeglied, welche die Vernetzung vorantreibt und gegebenenfalls strategische Partnerschaften schaffen kann. Auch können gemeinsam Projekte der Dorfentwicklung entwickelt und angegangen werden.

II. Kompetenzen bündeln

Die Überlastung der Engagierten und die Komplexität der Aufgaben durch die teilweise hohen rechtlichen Ansprüche macht ein Handeln hinsichtlich der Problematik der Vorstandsbesetzung unabdingbar.

Über die Kooperation in der Engagementgemeinschaft hinaus besteht die Möglichkeit Kompetenzen zu bündeln. In Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden können partielle Vereinsaufgaben, z. B. die Internetbetreuung oder Steuerangelegenheiten auch personell zusammengelegt werden, so dass nicht jeder Verein einen Verantwortlichen für jeden Teilbereich benötigt. In diesem Sinne könnte auch die Gründung eines Dachvereins zur Lösung der

formalrechtlichen Probleme und zur Reduzierung der durch Vorstandsarbeit gebundenen Personen beitragen.

5.1.3 Hofgeismar (Kernstadt)

Die Kernstadt Hofgeismars hat leichte Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen. Besonders kritisch werden der Nachholbedarf bei der Barrierefreiheit und die Leerstände in der Innenstadt gesehen.

Hofgeismar kann mit einer vielfältigen Vereinslandschaft aufwarten, auch die Kirchen und kirchlichen Einrichtungen sind wichtige Akteure in der ehemaligen Kreisstadt. Die Hauptprobleme im Ehrenamt sind die rückgängigen Mitgliederzahlen und die Vorstandsproblematik.

I. Chancendialog fortsetzen

Die Dialogveranstaltung in Hofgeismar wurde im Januar 2015 als Bürgerinformation mit drei Themenblöcken durchgeführt. Im ersten Block wurden über die Ergebnisse dieser Studie berichtet, im zweiten Block stellte der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses die Umsetzungsschritte des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes vor, im dritten Block wurden Ansatz und Fördermöglichkeiten im Förderprogramm „Aktive Kernbereiche“ erörtert, in das Hofgeismar 2014 aufgenommen wurde.

Die Veranstaltung betonte die Chancen, welche sich aus den aktuellen Schwerpunktsetzungen der Stadtpolitik ergeben und die durch das Engagement der Bürger zum Erfolg geführt werden können. Dies gilt sowohl für die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements zur Durchführung des Hessentags 2015, den Hofgeismar ausrichtet, als auch für die Bedeutung Privater als Motoren und Investoren in der Stadtentwicklung.

Die konstruktive Atmosphäre der Veranstaltung erbrachte auch einige Vorschläge zur Verbesserung der Erreichbarkeit der Innenstadt und ihrer wirtschaftlichen Belebung. Die Weiterentwicklung der Dialogformate einerseits als breite Bürgerinformation, andererseits mit unterschiedlichen Zielgruppen erscheint als geeigneter Weg, die Dialogbereitschaft der Bevölkerung zu nutzen.

II. Aktivieren der Immobilieneigentümer

Der Leerstand in der Innenstadt wird in Hofgeismar als Problem beschrieben. Da ein Großteil der Gebäude in Privatbesitz ist, ist das Engagement der Immobilieneigentümer entscheidend. Aufgrund der günstigen Förderbedingungen, der Informations- und der Beratungsangebote stehen den Immobilienbesitzern schon vielfältige Hilfen zur Verfügung.

Die Aktivierung der Immobilieneigentümer im Quartier könnte durch die Gründung einer Eigentümerstandortgemeinschaft, etwa angestoßen durch die Stadt Hofgeismar, ergänzt werden. „Unter Eigentümerstandortgemeinschaften (ESG) versteht man einen Zusammenschluss von Eigentümern benachbarter Immobilien mit dem Ziel, durch gemeinsame Aktivitäten oder Maßnahmen die Verwertungschancen ihrer Objekte zu verbessern. Dabei kann die ganze Vielfalt sinnvoller Maßnahmen zur Anwendung kommen (baulich, sozial, Marketing/Image etc.). Die ESG löst sich dabei ein Stück weit aus der einzelwirtschaftlichen Betrachtung des Einzeleigentümers (Rentabilität des individuellen Immobilieneigentums), um gemeinschaftlich die Quartiersrentabilität in den Blick zu nehmen.“ (BBSR 2009: 4)

Die engagierten Eigentümer hätten die Chance selbst Impulse für die Stadtentwicklung geben zu können. Da der Wert von Immobilien auch immer von dem baulichen Zustand und Erscheinungsbild des Umfeldes abhängt, ist in diesem Bereich das gemeinsame Handeln der Akteure besonders entscheidend. Synergieeffekte durch das gemeinsame Angehen von Problemen und das Teilen von Kosten machen Eigentümerstandortgemeinschaften für den einzelnen Eigentümer attraktiv.

III. Gastgeberrolle im Hessentag 2015 betonen

Die Ausrichtung des Hessentags 2015 bietet Hofgeismar die Chance, sich touristisch als attraktives und modernes Besuchs- und Ausflugsziel zu präsentieren. Dazu wird u.a. die Innenstadt erheblich aufgewertet. Hessentage leben vom Engagement der Wirtschaft und der örtlichen Bevölkerung. Neben der Motivierung zu ehrenamtlichen Engagement bei der Durchführung des Hessentags sollte die Chance genutzt werden, die Bewohner aufzufordern, sich als gute Gastgeber der Dornröschenstadt zu präsentieren. Der Hessentag bietet die Chance, touristische Leistungsbewusstsein zu verbessern, Servicequalität und Gastfreundschaft dauerhaft als Kernelemente des Images der Dornröschenstadt Hofgeismar zu etablieren.

IV. Mittelzentrumsrolle stärken

Angesichts des demografischen Wandels kommt den Mittelzentren im ländlichen Raum eine wesentliche Funktion als zentraler Anlaufpunkt für Arbeit, Ausbildung, Kultur, Freizeit, Einkauf und Wohnen in der Region zu. Mit dem Hessentag kann diese Zentrumsfunktion von Hofgeismar regional und überregional lebendig dargestellt werden. Der aufstrebende Charakter durch die Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes und die Förderung des Altstadtkerns sollte deutlich werden.

Die Investitions- und Zuzugsmöglichkeiten wären als Elemente des Stadtmarketings zu betonen. Der Wunsch, in der Region zu arbeiten, zu wohnen und zu investieren (oder in die Region zurückzukehren), sollte dabei mit Angeboten unterfüttert werden. Auch hierfür bietet der

Hessentag eine geeignete Plattform. Zugleich ist aber auch das Internetangebot der Stadt entsprechend zu modernisieren, um Image und Selbstbild mit den neuen Perspektiven zu versehen und für Außenstehende attraktiv zu machen.

V. Engagementschub verstetigen

Der Hessentag bedeutet die starke Aktivierung vielfältigen ehrenamtlichen Engagements, um die Veranstaltungen des Hessentags sicher und kompetent durchführen zu können. Zudem werden viele Vereine und Gruppierungen mit eigenen Veranstaltungen oder Veranstaltungsbeiträgen aufwarten. Wie in dieser Untersuchung mehrfach betont, besteht eine große Schwierigkeit darin, auf einmalige Events ausgerichtete Engagements dauerhaft zu verstetigen.

Hofgeismar könnte daher frühzeitig eine Verstetigungsstrategie vorbereiten. So könnte zwei bis drei Monate nach dem Hessentag eine Dankesveranstaltung stattfinden, in der das ehrenamtliche und professionelle Engagement der Hessentags-Beteiligten wertgeschätzt und gewürdigt würde. Zugleich könnte hier eine Arbeitseinheit integriert werden, wie der Stolz auf das Geleistete zu neuen Kooperationen, Ideen, Fortführungen etc. genutzt werden könnte. Wiederholungsveranstaltungen zur Kooperations- und Engagementkultur Hofgeismars wären dabei bereits anzudenken.

5.1.4 Philippinenhof/Warteberg

In dem Kasseler Stadtteil wird insbesondere die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und generell die Einbindung von Neubürgern als wichtige zukünftige Aufgabe gesehen. Besonders bei gemeinsamen Stadtteilstesten werden diese Gruppen vermisst. Auch die Stärkung der lokalen Identität mit dem Stadtteil wurde auf der Bürgerversammlung als Ziel definiert.

Trotz teilweise rückläufiger Anzahl der Engagierten wird das Engagement als positive Ressource des Stadtteils betrachtet. Gerade die gute Zusammenarbeit zwischen den Aktiven trägt zu dieser Einschätzung bei.

I. Zielgruppenspezifische Ansprache

Angesichts des demografischen Wandels und der speziellen Gegebenheiten in Philippinenhof/Warteberg sind die Migrantinnen und Migranten eine zunehmend wichtige Gruppe. Ihre Aktivierung gestaltet sich schwierig, da es sich nicht um eine homogene Gruppe handelt. Die einzelnen Personen unterscheiden sich nach nationaler Herkunft, Geschlecht, Alter und Bildung.

Entscheidend ist eine möglichst direkte und konkrete Ansprache. So ist beispielsweise *Mehrsprachigkeit* bei der Ankündigung von Festivitäten, gemeinsamer Aktivitäten oder anderer

Angeboten ein empfehlenswerter Weg, bestimmte Gruppen zu erreichen. Häufig sind es Sprachbarrieren, die eine aktive Teilhabe am öffentlichen Leben verhindern. So könnten Einladungen zum Stadtteilstadtteilfest ohne großen Aufwand auch in verschiedenen Landessprachen der Migrantinnen und Migranten gedruckt werden.

Auch durch ein Fest der Kulturen mit Beiträgen aus dem Stadtteil ließen sich neue Kontakte knüpfen und evtl. neue Multiplikatoren gewinnen.

II. Informationsinfrastruktur

In größeren Städten wie Kassel kommt dem Stadtteil als lokalem Bezugspunkt eine spezielle Bedeutung zu, der Vorteil der räumlichen Nähe und des unmittelbaren persönlichen Bezugs aufweist. Für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements liegt hier noch Potential.

Durch Schaffung einer *lokalen Anlaufstelle* für interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich gerne in und für den Stadtteil engagieren möchten, könnte dieser Vorteil genutzt werden. Ohne großen Aufwand könnte eine Person ernannt werden, die zwischen den Vereinen, Verbänden und Initiativen im Stadtteil und den Interessierten vermittelt.

III. Neue Medien nutzen

Eine Möglichkeit besonders jüngere Menschen anzusprechen, ist die Nutzung der neuen Medien, insbesondere der sozialen Netzwerke. Das Internet eröffnet neue Wege der Kommunikation und Zusammenarbeit. Für die meisten Jugendlichen ist das Internet die Hauptinformationsquelle.

Vereinen, Verbänden, Parteien und Initiativen bietet sich die Chance durch Präsenz auf Facebook, Twitter, Instagram und Co., ihre Bekanntheit zu steigern. So werden beispielsweise auf Facebook die *gefällt-mir-Angaben* auf den Startseiten der Freunde angezeigt. Durch das regelmäßige Posten von Neuigkeiten kann die Aufmerksamkeit von Usern erreicht werden. Soziale Netzwerke eröffnen hier neue Aktions- und Kommunikationsmöglichkeiten.

5.1.5 Nord (Holland)

Der Stadtteil Nord (Holland) bietet kein einheitliches Bild. Er wird als zweigeteilt wahrgenommen.

Als wichtigste zukünftige Aufgaben vor Ort haben sich in Nord (Holland) unter anderem die Verhinderung der fortschreitenden Segregation und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts heraus kristallisiert.

I. Dauerhafte Unterstützungsstrukturen etablieren

In den Jahren zwischen 1999 und 2008 hat der Stadtteil Nord (Holland) aktiv am Bund-Länder-Programm Soziale Stadt teilgenommen. Es wurden viele Projekte initiiert, die Expertinnen und Experten im Stadtteil empfanden das Programm als sehr wertvoll und haben gute Erfahrungen gemacht. In dieser Zeit wurde das Engagement im Stadtteil als sehr positiv wahrgenommen. Mit Ende der aktiven Teilnahme seien jedoch die aufgebauten Strukturen, wie der Runde Tisch und der Unternehmerverein, nach und nach eingeschlafen und verschwunden. Ohne ein konkretes Projekt und die öffentlichen Fördermittel aus dem Programm gab es für viele Engagierte keinen Anlass der Zusammenarbeit.

Eine nachhaltige Förderung von bürgerschaftlichen Engagement lässt sich nur erreichen, wenn es *dauerhafte Unterstützungsstrukturen* gibt, welche die Moderation und Konzeption übernehmen. Auch Alexandra Engel fordert beständige Unterstützungsleistungen und zweifelt die Nachhaltigkeit von Modellprojekten an. Gerade bei Beteiligungsprozessen sei ein Bestehen über die Modelllaufzeit hinaus nicht gegeben. „Notwendig ist hier eine dauerhafte Implementierung von Partizipationsstrukturen. Es braucht also verlässliche (Management-) Strukturen, die Umwege, Konflikte oder auch Fehler einkalkulieren, was einen institutionellen Rahmen mit ausreichender (finanzieller wie personeller) Ausstattung erforderlich macht.“ (Engel 2012: 74f)

Die Etablierung des Quartiersmanagement vor Ort war ein Schritt zur Verstetigung der Strukturen. Das Quartiersmanagement leistet im Stadtteil wertvolle Arbeit. Angesichts der Größe des Stadtteils und der vielfältigen Problemlagen wäre eine stärkere personelle wie finanzielle Ausstattung für den Aufbau dauerhafter Unterstützungsstrukturen vorteilhaft.

II. Kooperationsstrukturen (wieder) aufbauen

Gerade durch die Vielzahl von guten und wichtigen Initiativen in der Nordstadt ist eine organisatorische Verzahnung der Aktiven wichtig. In der Vergangenheit gab es bereits einen *Runden*

Tisch im Stadtteil, der sich in den Jahren nach Beendigung des Programms Soziale Stadt langsam auflöste.

Repräsentanten von den verschiedenen Einrichtungen, Beiräten und Gruppen sowie einzelne engagierte Privatpersonen kamen regelmäßig zusammen, die Initiativen konnten sich in ihrem Vorgehen absprechen und in ihren Angeboten abstimmen. Es empfiehlt sich diese Runde wieder aufleben zu lassen (oder eine neue zu initiieren). Erstrebenswert ist eine möglichst breite Einbeziehung unterschiedlicher Akteure aus Vereinen, Initiativen, Politik, Glaubensgemeinschaften, Verwaltung, Bildungseinrichtungen und der lokalen Ökonomie. Ein solches Gremium mit den wichtigsten Akteuren im Stadtteil dient zur Vernetzung der Aktiven, zur Vermittlung von Informationen, zur Abstimmung und Koordination von Aktivitäten und kann auch selbst eigene Projekte anstoßen.

Um Hemmschwellen bei der aktiven Teilnahme zu senken, sollten die Netzwerkstrukturen offen und flexibel bleiben, auch wenn regelmäßige Treffen für eine kontinuierliche und nachhaltige Arbeit wichtig sind.

Als zusätzlicher Anreiz empfiehlt es sich, dem Runden Tisch Gelder zur Verfügung zu stellen, mit denen kleinere gemeinsame Projekte im Stadtteil durchgeführt werden. Auf der einen Seite wird so dem Runden Tisch ein höherer Wert beigemessen und auf der anderen Seite ist es eine Möglichkeit, der Entwicklung hin zu verstärkt projektbezogenem Engagement Rechnung zu tragen. Es ist zu überlegen, wie derartige Stadtteilbudgets aus dem regulären Haushalt der Stadt ausgestattet werden können und welche Auswahlgremien nach welchen Kriterien über die Vergabe der Mittel vor Ort entscheiden.

5.2 Generelle Empfehlungen

Die vorangegangenen Empfehlungen waren auf die jeweiligen Ortsteile bezogen und beruhten auf den Fach- und Bürgergesprächen vor Ort. Viele der Empfehlungen lassen sich jedoch übertragen und können als generelle Empfehlungen zur Stärkung des lokalen Engagements weiterentwickelt werden.

I. Unterstützungsstrukturen

Lokales Engagement kennt viele Ursachen, Auslöser können intrinsische Motivationen der Akteure wie der Wunsch nach Verbesserung des Umfeldes oder der Wille, akute Missstände zu verändern, ebenso sein wie externe Anstöße. Anstoßgeber sind dabei häufig die Organisationen, die vor Ort tätig sind, von Kirchen und Religionsgemeinschaften über Wohnungsbaugesellschaften, lokale Unternehmen und Quartiersvereine bis hin zu Sportvereinen, Schulen, Kultureinrichtungen oder Umweltgruppierungen. Anstoßgeber können auch staatliche Programme sein, welche neue Entfaltungsmöglichkeiten, Ideen und Investitionsförderung in Ortsteile bringen. Viele dieser Engagements bauen auf geeigneten Strukturen auf, entstehen in Selbstorganisation oder bringen neue Strukturen mit.

Doch viele dieser Strukturen sind gefährdet. Die empirischen Ergebnisse der Analyse in Nordhessen zeigen ebenso wie andere Untersuchungen, dass traditionelle Vereine und Verbände eine Überalterung sowohl der Mitglieder als auch der Aktiven aufweisen. In der Folge haben sie erhebliche Probleme, attraktiv für neue Mitglieder zu sein und die ehrenamtlichen Vorstandsposten zu besetzen. Diese Befunde verdeutlichen den Entwicklungs- und Wandlungsbedarf dieser Organisationen. Dazu kommen die gewachsenen hohen professionellen wie rechtlichen Anforderungen an die Führung und Rechenschaftslegung von Organisationen des Dritten Sektors.

Um diese Herausforderungen meistern zu können, bedarf es professioneller Unterstützung im Bereich der Organisationsentwicklung und des Freiwilligenmanagements. Den Vereinen und Verbänden müssen geeignete Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Engagementfördernde Infrastrukturen wie Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros oder Selbsthilfekontaktstellen sind wichtige Ansätze zur Unterstützung des lokalen Engagements. Von Bedeutung ist zum einen die Dauerhaftigkeit solcher Strukturen (vgl. u.a. Engel 2012: 69; Reinert 2005: 26). Zum anderen müssen diese institutionellen Strukturen personell so ausgestattet sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit haben, aktiv auf die organisierten wie auf die wenig organisierten Engagierten zugehen zu können. Die Kontaktstellen sollten nicht allein als reine Anlaufstellen fungieren, sondern als aktive „Bringdienstleister“ unterwegs sein und die Engagierten vor Ort ansprechen (vgl. auch Meergans 2013).

Wichtige Motoren der Unterstützung sind auch staatliche Förderprogramme zur baulich-kulturellen oder zur sozialen Entwicklung von Ortsteilen, seien es nun Maßnahmen der Städtebauförderung, der Sozialen Stadt oder der Dorf- und Regionalentwicklung. Hier ist bei der Durchführung der Programme schon frühzeitig darauf zu achten, dass eine Verstetigung der erreichten Prozess- und Dialogkulturen stattfindet, um nicht einen Abbruch der Strukturen nach Beendigung der Förderphase zu erleben. Diese gilt insbesondere für die im Prozess errichteten Beratungsstrukturen und entwickelten Netzwerke.

II. Kooperationsstrukturen

Um ein erfolgreiches Agieren auch für die Zukunft zu gewährleisten, ist die Vernetzung der lokalen Akteure untereinander zu verbessern. Eine Kooperation zwischen Akteuren der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und auch der lokalen Ökonomie ermöglicht bessere Abstimmung und Koordinierung der Aktivitäten und steigert die Effektivität.

Darüber hinaus kann Kooperationsbildung zwischen Vereinen durch die Bündelung von Kompetenzen sowie / oder von Aufgaben ein erfolgversprechender Weg zur Aufrechterhaltung von Vereinen und zur Entlastung ihrer tragenden Personen zu sein. Dachvereine können in der Situation stark schrumpfender Einwohnerzahlen helfen, die Personal- und Zeitbelastung für Vorstandsposten, Kassenwarte, Rechnungsprüfer etc. zu vermindern, so dass insgesamt den Engagierten mehr Zeit für die operativen Aktivitäten verbleibt.

III. Kommunikationskultur

Bei den Untersuchungen in Nordhessen äußerten viele Bürgerinnen und Bürger häufig den Wunsch einer besseren Information über Möglichkeiten des Engagements. Der Zugang zu Informationen über bürgerschaftliches Engagement sollte daher über verschiedenste Informationskanäle ermöglicht und immer wieder erneuert werden. Barrieren der Kommunikation zwischen staatlicher bzw. kommunaler Verwaltung und Bürgerschaft sowie Organisationen der Zivilgesellschaft gilt es abzubauen.

Häufig sind die Zuständigkeiten im Engagementbereich nicht eindeutig. Kommunen sollten die Verantwortlichkeiten der Engagementförderung definieren und den Bürgerinnen und Bürgern Ansprechpartner zur Seite stellen (vgl. Olk/Gensicke 2014: 231). Dabei ist zu überlegen, inwiefern kleine Kommunen durch überörtliche Strukturen unterstützt werden können. Vielfach übernehmen – im ländlichen Raum – Landkreise diese Aufgabe. Für spezifische Aufgaben sind aber auch andere

Strukturen sinnvoll. So ist der interreligiöse Dialog von den Religionsgemeinschaften zu gestalten. Wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass alle Gemeinschaften Partner des Miteinanders in einer Gesellschaft beziehungsweise Kommune sind. So gehen inzwischen aktive Moscheegemeinden auf die lokalen und kommunalen Partner zu (IGMG 2014).

IV. Aktivierung wenig beteiligter Gruppen

Um neue Potentiale im Engagement freizusetzen, müssen bisher weniger beteiligte Gruppen speziell angesprochen werden. Dazu gehören vor allem Kinder und Jugendliche, Migrantinnen und Migranten sowie Seniorinnen und Senioren, aber auch Behinderte und Flüchtlinge.

Kinder und Jugendliche, die in frühen Jahren Erfahrungen mit gesellschaftlichem Engagement sammeln konnten, sind auch als Erwachsene eher bereit sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Der limitierende Faktor ist auch hier häufig die Zeit. Das Abitur in acht Jahren und die Zunahme des Ganztagsunterrichts sind Restriktionen der freien Zeit. Zur Förderung des freiwilligen Engagements junger Menschen empfiehlt sich die Zusammenarbeit mit Lern- und Lebensorten der Kinder und Jugendlichen mit Bildungseinrichtung, Vereinen und Jugendeinrichtungen. (Meinhold-Henschel 2011: 123ff)

Einer zielgruppenspezifischen Ansprache bedarf es auch bei den Gruppen der Migranten und Migrantinnen. Multiplikatoren sind ein Weg, um mögliche Barrieren zu umgehen. Darüber hinaus umfasst eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund die interkulturelle Öffnung traditioneller Engagementbereiche, Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen und ihre Einbindung in lokale oder kommunale Netzwerke (vgl. Huth 2011:201).

Um Engagement im Alter nachhaltig aufzubauen, müssen Strukturen geschaffen werden, welche die Engagierten informieren, beraten, begleiten und qualifizieren. Seniorenbüros sind ein Möglichkeit der Umsetzung. Auch ist eine Anerkennungskultur für Engagement gerade in höheren Altersgruppen wichtig, da die ehrenamtliche Arbeit häufig als eine sinnstiftende Tätigkeit empfunden wird (vgl. Kahler 2011:180f.).

6. Resümee

Wir befinden uns inmitten des zweiten demografischen Übergangs. Ein Raumstrukturwandel vollzieht sich in Deutschland. Häufig stehen dabei die ländlichen Räume als Verlierer und die Städte als Gewinner da. Auch in Nordhessen findet Schrumpfung allen voran in Dörfern und Kleinstädten statt, wohingegen die Großstadt Kassel noch von Zuzügen profitieren und auf mittlere Sicht ein leichtes Bevölkerungswachstum erwarten kann. Insgesamt gibt es eine ungleiche Verteilung innerhalb der Region. Die Kommunen müssen unterschiedliche Lasten zur Bewältigung des demografischen Wandels tragen.

Nicht selten wird das bürgerschaftliche Engagement angeführt, wenn es um die Herausforderungen der veränderten Bevölkerungszusammensetzung und den Rückzug des Staates und der Kommunen aus freiwilligen Aufgaben sowie die Zentralisierung und Ausdünnung von Pflichtaufgaben geht. Dabei besteht die Hoffnung, dass die Bürgerinnen und Bürger kommunale und gemeinwohlorientierte Aufgaben übernehmen und dort einspringen können, wo öffentliche Leistungen nicht mehr tragfähig sind und nicht mehr angeboten werden.

Dabei steht die Zivilgesellschaft selbst vor großen Herausforderungen durch gesellschaftliche Veränderungen. Der demografische Wandel beeinflusst die Möglichkeiten und Bereitschaft der Menschen, sich in das Gemeinwesen einzubringen, Arbeitszeit und Freizeit desynchronisieren sich immer mehr, die Multioptionsgesellschaft bietet eine Vielzahl an Möglichkeiten, die freie Zeit zu gestalten und gleichzeitig lässt sich eine Individualisierung der Gesellschaft feststellen.

Die Engagementkultur hängt von den handelnden Menschen ab. Die Zeit- und Aktivitätsressourcen sind dabei begrenzt und verteilen sich nicht nur auf lokales Engagement. Viele Bewohner sind nicht allein lokal, sondern häufig auch oder gar ausschließlich außerörtlich engagiert. Zudem nimmt die Orientierung auf außerörtliche Angebote in der Multioptionsgesellschaft immer stärker zu. Daher gibt es zunehmend Schwierigkeiten, genügend freiwillige Helfer für lokale Aufgaben und Events zu finden.

Zudem richtet sich lokales Engagement nicht allein auf Beiträge zur lokalen Daseinsvorsorge und auf lokale Aktivitäten in den Bereich Kultur, Sport, Umwelt und Gemeinschaftsaktionen. Engagement bildet sich häufig auch als Initiative gegen überörtliche Steuerungseinflüsse und Maßnahmen (aktuelle Beispiele sind in Nordhessen derzeit: Windkraft, überregionale Stromtrassen). Dieses bindet Personal und Energie, welches wiederum der aktiven Gestaltung der sonstigen lokalen Engagementbereiche verloren geht.

Damit zeigen sich auch in den Ergebnissen unserer Studie die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen für die Aktivierung des Engagementpotentials: Die altersstrukturellen Veränderungen, die lebenszyklusbedingten Verschiebungen der Zeitfenster für aktives Engagement, die Heterogenisierung der Gesellschaft, die Individualisierung und der Trend zum egoistischen Selbstbezug anstelle der Gemeinwohlorientierung stellen Herausforderungen dar, die nicht allein die großen Städte betreffen, sondern längst bis in die Dörfer in peripheren Lagen wirken.

Die Instrumentalisierung des bürgerschaftlichen Engagements zur Bewältigung des demografischen Wandels lässt sich schwer mit dessen Grundsatz der Freiwilligkeit vereinen. Wenn jedoch die Qualitäten des freiwilligen Engagements erkannt und bewahrt werden, liegt in einer intakten und aktiven Zivilgesellschaft eine Chance für die Kommunen.

Unserer These lautete: Die Anpassungsfähigkeit lokaler Gemeinschaften an die Herausforderungen des demografischen Wandels hängt entscheidend, aber nicht allein vom lokalen Engagement ab. Sie bestätigt sich durch unsere kleine Studie. Die qualitative Studie in Nordhessen belegt, dass lokales Engagement die Verbundenheit mit dem Ort stärkt und zeigt die hohe Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Teilhabe am öffentlichen gesellschaftlichen Leben. Gerade in Untersuchungsorten, in denen die Engagementquote als sehr niedrig beschrieben wurde, wird der mangelnde gesellschaftliche Zusammenhalt beklagt. Durch die integrierende Wirkung von lokalem Engagement, der Ermöglichung zur Teilhabe und Mitgestaltung des Gemeinwesens ist bürgerschaftliches Engagement ein Standortfaktor für Kommunen.

Darüber hinaus ließen sich Beispiele finden, bei denen die Bürgerinnen und Bürger Aufgaben, welche die Kommune aus finanziellen Gründen nicht mehr bewältigen konnte, übernahmen und auf diese Weise einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Untersuchungsorte leisteten.

Auch in der aktuellen Literatur wird der positive Zusammenhang zwischen dem Bürgerengagement und der Anpassungsfähigkeit von Siedlungsstrukturen gesehen (vgl. u.a. Olk/Gensicke 2014; Engel 2012; Dienel 2010). „Je solider dieses Fundament, desto größer die Chance, die Herausforderungen beispielsweise von Schrumpfungprozessen bewältigen zu können“ (Engel 2012: 69).

Bürgerschaftliches Engagement bedarf der Unterstützung durch die öffentliche Hand und durch gemeinnützige Träger. Engagementförderung sollte dabei viel mehr als eine Gemeinschaftsaufgabe von öffentlicher Hand, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft verstanden werden. Auf regionaler und lokaler Ebene sollten professionelle Infrastrukturen geschaffen beziehungsweise erhalten werden, die Beratung und Netzwerkarbeit leisten.

Bürgerschaftliches Engagement allein wird die Folgen des demografischen Wandels nicht bewältigen. Daher ist intensiv über flächendeckende Mindeststandards und die Organisation der Daseinsvorsorge

in der Fläche nachzudenken, über neue Anstöße in der Integrationspolitik zu debattieren und das Miteinander von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft neu auszutarieren. Neben den privaten Initiativen müssen diese Anstöße zum bürgerschaftlichen Engagement von allen Gruppierungen und Institutionen der Gesellschaft ausgehen, um das Engagement immer wieder zu wecken, zu ermutigen und stärken, damit die vielfältigen Engagementpotentiale nicht verschüttet werden und nicht in Enttäuschung und Rückzug ins Private enden.

Literaturverzeichnis

- Alscher, Mareike / Droß, Patrick J. / Priller, Eckhard / Schmeißer, Claudia (2013): Vereine an der Grenze der Belastbarkeit. In: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) [Hrsg.]: WZBrief Zivilengagement 07/2013, Berlin.
- Arenhövel, Mark (2000): Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft. In: Wochenschau II, Nr. 2, März/April 2000, S. 55-64.
- Bachmann, Kai Georg (2014): Stammen.
<http://www.trendelburg.de/informationen/stadtteile/stammen>. Letzter Zugriff 05.11.2014
- Bankert, Uschi / Kuhr, Patricia (2013): Stadt Trendelburg: Integriertes kommunales Entwicklungskonzept (IKEK) im Rahmen der Dorfentwicklung. Kassel.
- Bertelsmann Stiftung [Hrsg.] (2013): Stadt - Land - Umland : Handlungsansätze für Kommunen im demographischen Wandel. Gütersloh.
- Böhm, Julia / Guardane, Leila / Holtermann, Selina / Karaca, Burcu / Köpplin, Angelika / Yigitoglu, Merve (2014): Hofgeismar. In: Projektbericht im SoSe 2014: Bürgerschaftliches Engagement - Motor im demografischen Wandel? Kassel: Unveröffentlicht.
- Boroswski, Jennifer / Dunkl, Anna / Freiherr, Ines / Neuborn, Nick / Ruth, Thorben (2014): Philippinenhof/Warteberg. In: Projektbericht im SoSe 2014: Bürgerschaftliches Engagement - Motor im demografischen Wandel? Kassel: Unveröffentlicht.
- Bossel, Hartmut (1999): Indicators for Sustainable development: Theory, Method, Applications. A Report to the Balaton Group. Winnipeg / Manitoba.
- Bundesagentur für Arbeit (2014): Arbeitsmarkt in Zahlen 2014. Arbeitsmarktstatistik, Arbeitslose nach Gemeinden.
https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_31892/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=17328&year_month=201312&year_month.GROUP=1&search=Suchen.
Letzter Zugriff: 05.11.2014
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) [Hrsg.] 2006: Raumordnungsprognose 2020/50. Kurzfassung von Berichte, Band 23, Bonn.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.] (2009): ExWoSt-Informationen. Eigentümerstandortgemeinschaften im Stadtumbau 37/1 - 11/2009. Bonn.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) [Hrsg.] (2012a): Raumabgrenzung und Raumtypen des BBSR. In: Analysen Bau. Stadt. Raum Band 6. Bonn.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) [Hrsg.] (2012b): Raumordnungsbericht 2011. Bonn.

- Bundesministerium des Inneren (BMI) [Hrsg.] (2011): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftige Entwicklung des Landes. Berlin.
- De Gero, Christoph / Güttler, Andreas / Kühlborn, Harald / Nissen, Peter (2013) Landkreis Kassel [Hrsg.]: Demografischer Wandel im Landkreis Kassel. Eine Bestandsaufnahme zum Demografie-Kongress des Landkreises Kassel am 2. Juli 2013, Kassel.
- Deutscher Städtetag [Hrsg.] (2006): Demografischer Wandel. Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die Städte. Arbeitspapier des Deutschen Städtetages. Köln, Berlin.
- Dienel, Christiane (2010): Bürgerengagement und demografischer Wandel. In: Friedrich-Ebert-Stiftung [Hrsg.]: Betrifft: Bürgergesellschaft 34, Bonn.
- Duden (2014): zukunftsfähig. <http://www.duden.de/rechtschreibung/zukunftsfahig>. Letzter Zugriff: 28.11.2014
- Dürr, Hans-Peter (2000): Für eine zivile Gesellschaft. Beiträge zu unserer Zukunftsfähigkeit. München.
- Engel, Alexandra (2012): Freiwilligkeit und Engagement im gesellschaftlichen Wandel. Engagementförderung als Aufgabe eines lokalen integrierten Stadt-Entwicklungsmanagements. In: Engel, Alexandra / Harteisen, Ulrich / Kaschlik, Anke [Hrsg.]: Kleine Städte in peripheren Regionen. Prozesse. Teilhabe und Handlungsbefähigung. Integriertes Stadtentwicklungsmanagement. Detmold, S. 67-80.
- Gatzweiler, Hans-Peter/ Kuhlmann, Petra/ Meyer, Katrin/ Milbert, Antonia/ Pütz, Thomas/ Schlömer, Claus/ Schürt, Alexander (2006): Herausforderungen deutscher Städte und Stadtregionen Ergebnisse aus der Laufenden Raum- und Stadtbeobachtung des BBR zur Entwicklung der Städte und Stadtregionen in Deutschland. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) [Hrsg.], BBR-Online-Publikation Nr. 8/2006. Bonn.
- Gensicke, Thomas (2006): Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung [Hrsg.]: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/2006, Bonn, S. 9-16.
- Gensicke, Thomas / Geis, Sabine (2010): Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.]. München.
- Hawel, Bernd Wolfgang (2013): Mobilität und ÖPNV im ländlichen Raum – Stiefkind der Daseinsvorsorge. In: Maretzke, Steffen: Der demografische Wandel. Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen? In: BBSR-Online-Publikation 02/2013. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Bonn, S. 73-84.

- Hessisches Statistisches Landesamt (2014): Hessische Kreiszahlen. Ausgewählte neue Daten für Landkreise und kreisfreie Städte. 59. Jg., Band 1, Wiesbaden.
- Hinn, Gabriella / Hensel, Stefanie (2011): Seniorenbüros. In: Klein, Ansgar / Fuchs, Petra / Flohé, Alexander [Hrsg.]: Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich, Berlin, S.195-200.
- Huth, Susanne (2011): Bürgerschaftliches Engagement von und mit Menschen mit Migrationshintergrund. In: Klein, Ansgar / Fuchs, Petra / Flohé, Alexander [Hrsg.]: Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich, Berlin, S.201-205.
- IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.) (2014): Stadt, Land, Moschee. Moscheegemeinden als kommunale Partner. Köln.
- Jaentsch, Kerstin (2010): Demografischer Wandel in Hessen – interkommunale Kooperation und Dialog. In: Maretzke, Steffen: Vielfalt des Demografischen Wandels. Eine Herausforderung für Stadt und Land. In: BBSR-Online-Publikation 06/2010. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn, S. 73-82.
- Kahler, Barbara (2011): Ältere Menschen als Träger und Zielgruppe von bürgerschaftlichen Engagement. In: Klein, Ansgar / Fuchs, Petra / Flohé, Alexander [Hrsg.]: Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich, Berlin, S.175-182.
- Köcher, Renate (Hrsg.) (2009): „Die Berliner Republik“. Allensbacher Jahrbuch Nr. 12 (2003-2009). Berlin, New York: De Gruyter Saur und Allensbach am Bodensee: Verlag für Demoskopie.
- Kröhnert, Steffen / van Olst, Nienke / Klingholz, Reiner (2005), Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.]: Deutschland 2020. Die demografische Entwicklung der Nation, 3. Auflage, Berlin
- Kröhnert, Steffen / Kuhn, Eva / Karsch, Margret / Klingholz, Reiner (2011): Die Zukunft der Dörfer. Zwischen Stabilität und demografischen Niedergang. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.], Berlin.
- Landkreis Kassel (2012): Karte Landkreis Kassel
http://www.landkreiskassel.de/landkreisinformation/staedte_gemeinden/
 Zugriff: 17.12.2014
- Landkreis Kassel (2013a): Einwohnerstruktur Bad Karlshafen. Schriftliche Auskunft am 16.10.2013.
- Landkreis Kassel (2013b): Einwohnerstruktur Trendelburg-Stammen. Schriftliche Auskunft vom 16.10.2013.
- Mager, Norbert / Zinecker, Susanne (2014) Stiftung Schloss Ettersburg [Hrsg.]: Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen – Methodischer Leitfaden. Ettersburg.

- Magistrat der Stadt Hofgeismar (2013): Statistische Informationen. Schriftliche Auskunft am 18.10.2013.
- Magistrat der Stadt Kassel (2014): Statistische Informationen. Prognose zur Bevölkerung für die Stadt Kassel 2013 bis 2040. Entwicklung der Bevölkerung Gesamtstadt und Stadtteil. Kassel.
- Magistrat der Stadt Kassel (2013): Zahlen zur Bevölkerung.
<http://serviceportal-kassel.de/cms11/verwaltung/statistik/bevoelkerung/index.html>
 [Zugriff: 15.10.2014].
- Meergans, Uwe (2013): Auf der Suche nach dem Wir-Gefühl. In: Herbert Quandt Stiftung (Hrsg.): Auf der Suche nach dem Wir-Gefühl. Begünstigende und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern. Gedanken zur Zukunft, 26. Bad Homburg v. d. Höhe, S. 14-115.
- Meinhold-Henschel, Sigrid (2011): Kinder und Jugendliche als Zielgruppe einer nachhaltigen Engagementförderung. In: Klein, Ansgar/Fuchs, Petra/Flohé, Alexander [Hrsg.]: Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich, Berlin, S.123-133.
- Mörl, Katharina (2010): Strategien für den Umgang mit dem Demografischen Wandel – Ergebnisse einer Querschnittsanalyse zur Behandlung ausgewählter Aspekte in den kreisfreien Städten Deutschlands. In: Maretzke, Steffen: Vielfalt des Demografischen Wandels. Eine Herausforderung für Stadt und Land. In: BBSR-Online-Publikation 06/2010. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn. S.21-30.
- Olk, Thomas/Gensicke, Thomas (2014): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Stand und Perspektiven, Wiesbaden.
- Pries, Ludger (2013): Migrantenselbstorganisationen – Umfang, Strukturen, Bedeutung. In: Focus Migration - Kurzdossiers und Länderprofile. Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) / Bundeszentrale für politische Bildung [Hrsg.], Kurzdossier, Nr. 21, April 2013. Osnabrück, Berlin.
- Reinert, Adrian (2005): Bürgerschaftliches Engagement und demographischer Wandel. In: Bertelsmann-Stiftung [Hrsg.]: Demographie konkret : Handlungsansätze für die kommunale Praxis. Aktion demographischer Wandel. Gütersloh, S.24-33.
- Röbke, Thomas (2013): Vereine im Wandel: Die Besetzung des Vorstands als Herausforderung für das Vereinswesen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung [Hrsg.]: Akademie Management und Politik: Ehrenamtliche Vorstände gesucht! Wie Sie Führungskräfte für den Verein gewinnen, entwickeln und binden. Bonn 2013, S.4-7.
- Rüschendorf, Roswitha (2014): Wie kommunale Engagementpolitik Vereinsentwicklung (be-) fördern kann. In: Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum [Hrsg.]: Mittelungen: Schwerpunktthema: Kommunen und Vereine, Heft 48, Oktober 2014. Bad Karlshafen, S. 2-8.

- Sachße, Christof (2002): Traditionslinien Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung [Hrsg.]: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2002, Bonn, S. 3-5.
- Sartorius, Hannelore / Kayser, Astrid (2013): Geschichte von Bad Karlshafen.
<http://www.bad-karlshafen.de/index.php?id=208>. Letzter Zugriff: 28.08.2014.
- Schlömer, Claus (2012): Raumordnungsprognose 2030. Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) [Hrsg.]. Stuttgart.
- Spellerberg, Annette / Spehl, Harald (2011): Einleitung. In: Spehl, Harald [Hrsg.] (2011): Leerstand von Wohngebäuden in ländlichen Räumen. E-Paper der ARL Nr. 12, Hannover. S. 1-2.
- Stadt Bad Karlshafen (2013): Vereine und Verbände in Bad Karlshafen. Schriftliche Auskunft am 18.10.2013.
- Stadt Hofgeismar (2014): Ortsrecht der Stadt Hofgeismar.
<http://www.hofgeismar.de/cms/Rathaus/Geschichte>. Letzter Zugriff: 05.11.2014.
- Stadt Kassel (2014a): Philipppenhof-Warteberg.
<http://www.kassel.de/stadt/stadtteile/philippenhofwarteberg>. Letzter Zugriff: 05.11.2014
- Stadt Kassel (2014b): Statistische Informationen. Jahresbericht 2013. Kassel.
- Stadt Kassel (2014c): Statistische Informationen zu den Stadtteile Philipppenhof/Warteberg und Nord (Holland). Schriftliche Auskunft am 26.11.2014.
- Stadt Kassel (2014d): Nord-Holland.
<http://www.kassel.de/stadt/stadtteile/nordholland>. Letzter Zugriff: 07.11.2014
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder [Hrsg.](2011): Bevölkerungs- und Haushaltentwicklung im Bund und in den Ländern. Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Wolf, André / Zimmer, Anette (2010): Besetzung ehrenamtlicher Vereinsvorstände – Vorstände verzweifelt gesucht. In: Verbandsmanagement Institut [Hrsg.]: Fachzeitschrift für Verbands- und Nonprofit-Management: Management von freiwilligem Engagement im Dritten Sektor, 36. Jahrgang, Ausgabe 3, 2010, Freiburg, S. 28-37.
- Wolf, André Christian / Zimmer, Anette (2012): Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven. Wiesbaden.
- Zweckverband Raum Kassel (2013): Zukunftskataster. Zur Verfügung gestellt durch den Landkreis Kassel.

Themenblock „Zukunftsfähigkeit“

Zukunft der Kommune

Wie sehen Sie die Zukunft Ihrer Kommune (resp. Ortsteil)?

- Wo sehen Sie Ihre Kommune in 30 Jahren?

Wie stark ist der Einfluss des demografischen Wandels?

- Denken Sie die Lebensqualität wird dadurch eingeschränkt?

Lebensqualität

Wie zufrieden sind Sie mit dem Leben in der Gemeinde?

- Was schätzen sie, was würden sie ändern?

Wo sehen Sie Stärken / Schwächen in der Kommune?

Maßnahmen

Gab es in der Vergangenheit Anpassungs- und Ausgleichsmaßnahmen zur Kompensation des demografischen Wandels?

- Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität wurden von der Kommune unternommen?
- Wie wurden diese angenommen, was sollte besser gemacht werden?

Welche Maßnahmen könnten Sie sich zukünftig vorstellen?

- Wer sollte Ihrer Meinung nach diese Maßnahmen ergreifen?

Gemeinschaft

Wie würden Sie den Zusammenhalt in Ihrer Gemeinde beurteilen?

- Woran lässt sich der Zusammenhalt messen?

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der Zukunft ihrer Kommune und dem Engagement vor Ort?

Themenblock „Ehrenamtliches Engagement“

Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Ehrenamtlichen

Mit welchen ehrenamtlichen Organisationen arbeiten Sie zusammen?

Wie ist die Kooperation zwischen Verwaltung und ehrenamtlichen Organisationen?

- In welchen Bereichen arbeiten sie zusammen?
- Wo haben Sie gute Erfahrungen gemacht?
- Welche schlechten Erfahrungen haben Sie gemacht?

Was für Formen des Engagements sind Ihnen in Ihrer Kommune bekannt?
(Nachbarschaftshilfe/Tauschbörsen/Seniorengemeinschaft...)

Welche Probleme im Ehrenamt sind Ihnen für Ihren Ort bekannt?

Denken Sie, dass in besonders aktiven Orten mehr finanzielle Hilfeleistungen fließen?

Unterstützung und Kommunikation

Wie kann man mehr Anreize für die Übernahme eines Ehrenamtes schaffen?

Welche Unterstützungsmaßnahmen halten Sie für sinnvoll?

Was gibt es bei Ihnen für Fördermöglichkeiten für ehrenamtliches Engagement?

Wie sollten Unterstützungsmaßnahmen Ihrer Meinung nach kommuniziert werden?

Ehrenamt und Daseinsvorsorge

Meinen Sie, dass ein vermehrtes ehrenamtliches Mitwirken unumgänglich ist, um den Folgen des demografischen Wandels zu begegnen?

Haben Sie noch Anmerkungen?

Habe ich Ihrer Meinung nach alle wesentlichen Fragen zu dem Thema angesprochen?

Autoren

Prof. Dr. Ulf Hahne

Universität Kassel, Fachbereich Architektur Stadtplanung, Landschaftsplanung (FB 06)

Institut für urbane Entwicklungen

Leiter des Fachgebiets Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung

hahne@uni-kassel.de

Dipl.-Geogr. Simone Markert

Universität Kassel, Fachbereich Architektur Stadtplanung, Landschaftsplanung (FB 06),

Institut für urbane Entwicklungen

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung

simone.markert@uni-kassel.de